

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 16 · 18. April 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Der Staat, die NGOs und das Geld

Wie die Regierung mit üppigen Finanzspritzen und ideologisch einseitigen Organisationen unsere Gesellschaft lenkt Seite 2



Hintergrund Wollen die Russen tatsächlich Krieg mit der NATO? Seite 3

Pommern Schladderwasser, Hasen, Eier und andere Osterbräuche Seite 19

VON RENÉ NEHRING

Es ist wieder Ostern, das Fest der Kreuzigung und Auferstehung des Herrn. Für die Christen noch immer das höchste Ereignis im Jahreslauf.

In diesem Jahr könnte Ostern auch als Sinnbild für die Auferstehung der Politik in unserem Land stehen. Zumindest für die Hoffnung darauf. Vor dreieinhalb Jahren machte sich eine selbsternannte „Fortschrittskoalition“ auf den Weg und landete in einem nie dagewesenen, auch amtlich festgestellten volkswirtschaftlichen Niedergang. Dessen Ursache waren keine Naturgewalten oder exogene Ereignisse wie die Corona-Pandemie oder der Ukrainekrieg, denn dann hätten auch andere europäische Länder ähnliche Erfahrungen sammeln müssen. Es waren vielmehr ideologisch motivierte Projekte wie der Ausbau der hoch subventionierten und dennoch viel zu teuren Erneuerbaren Energien oder der Kampf gegen den Automobilbau, von dem die deutsche Volkswirtschaft seit Generationen lebt.

Nun haben sich Union und SPD dazu verabredet, aus „Verantwortung für Deutschland“, so die Überschrift ihres Koalitionsvertrags, „mit Reformen und Investitionen ... Deutschland wieder nach vorne (zu) bringen“. Doch noch bevor die Koalition überhaupt gestartet ist, wachsen die Zweifel, ob die Akteure die Geschicke des Landes wirklich zum Besseren lenken werden. Schon dass hier zwei politische Kräfte antreten, von denen die eine im Februar ihr schlechtestes Wahlergebnis seit über hundert Jahren und die andere immerhin auch eines der schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte eingefahren hat, sollte allzu hohe Erwartungen dämpfen.

Ehrlicherweise haben denn auch die Vorsitzenden der Koalitionäre sich gar nicht erst darum bemüht, ihr Bündnis als Aufbruch in eine großartige Zukunft zu präsentieren. Während US-Präsident Trump anlässlich seiner Inauguration im

GEDANKEN ZUM OSTERFEST

Das bange Warten auf die Auferstehung deutscher Politik

Schon vor dem Start der schwarz-roten Koalition wachsen die Zweifel, ob mit der neuen Bundesregierung auch der versprochene Politikwechsel kommt

Januar ein „goldenes Zeitalter“ ausrief, stellten Friedrich Merz und Markus Söder, Saskia Esken und Lars Klingbeil ihre Vereinbarung im nüchternen, stahlbetongrauen Paul-Löbe-Haus vor. Nun gut, mag man vielleicht einwenden, von Inszenierungen allein können sich die Wähler auch nichts kaufen. Und am Ende nützt – mit Blick auf die USA – alle Inszenierung nichts, wenn der Politik die Substanz fehlt.

Es fehlen die Grundlagen für einen echten Politikwechsel

Substanz fehlt allerdings auch in Deutschland. Zwar haben sich Union und SPD auf zahlreiche Vorhaben wie die Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen, steuerliche Entlastungen für Unternehmen, die Abschaffung des Lieferkettengesetzes und des Heizungsgesetzes, flexiblere Arbeitszeiten und verschärfte Bedingungen für die Auszahlung des Bürgergeldes verständigt. Doch haben sie auch jedes Projekt unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt. Was den Wahlverlierer und wahrscheinlichen Finanzminister Klingbeil zum starken Mann des neuen Kabinetts macht. Man kann sich schon jetzt ausmalen, wie er mit rührigen Kulleraugen der Union ein ums andere Mal erklären wird, wie gern er doch ihre Projekte umgesetzt hätte, wenn nur das Geld dafür vorhanden wäre.

Wohin die Reise unter Schwarz-Rot tatsächlich gehen dürfte, zeigt sich daran,

dass die Energiewende unangetastet bleiben und anstatt zu preiswerten Energieträgern wie Erdgas und Atomkraft zurückzukehren ein hoch subventionierter „Industriestrom“ eingeführt werden soll. Ein weiterer Schritt hin zu einer staatlich gelenkten Volkswirtschaft also.

Äußerst vage sind auch die Pläne beim Thema Nummer eins – der Zuwanderung. Zwar verkünden Vertreter der Union eine echte Wende auf diesem Gebiet und eine konsequente Begrenzung der Migration, doch ist der Koalitionsvertrag hier äußerst unverbindlich, weil er etwa Zurückweisungen von Asylbewerbern an den deutschen Staatsgrenzen unter den Vorbehalt der „Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn“ stellt. Was denn auch prompt zu sehr verschiedenen Deutungen führte, was darunter zu verstehen ist.

Dass sich vermutlich wenig ändern wird, zeigt nicht zuletzt der Umstand, dass die künftige Regierung nicht daran geht, die Mittel für jenen großen NGO-Komplex zu stützen, der vorgeblich „die Demokratie verteidigen“ soll, tatsächlich jedoch darüber wacht, dass sich der klar geäußerte Wählerwille – eben keine linkslastige Politik haben zu wollen – nicht in politischem Handeln niederschlägt.

Und wie zur Bestätigung aller Skeptiker schlug dann am Dienstag der Karwoche die Meldung ein, dass CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann lieber in seinem bisherigen Amt bleibt als ein Minis-

teramt anzutreten, für das er zuvor gehandelt worden war. Damit wird ausgerechnet derjenige Unionspolitiker dem nächsten Bundeskabinett nicht angehören, dem noch am ehesten abgenommen worden war, den versprochenen Politikwechsel auch tatsächlich anstreben zu wollen.

Woher also soll die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse kommen? Ein Kollege wies dieser Tage darauf hin, dass die Agenda 2010 von Gerhard Schröder auch in keinem Wahlprogramm oder Koalitionsvertrag gestanden hatte. Dennoch sei sie die bedeutendste Reform der jüngeren Vergangenheit gewesen, die unserem Land viele Jahre Wachstum und Wohlstand bescherte. Möglich wurde die Agenda, so der Kollege weiter, weil seinerzeit die Erkenntnis gereift war, dass der Sozialstaat in seiner vorherigen Form am Ende war.

Das ist zweifelsohne richtig. Doch lässt sich dagegen einwenden, dass der damalige Kanzler ein Kämpfertyp war, der nie davor zurückschreckte, sich für seine Überzeugungen im Zweifel mit dem gesamten Establishment seiner Partei, den einschlägigen Lobbygruppen und nicht zuletzt den Medien anzulegen. Ein solcher Typ ist der designierte Kanzler Merz, nach allem, was er bisher gezeigt hat, nicht.

Aber gut. Es ist Ostern. Und damit zwar nicht unbedingt die Zeit für große Wünsche, jedoch für das Hoffen auf Wiederauferstehung – des Herrn im Himmel ebenso wie der deutschen Politik.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Das Dilemma der SPD bei ihrem dringend erforderlichen Neustart Seite 4

Kultur
Vor 80 Jahren starb die Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Wie das polnische Heer im südlichen Ostpreußen seine Verteidigungsfähigkeit stärkt Seite 13

Lebensstil
Zu Besuch im berühmten und nun 500 Jahre alten „Auerbachs Keller“ Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Mehr als 200 Millionen Euro zahlt der Staat jährlich an sogenannte Nichtregierungsorganisationen. Dabei handelt es sich überwiegend um links-grüne Initiativen, die für eine „offene und bunten Gesellschaft“ kämpfen

Die staatlich gelenkte Zivilgesellschaft

Die Regierung und ihre willigen Helfer aus der Aktivistenszene – Ein neues Buch erklärt die Beeinflussung des politischen Denkens

VON ROBERT MÜHLBAUER

Kurz nach der Bundestagswahl sah es so aus, als würde die Merz-Union erstmals grundsätzlich die millionenschweren staatlichen Subventionen für „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) mit linker Schlagseite infrage stellen. Die „Kleine Anfrage“ – mit immerhin 551 Fragen – der CDU/CSU-Fraktion unter dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ sorgte für Aufregung in der NGO-Szene, die so üppig mit Steuergeld bedacht wird.

Doch seit Fertigstellung des Koalitionsvertrags ist klar: Das Subventionierungsprogramm „Demokratie leben!“, das hauptsächlich links-grüne Vorfeldorganisationen finanziert, wird fortgesetzt. Und es wird womöglich noch ausgeweitet, so kann man es dem schwarz-roten Koalitionsvertrag entnehmen. Dort heißt es, die neue Regierung wolle „weitere Maßnahmen für rechtssichere, altersunabhängige Arbeit gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ prüfen.

182 Millionen Euro Steuergeld verteilt das Bundesfamilienministerium mit dem „Demokratie“-Programm im Jahr. Seit Beginn des Programms 2014 sind mehr als 1,3 Milliarden Euro geflossen. Auch andere Ministerien geben Geld an NGOs. Davon profitieren mehr als tausend Organisationen und Initiativen. Überwiegend sind es linke Aktivistinnen- und Lobbyvereine, die am Narrativ der „offenen und bunten Gesellschaft“ mitschreiben, sich im „Kampf gegen rechts“ engagieren, Gender-, Migrations-, Diversitäts- und Sozialpolitik betreiben, für Entwicklungshilfe und Klimapolitik werben.

„Demokratie leben!“ ist eine gigantische Fördermaschine mit links-grüner Schlagseite. Das Etikett „gegen Extremismus“ trägt, da einseitig Stimmungsmache finanziert wird. „Im Ergebnis erhalten Tausende linke Aktivistinnen Geld aus dem Programm“, urteilt der Historiker und DDR-Forscher Hubertus Knabe, der moniert, dass sich die Union mit ihrer Zustimmung zu dem Programm selbst schadet, da die geförderten Vereine weitgehend dem rot-grünen Lager zuzuordnen sind.

Ein neues Buch des investigativen Journalisten Björn Harms mit dem Titel „Der NGO-Komplex“ hat nun erstmals das Geflecht der linken, staatsfinanzierten Organisationen umfassend durchleuchtet. Es ist nicht nur deshalb lesenswert, weil es eine Menge Fakten und Zahlen präsentiert, welche fragwürdigen Organisationen mit welcher Agenda wie viel Geld erhalten.

Der „therapeutische Staat“
Harms taucht tiefer ein in den NGO-Sumpf und analysiert die demokratietheoretisch höchst fragwürdige Grundlage der staatlichen Finanzierung des NGO-Komplexes. Denn der Staat betreibt damit eine ideologische Lenkung der Gesellschaft, die das Wesen der Demokratie verändert und beschädigt.

Nach klassischem freiheitlichem Verständnis soll sich der Staat auf die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, auf Infrastruktur, Schulen, einen Rahmen für die Wirtschaft und gewisse Sozialversicherungen beschränken. Der heutige Staat tut aber viel mehr, er hat eine zunehmend paternalistische Rolle übernommen und greift in immer mehr Lebensbereiche ein. Harms beruft sich in seinem Buch auf Erkenntnisse des amerikanisch-ungarischen Psychiaters Thomas Szasz und des konservativen US-Politologen Paul Gottfried, die über die Transformation des liberalen zu einem „therapeutischen“ Staat geforscht haben.

Dieser „therapeutische Staat“ soll die Gesellschaft bessern und heilen, die öffentliche (auch mentale) Gesundheit stärken, Bürger erziehen und gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten sowie unerwünschte Einstellungen quasi „thera-

pieren“. „Falsches Denken“ wird pathologisiert, zur Krankheit beziehungsweise „Phobie“ (irrationale Angststörung) erklärt. Es gibt eine ganze Reihe solcher Phobien: Xenophobie (Fremdenfurcht), Homophobie, Transphobie, Islamophobie. Auch „toxische Männlichkeit“ gehört inzwischen dazu.

Die Pathologisierung dieser Einstellungen schafft dem „therapeutischen“ Staat die Rechtfertigung für Eingriffe zur Kontrolle und Umerziehung der Bürger. Besonders widmet er sich auch der Erziehung zu einer politisch korrekten Sprache – über die Kontrolle des Sprechens soll Dissidenz eingedämmt werden. Der Staat will „Hass und Hetze“ unterbinden, wobei diese Begriffe schwammig und juristisch nicht klar definiert sind.

In der Bundesrepublik findet die Umerziehung teils durch öffentlich-rechtliche Medien, teils aber auch durch die Or-

ganisationen des staatlich finanzierten NGO-Komplexes statt, die sich für die „bunte und vielfältige Gesellschaft“ engagieren. Der Staat lagert die Bekämpfung der „falschen“ Meinungen damit zunehmend an private Anbieter aus, eben jene Nichtregierungsorganisationen, die entgegen ihrem Namen eng an den Staat angebunden sind. Die Beeinflussung des Denkens der Bevölkerung soll möglichst früh, in den Schulen und Kindergärten beginnen. Das Programm „Demokratie leben!“, das 2014 im Bundesfamilienministerium angesiedelt wurde (das eigentlich nur für Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche zuständig ist), zielt aber in besonderer Weise auch auf die Erwachsenenbevölkerung.

Das „manipulierbare Stimmvieh“

Der Staat, staatsnahe Experten und Organisationen der NGO-Szene erziehen die Bürger im Sinne der „bunten“ neuen Ideologie. Damit werden die Bürger, wie Buchautor Harms kritisiert, letztlich zu „manipulierbarem Stimmvieh“. Wer sich dem widersetzt und dagegen radikal aufbegehrt, wird öffentlich als Demokratiefeind angeprangert.

Dass die Finanzierung von ideologisch gefärbten NGOs mit jährlich Hunderten Millionen Euro zur Umerziehung der Bürger dem Grundgedanken des freiheitlich-demokratischen Staates widerspricht, wird in Mainstream-Medien fast nie thematisiert. In der Demokratie kontrollieren die Bürger den Staat – nicht andersherum.

Es war aber nur ein kurzes Wetterleuchten, dass die CDU/CSU mit ihren 551 Fragen die Aktivitäten einiger NGOs kritisch anging. Die Union war verärgert, dass diese NGOs im Januar, nach dem Migrationsantrag, der im Bundestag auch mit AfD-Stimmen beschlossenen worden war, bei Anti-CDU-Großdemonstrationen mitmachten. Grundsätzlich jedoch scheint die Merz-CDU offenbar nichts auszusetzen haben an der staatlichen Finanzierung der diversen NGOs im „Kampf gegen rechts“, auch wenn dieser zu einer stetigen Linksverschiebung der öffentlichen Meinung führt.



Gut beschirmt dank staatlicher Finanzhilfen: Auch die Bürgerinitiative „Omas gegen Rechts“ lässt der Staat nicht im Regen stehen

HINTERGRUND

Staatliches Füllhorn für links-grüne Organisationen

1,2 Millionen Euro für Rollenspiele in der Natur – Welche Initiativen von der Steuergeld-Finanzierung am meisten profitieren

Aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erhalten auch in diesem Jahr mehr als 700 Projekte, Organisationen und Vereine rund 182 Millionen Euro an staatlicher Förderung. Seit Beginn des Programms flossen insgesamt schon gut 1,3 Milliarden Euro aus dem Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) an Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Mehr als 90 Prozent der geförderten Organisationen kann man ideologisch dem rot-grünen Spektrum zuordnen. Der Journalist und Autor Björn Harms spricht in seinem Buch „Der NGO-Komplex“ von linken Lobbygruppen, die eine Art Umerziehung der Bevölkerung für eine „bunte Gesellschaft“ betreiben. Zu den bekanntesten Vereinen zählt er die von einer Ex-Stasi-Mitarbeiterin gegründete Amadeu-Antonio-Stiftung aus Berlin, die vom Bund in den vergangenen vier Jahren mit 2,7 Millionen Euro gefördert wurde. Der

Antidiskriminierungsverband Deutschland erhielt 2,4 Millionen Euro. Die Organisation „Each One Teach One“, die Lobbyarbeit für afrikanischstämmige Immigranten macht und Seminare nur für Schwarze veranstaltet, bekam sogar 2,8 Millionen Euro vom Bund. Zusätzlich erhielt sie 2,9 Millionen Euro von der Berliner Senatsverwaltung.

Weitere vom Bund üppig geförderte Immigrantinnenorganisationen sind der Dachverband „Neue Deutsche Organisationen“ (2,2 Millionen Euro) oder die „Neuen deutschen Medienmacher*innen“ (1,5 Millionen Euro). Eines der wichtigsten Zentren für aktivistische Wissenschaft ist das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), das seit seiner Gründung schon mit mehr als 80 Millionen Euro gefördert wurde. Direktorin Naika Foroutan erklärte einmal in einem Interview mit der Ro-

sa-Luxemburg-Stiftung, dass Deutschland ein großes antirassistisches Umerziehungsprogramm vergleichbar dem „Reeducation-Programm“ der Alliierten nach 1945 benötige, um mit der neuen Vielfalt umzugehen.

Mit viel Geld fördert das Ministerium auch LGBT-Organisationen. Der Lesben- und Schwulenverband erhielt 1,8 Millionen Euro und der Bundesverband Trans* 2,4 Millionen Euro. Auf dem von ihm eingerichteten „Regenbogenportal“ im Internet riet der Trans*-Verband Jugendlichen, die unsicher sind, ob sie sich als „transgender“ fühlen, zur Einnahme von „Pubertätsblockern“, ohne einen Arzt zu konsultieren. Solche Medikamente können allerdings irreversible körperliche Schäden verursachen.

Aus dem Bundesprogramm erhalten auch zahlreiche eher kuriose Kleinprojekte Geld. Harms zählt etwa das Projekt



Björn Harms
Der NGO-Komplex.
Wie die Politik unser Steuergeld verprasst
Langen-Müller Verlag 2025,
288 Seiten, 22 Euro

„Neue Dichter*innen braucht das Land!“ auf, das 100.000 Euro erhielt. Asylbewerber aus dem Nahen Osten und junge Deutsche sollten sich in Berlin gegenseitig Gedichte vorlesen. Der „erlebnisorientierte“ Verein „Waldritter“ bekam 1,2 Millionen Euro, um mit Rollenspielen in der Natur „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ abzubauen. Geld fließt auch an fast alle größeren Städte, die es an lokale Vereine weiterleiten. Im grün regierten Stuttgart erhielt so der Verein „Migrant*innen Stuttgart“ Unterstützung, der eng mit Linksextremen verbunden ist.

Harms schildert ein flächendeckendes Netz an Vereinen, Initiativen und Projekten, das ganz Deutschland überzieht. Es trage dazu bei, eine linke geistige Stimmung zu befestigen. Um ein Ende der links-grünen Hegemonie einzuleiten, müsse „der Geldhahn der linken Lobbygruppen abgedreht werden“. R.M.

Will Russland Krieg mit der NATO?

Das zumindest behaupten deutsche Kommentatoren in Politik und Medien. Ein genauer Blick auf die Lage zeigt jedoch, dass es dafür keine stichhaltigen Belege gibt. Weshalb denn auch US-Geheimdienste zu einer anderen Bewertung kommen

VON HARALD KUJAT

Ende März kritisierten 15 außen- und sicherheitspolitische Experten die derzeitige Diskussion über angebliche aggressive Pläne Russlands gegenüber dem Westen: Der derzeit verbreitete Alarmismus sei nicht plausibel und basiere auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse.

Seit sich US-Präsident Trump bemüht, Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen, wird hierzulande verstärkt vor einem möglichen russischen Angriff auf Westeuropa beziehungsweise die NATO gewarnt. Russland wird zunehmend als Herausforderung für die europäische Sicherheitsordnung und als Bedrohung dargestellt. Es heißt, Russland wolle eine neue Weltordnung schaffen, sei bereit, seine imperialistischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen und werde nach der Ukraine weitere Länder angreifen – zunächst ein einzelnes NATO-Land, beispielsweise einen baltischen Staat oder Polen, um den Zusammenhalt des Bündnisses zu testen. Jedenfalls sei die Lage noch nie so bedrohlich wie jetzt gewesen.

Diese Szenarien basieren auf der Annahme, dass Russland bald die erforderlichen militärischen Fähigkeiten und auch die Absicht zum Angriff habe. „Militärexperten“ wetteifern gar um den kürzesten Zeitraum, der den NATO-Staaten für die Verteidigungsvorbereitungen bleibt. Manche warnen, ein Angriff könnte vor 2030 erfolgen, andere sind sogar fest davon überzeugt, Russland könne bereits in vier Jahren losschlagen. Ein Historiker behauptet gar, der Sommer 2025 sei möglicherweise „der letzte Friedenssommer“. Als vermeintliches Indiz wird das russisch-weißrussische Manöver „Zapad 25“ genannt, das im September mit 13.000 Soldaten unter OSZE-Beobachtung stattfinden soll.

Pauschale Aussagen ohne präzise Belege

In dieser Diskussion bleiben viele Fragen offen. Was bedeutet es, zum Beispiel, für Russland, den Krieg gegen die Ukraine zu „gewinnen“. Eine vollständige Eroberung des Landes ist offenbar nicht das Ziel. Die Eroberung des Donbass allein wäre dagegen keine gute Ausgangslage für weitergehende Angriffe. Und ein (Test-)Angriff auf einen NATO-Staat würde Russland in einen Krieg mit dem gesamten Bündnis stürzen. Wäre Russland wirklich bereit, ein existentielles Risiko für einen derartigen „Test“ in Kauf zu nehmen?

Die Behauptung, Russland verfolge imperialistische Ziele mit Gewalt, wirft die Frage auf, um welche Ziele es sich handelt. Geht es um die Rückeroberung der Länder, die einst zur Sowjetunion gehörten, um ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts, oder geht es gar um den gesamten europäischen Kontinent? Es fehlen belastbare Belege für solche Annahmen. Stattdessen werden in der Bevölkerung Furcht und Zukunftsängste erzeugt – vor allem von jenen, deren frühere Lageeinschätzungen zum Ukrainekrieg sich nicht bewahrt haben und die nun ihre Haltung wenigstens moralisch legitimieren wollen.

Tatsächlich hat Russland seine Rüstungsproduktion 2024 gegenüber den Vorjahren erheblich gesteigert. Die Konversion ziviler Industrie in militärische Fertigung – insbesondere in der Metallverarbeitung, Fahrzeugproduktion und Elektronik – folgt dem Muster zentral gesteuerter Kriegswirtschaft. Erhebliche staatliche Investitionen fließen in den Ausbau der Munitionsfabriken und die Panzerproduktion. Der Militärhaushalt stieg 2024 auf über 6,7 Prozent des BIP – ein Rekordwert.

Offizielle russische Stellen bezeichnen jedoch Warnungen vor einer russischen Bedrohung als „haltlose Propaganda“. Der Westen



Sehen derzeit keine Gefahr eines russischen Angriffs auf die NATO: US-amerikanische Sicherheitskreise. Im Bild US-Soldaten während eines Manövers in Litauen
Bild: picture alliance/AP Photo|Mindaugas Kulbis

schüre ein Feindbild zur Legitimation seiner eigenen steigenden Rüstungsausgaben. Kreml-Sprecher Peskow betonte hingegen die defensive Ausrichtung der russischen Streitkräfte. Die Behauptung, Russland bereite einen Angriff auf einen NATO-Staat vor, entbehre „jeglicher Grundlage und sei Teil einer gezielten Desinformationskampagne“.

Niemand kann bestreiten, dass die Ukraine sich gegen den russischen Angriff so gut wie nur möglich verteidigen können muss und dazu auch unterstützt werden sollte. Es ist aber auch richtig, dass der Westen drei Jahre lang weder die Kraft noch den Willen aufgebracht hat, die Ukraine durch eine Friedensvereinbarung zu schützen. Vielmehr wurde der Krieg in der Illusion, die Ukraine könnte einen militärischen Sieg erringen, ohne eine Friedensstrategie genährt und verlängert.

Die Perspektive der US-Amerikaner

Die Doppelstrategie aus Verteidigungsfähigkeit und politischer Entspannung in den 70er und 80er Jahren hat Europa lange Zeit Sicherheit und Frieden gebracht. Ein Rüstungswettlauf verschärft dagegen die ohnehin angespannte Lage, denn ein Rüstungswettlauf kennt keine Sieger, sondern ist der kürzeste Weg zum Krieg. Deshalb ist entscheidend: Verfügt Russland über die Fähigkeit zu einem erfolgreichen Angriff auf Westeuropa, also auf die NATO? Welches wären die strategischen Ziele, und hat die russische Führung die Absicht, diese durch Krieg zu erreichen? Oder handelt es sich um Einschätzungen, ohne dass es dafür belegbare Erkenntnisse gibt?

Die US-Nachrichtendienste kamen 2024 wie bereits zuvor in ihrer offiziellen Bedrohungsanalyse zu einem anderen Schluss: „Russland will mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit den Streitkräften der USA und der NATO und wird seine asymmetrischen Aktivitäten unterhalb der Schwelle eines militärischen Kon-

flikts weltweit fortsetzen.“ Die aktuelle Bedrohungsanalyse vom März 2025 bestätigt die Feststellung, dass Russland auch weiterhin in der Lage sein wird, beispielsweise Desinformation, Spionage, Einflussoperationen oder Cyberangriffe einzusetzen, „um zu versuchen, unterhalb der Ebene eines bewaffneten Konflikts zu konkurrieren und Möglichkeiten zur Förderung russischer Interessen zu schaffen“.

Warum also bewertet die deutsche Politik die strategischen Fähigkeiten und Absichten Russlands anders als die USA? Die Umstellung auf Kriegswirtschaft und die erhöhte Produktion von konventionellen Waffensystemen während des Krieges belegen nicht zwingend, dass Russland die Fähigkeit anstrebt, in wenigen Jahren einen Eroberungskrieg gegen die NATO erfolgreich führen zu können und dazu auch die Absicht hat.

Das bedeutet jedoch nicht, dass ein großer europäischer Krieg völlig ausgeschlossen ist. Vielmehr ist das Risiko, das aus dem Krieg in der Ukraine ein Krieg um die Ukraine entsteht, permanent gestiegen. Dazu hat auch das alternativlose finanzielle und materielle Engagement der NATO-Staaten beigetragen, vor allem die operative Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte in der Operationsplanung, Aufklärung und Zielbekämpfung durch in Deutschland stationierte amerikanische Streitkräfte. Präsident Biden hat wiederholt die Absicht geäußert, den Dritten Weltkrieg zu vermeiden, weil er das Risiko sah, dass die USA in den Krieg hineingezogen werden könnten.

Ein Krieg zwischen Russland und NATO wäre ein anderer als in der Ukraine

Die Kriegsrhetoriker denken offenbar in den Kategorien des Ukrainekriegs, einer Mischung aus Grabenkämpfen des Ersten Weltkriegs und einem Bewegungskrieg in der Art des Zweiten Weltkriegs. Die US-amerikanische Regierung ist allerdings überzeugt, dass

Russland für die Rekonstitution und den Aufwuchs der Landstreitkräfte bis zu zehn Jahre braucht. Dieser Zeitraum entspricht den Erfahrungen aus umfassenden Streitkräftereformen.

Zudem wäre ein Russland-NATO-Krieg ein anderer als der, den wir seit drei Jahren in der Ukraine sehen. Russlands militärische Fähigkeiten zu regionaler und globaler Machtprojektion sind durch den Ukrainekrieg nicht beeinträchtigt worden. Die Luft- und See-streitkräfte sind uneingeschränkt einsatzfähig und teilweise sogar wesentlich moderner und leistungsfähiger als zuvor. Weitreichende Präzisionsangriffssysteme, einschließlich verschiedener Hyperschallwaffen und Raketen mit unabhängig steuerbaren Gefechtsköpfen, stellen ein überlegenes Potential für eine Kriegführung über große Distanzen dar.

Möglicherweise ist die gegenwärtige Kriegsrhetorik ja nicht nur der Versuch, das bisherige Narrativ zum Kriegsverlauf zu rechtfertigen, sondern auch zu begründen, dass wir mehr für unsere Verteidigung tun müssen. Das ist jedoch unnötig. Unsere Verfassung schreibt in Artikel 87a ganz klar vor: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Daraus folgt, dass die Bundeswehr über die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung verfügen muss. Aber 2011 wurde mit der „Neuausrichtung der Bundeswehr“ eine Reform durchgeführt, deren Ergebnis die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung und die Reduzierung der militärischen Fähigkeiten auf Auslandseinsätze bedeutete. Begründet wurde diese Fehlentscheidung damals damit, dass sich das Verhältnis zu Russland positiv entwickelt hätte und ein konventioneller Angriff auf Europa und Deutschland nach wie vor unwahrscheinlich sei.

Das Ergebnis und der damit verbundene Verfassungsbruch wurden 14 Jahre hingenommen. Die dafür verantwortlichen Parteien bilden nun eine neue Regierung und übernehmen die Verantwortung, die gravierende Fehlentwicklung zu korrigieren. Es ist nicht notwendig, diesen Kurswechsel mit einer Bedrohung zu begründen. Es reicht zu tun, was die Verfassung verlangt. Am besten, indem wir dazu beitragen, dass in Europa ein militärisches Gleichgewicht entsteht, denn dann verspürt niemand ein Interesse, einen Angriffskrieg zu wagen.

Der Weg zur Verständigung

Ein Gleichgewicht der Kräfte ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für Frieden. Es muss politisch stabilisiert werden, indem man mit der anderen Seite redet, um ihre Interessen, Absichten und Fähigkeiten besser einschätzen zu können. Hinzukommen müssen Abrüstungsverträge, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende militärische Maßnahmen mit dem Ziel eines Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau. Dadurch werden politische Verhältnisse geschaffen, die – wie es Helmut Schmidt formulierte – die Vorhersehbarkeit des politischen Handelns ermöglichen.

Genau das ist jedoch das Problem der deutschen Politik. Die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung wurde wegen einer falschen Beurteilung der herrschenden Rahmenbedingungen aufgegeben – wohl aus Mangel an sicherheitspolitischem Weitblick und strategischem Urteilsvermögen. Es darf jedoch nicht passieren, dass dieser Fehler durch Missachtung der US-Bedrohungsanalyse wiederholt wird. Vielmehr sollte sich die deutsche Außenpolitik das Ende des Ukrainekrieges sowie eine gerechte und dauerhafte europäische Sicherheits- und Friedensordnung als vorrangige Ziele setzen.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Warum also bewertet die deutsche Politik die strategischen Fähigkeiten und Absichten Russlands anders als die USA?

● MELDUNGEN

Bundeswehr will Satelliten

Berlin – Die Bundeswehr plant ein Satellitensystem im Weltraum, das ähnlich funktioniert wie das Starlink-System von Elon Musk. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, umfasst das Vorhaben mehrere Hundert Satelliten zur Kommunikation und zur Erdbeobachtung. Zum Aufbau des Systems will die Bundeswehr bis 2029 hunderte Satelliten ins All schießen. Die Kosten des Projekts werden mit bis zu zehn Milliarden Euro angegeben. Umgesetzt werden soll der Plan vom Bundesverteidigungsministerium offenbar vorrangig mit deutschen Raumfahrtunternehmen. Allerdings wird eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern nicht ausgeschlossen. Bislang ist Deutschland bei Satellitensystemen stark von den USA abhängig. Der Plan der Bundeswehr zum Aufbau eines eigenen Satellitensystems stellt eine Abkehr vom EU-Projekt IRIS2 dar. Das EU-Vorhaben soll 2030 einsatzbereit sein und zum Teil auch militärisch genutzt werden. **H.M.**

Doppelt so viele Übergriffe

Paris – Die Zahl der Übergriffe auf Journalisten hat sich in Deutschland 2024 gegenüber 2023 verdoppelt. Dies geht aus einer Analyse der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hervor. Insgesamt 75 der 89 Angriffe umfassten körperliche Gewalttaten. Es gab 40 verifizierbare Fälle, in denen Journalisten sowie Ausrüstung geschlagen, getreten oder brutal geschubst wurden. In vier Fällen wurden Personen mit einem Gegenstand geschlagen und in elf angespuckt. 66 der 89 Attacken fanden im Rahmen von politischen Demos statt, die meisten davon wurden von pro-palästinensischen Gruppen organisiert. 29 Attacken richteten sich gegen zwei Reporter, die oft von pro-palästinensischen Demos in Berlin berichten. 21 Vorfälle gab es von Kundgebungen, die dem rechten Spektrum zugeordnet wurden. Seit der Corona-Pandemie beobachtet man eine Entwicklung, in der viele Bürger Journalisten, die nicht ihrem eigenen ideologischen Spektrum entstammten, als Gegner ansahen, heißt es. **P.E.**

Grundsteuer gefährdet Klubs

Berlin – Die Grundsteuerreform wirkt sich stark auf Berliner Clubs aus, die Immobilien auf Bezirksgrundstücken nutzen. Durch die Neuberechnung ist die Belastung durch die Grundsteuer in den Innenstadtbezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte aber stark gestiegen. In beiden Bezirken gibt es mehr Clubs als in anderen Teilen Berlins. Wie der Vorsitzende der Berliner Klubkommission sagte, ist die neue Grundsteuer für Clubbetreiber ein großes Problem. Der grün-regierte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg fordert nun, Clubs und Kultureinrichtungen von der Grundsteuer zu befreien. CDU-Haushaltsexperte Christian Goiny warf dem Bezirk vor, im Bebauungsplan nicht rechtzeitig die Nutzungsmöglichkeit der Immobilien geändert zu haben. So eine Änderung hin zu einer Clubnutzung hätte nämlich zugleich eine niedrigere Grundsteuer bedeutet, so Goiny. **H.M.**



„Mach du, ich will nicht!“ – Manuela Schwesig und Anke Rehlinger scheinen sich den SPD-Vorsitz gegenseitig zuschieben zu wollen

ERNEUERUNGSPROZESS

SPD-Neustart im Dilemma

Diejenigen, die sollen, wollen nicht – und diejenigen, die wollen, sollen nicht

VON PETER ENTINGER

Innerhalb der SPD wird der Ruf nach einer personellen Neuaufstellung immer lauter. Vor allem die Co-Vorsitzende Saskia Esken steht nach dem schwachen Abschneiden bei der Bundestagswahl massiv unter Druck. Das große Problem: Es mangelt an geeigneten Bewerberinnen, die den Platz neben dem gesetzten Lars Klingbeil einnehmen könnten.

Viele in der Partei der Sozialdemokraten hätten sich gewünscht, die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger würde ihren Hut in den Ring werfen. „Ich werde es nicht tun“, sagte sie kürzlich bei einem TV-Auftritt und fügte hinzu: „Ich glaube nicht, dass man von Saarbrücken aus momentan den Herausforderungen, die die Sozialdemokratie an dieser Stelle auch zu bewältigen hat, gerecht werden kann. Weder für die eine noch für die andere Rolle“, so Rehlinger. Auch auf wiederholtes Nachfragen schloss sie den Parteivorsitz für sich aus.

Die amtierende Parteivorsitzende Esken erhält unterdessen immer mehr Gegenwind. „Für die Genossin Esken sehe ich eigentlich keine weiteren Aufgaben in der Parteiführung, die letztlich für die SPD auch Fortschritt und Mehrwert bringen könnte“, sagte zuletzt etwa der Führer Oberbürgermeister Thomas Jung (SPD) gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Seit 2019 ist Esken Parteivorsitzende und erst die zweite Frau in der langjährigen Geschichte der SPD-Vorsitzenden, die an der Spitze steht. Doch richtig heimisch wurden die Genossen mit ihr nicht.

Berlin-Präsenz ist Pflicht

Nur zwei von sieben Regierungschefs in den SPD-geführten Ländern sind Frauen. Auch Manuel Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern hat bereits abgewunken: „Ich möchte nicht SPD-Vorsitzende werden“, sagte Schwesig dem Magazin „Stern“. Sie habe im September 2026 eine Landtagswahl zu gewinnen und wolle weiter Mecklenburg-Vorpommern regie-

ren. „Ich will mein Land vor der AfD retten“, sagte sie. Bei der Bundestagswahl am 23. Februar war die AfD stärkste Kraft geworden. Schwesig und Rehlinger gehören dem Team der SPD an, das die Koalitionsverhandlungen mit der Union mitführte. In der Partei heißt es, die künftige Vorsitzende müsse in Berlin präsent sein. Erinnerungen werden an den früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck wach, der als Vorsitzender von Mainz aus an den Machtspielen in Berlin scheiterte.

Immerhin hat sich mittlerweile eine prominente Genossin dazu durchringen können, ein grundsätzliches Interesse zu erklären. In einem Interview mit dem TV-Sender N-tv ließ die frühere Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zumindest offen, ob sie Lust auf den Parteivorsitz habe: „Das werde ich hier nicht verraten.“ Allerdings werde sie „in den nächsten Tagen die Entscheidung für mich ganz persönlich treffen“. Diese Entscheidung werde sie dann denen mitteilen, die es dann auch wissen müssten, so Bas weiter. „Also

insofern ist das bei mir offen.“ Es sei immer schön, wenn man für fähig gehalten werde, ergänzte sie gegenüber dem „Stern“, sagte aber auch: „Es setzt mich aber auch unter Druck, für vieles im Gespräch zu sein.“ Bas gehört eigentlich nicht ins absolute Machtzentrum der Partei. Hauptstadtjournalisten galt sie längere Zeit sogar eher als Hinterbänklerin in der Fraktion. Doch bei der Bundestagswahl hat sie ihren Wahlkreis zum fünften Mal direkt gewonnen. Das schafft Einfluss, vor allem im mächtigen Landesverband Nordrhein-Westfalen.

„Ich will mein Land vor der AfD retten“

Manuela Schwesig
Ministerpräsidentin von
Mecklenburg-Vorpommern

Interessant ist die Tatsache, dass sowohl Rehlinger, Schwesig als auch Bas betonen, wie wichtig die Basisarbeit derzeit sei. „Das politische Berlin ist manchmal wie ein Raumschiff“, sagte Schwesig. Es sei wichtig, vor Ort ansprechbar und sichtbar zu sein, erklärt Bas. Die Menschen wollten keine abgehobenen Politiker, die sich nicht mehr um den vermeintlichen Kleinkram kümmerten. „Ich muss daher dringend wieder nach Duisburg, ich bin jetzt seit Wochen in Berlin eingeschlossen – ich brauche wieder etwas Bodenhaftung“, sagte sie gegenüber dem „Stern“. Mit 56 Jahren ist Bas im besten Politiker-Alter- und sehr erfahren.

Auch für den Fraktionsvorsitz wird sie gehandelt, sollte Klingbeil ein Ministeramt bekommen. Doch ob die Partei abermals eine Doppelfunktion möchte: „Wie ich meine Partei kenne, wird man mich nicht einfach so durchwinken“, sagte Bas augenzwinkernd.

Noch kämpft aber auch Esken um ihr politisches Überleben. Sie liebäugelt sogar mit einem Ministeramt. Doch beliebt ist sie selbst an der Basis nicht mehr. Gerhard Gaiser, SPD-Fraktionschef im Kreistag Freudenstadt in Eskens Wahlkreis, forderte, die Ministerliste vor dem Mitgliederentscheid offenzulegen. „Auf keinen Fall darf Saskia Esken als Ministerin weggefördert werden“, sagte Gaiser. Sonst sehe er „schwarz für die SPD“. Die Kritik an Esken resultierte auch daher, dass sie während der Koalitionsverhandlungen in den Urlaub fuhr. Dies wurde genüsslich medial verbreitet. Aber Esken will dennoch nicht weichen: „Die klebt wie Pattex“, zitierte der „Münchner Merkur“ einen Bundestagsabgeordneten.

ÖFFENTLICHER DIENST

„Uns steht das Wasser schon jetzt bis zum Hals“

Wegen des hohen Tarifabschlusses stellen Kommunalvertreter die Tarifgemeinschaft mit dem Bund infrage

Bund und Kommunen haben sich mit den Gewerkschaften am 6. April auf einen Tarifabschluss geeinigt. Für die rund 2,6 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen werden mit dem Abschluss die Einkommen in zwei Schritten um insgesamt 5,8 Prozent steigen. Zudem einigten sich beide Seiten auf Sonderzahlungen und Verbesserungen bei der Arbeitszeit. Die Laufzeit des Tarifabschlusses beträgt 27 Monate, rückwirkend vom 1. Januar 2025 bis mindestens zum 31. März 2027. Lob für den Abschluss gab es von der geschäftsführenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): „Wir haben einen Tarifabschluss erreicht, der in schwierigen Zeiten einen guten Ausgleich bringt.“

Laut Innenministerium kommen auf den Bund durch den neuen Tarifab-

schluss Mehrkosten von rund 1,94 Milliarden Euro zu. Für die Kommunen nannte die Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Karin Welge, allerdings Kosten von mehr als zehn Milliarden Euro jährlich. Die Mehrkosten treffen zum Teil Kommunen, die schon jetzt hohe Schulden haben und sparen müssen. Dieser Lage entsprechend fielen die Reaktionen in den Kommunen aus: Bernhard Langenbrinck, Chef des Kommunalen Arbeitgeberverbands Nordrhein-Westfalen, sprach davon, dass das Tarifergebnis „an die finanziellen Grenzen der Kommunen in NRW“ geht. Tatsächlich haben mittlerweile nur noch 17 von 427 Kommunen in NRW einen ausgeglichenen Haushalt. In Sachsen warnte Mischa Woitscheck, der Geschäftsführer des Sächsischen Städte-

und Gemeindetages: „Uns steht das Wasser schon jetzt bis zum Hals.“ Der Meißner Landrat Ralf Hänsel erklärte, man habe einen Abschluss gewollt, der der „äußerst prekären Haushaltslage der Kommunen“ Rechnung trage.

Mittlerweile stellen Kommunalvertreter sogar das bisherige Verhandlungsmodell infrage. Bund und Kommunen führen bislang gemeinsam die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften. Die Bundesländer sind 2006 aus der bis dahin bestehenden Tarifgemeinschaft ausgetreten und verhandeln separat einen Tarifvertrag für ihre Beschäftigten aus. Angesichts der Unzufriedenheit kommunaler Arbeitgeber mit dem aktuellen Abschluss wird auch in den Städten und Gemeinden der Ruf nach eigenen Tarifverhandlungen ohne den Bund wachsen.

Die Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts hatte erst vorletzten Monat vor enorm steigenden Kosten der öffentlichen Verwaltung gewarnt. Verbunden war dies mit der Forderung, dass die Verwaltung bei der Digitalisierung viel schneller werden müsse. Derzeit wird im bundesdeutschen Durchschnitt nur ein Drittel der Behördengänge online angeboten. Ursprünglich hatte die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel angestrebt, bereits bis Ende 2022 alle Behördengänge über das Internet anzubieten.

Aus Sicht von Marcel Thum vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung Dresden ist eine digitale Verwaltung extrem wichtig: „Weil uns sonst die Kosten der öffentlichen Verwaltung enorm über den Kopf wachsen.“ **Hagen Ritter**

CHRISTDEMOKRATEN

In der Ost-CDU rumort es kräftig

Enttäuschung über Merz-Koalition: Parteiaustritte und Forderungen nach einem Mitgliederentscheid

VON HERMANN MÜLLER

Als SPD-Spitzenkandidat musste Gerhard Schröder im Jahr 2005 feststellen, dass Bundestagswahlen zwar im Westen Deutschlands gewonnen werden, ein schlechtes Abschneiden im Osten der Republik am Ende aber dann doch den Wahlsieg kosten kann. Schröders SPD lag vor 20 Jahren mit 34,2 Prozent nur einen Prozentpunkt hinter den Unionsparteien, die 35,2 Prozent holten. Zum knappen Wahlsieg der Unionskandidatin Angela Merkel hatte seinerzeit beigetragen, dass die SPD in mehreren östlichen Bundesländern deutlich hinter ihrem bundesweiten Gesamtergebnis lag.

Allein vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund müsste man im Konrad-Adenauer-Haus inzwischen mit einiger Sorge auf die Entwicklung im Osten der Republik blicken. Als besonders alarmierend muss Friedrich Merz das Vorgehen der Berliner CDU unter Kai Wegner empfinden (siehe Kolumne). Noch bevor die SPD am 15. April ihren Mitgliederentscheid über den von ihr mit CDU und CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag gestartet hatte, legte die Berliner CDU mit einer eigenen Befragung unter den Mitgliedern des Landesverbands los. Für die Bundesspitze der CDU um Merz ist die Berliner Umfrage zwar keineswegs bindend. Allerdings kann sich die Einbeziehung der Basis der Berliner Christdemokraten schnell zu einem Signal für die gesamte Partei entwickeln.

„Nicht mehr repräsentiert“

Der CDU-Kreisverband Potsdam-Mittelmark hat sich vor Kurzem mit einem Brief direkt an Friedrich Merz gewandt: „Zahlreiche unserer Mitglieder fühlen sich nicht mehr ausreichend repräsentiert und denken ganz offen über einen Parteiaustritt nach.“ Als Gründe nennt der mittelmärkische CDU-Kreisvorsitzende Christian Große die Entscheidungen der Bundespartei und der Bundestagsfraktion zum Schuldenpaket und zur Schuldenbremse. Diese Entscheidungen hätten zu deutlicher Verärgerung geführt und Mitglieder verunsichert.

Weiter heißt es in dem Brief, der Kreisverband habe einstimmig beschlossen, eine Mitgliederbefragung über den mög-



Erwartungen geweckt und enttäuscht: CDU-Plakat im vergangenen Bundestagswahlkampf

Bild: imago/IPON

lichen Koalitionsvertrag mit der SPD zu fordern: „Für den Fall, dass dieser Mitgliederentscheid nicht umgesetzt wird, droht unserer Partei ein weiterer massiver Vertrauensverlust innerhalb der Mitgliedschaft – mit unabhärbaren Konsequenzen ... Wir befürchten zahlreiche Parteiaustritte, die wir bis jetzt nur mit größten Anstrengungen verhindern konnten.“

Mit einem Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag würde die CDU dem Vorbild der SPD folgen. Diese bietet bereits seit 2013 ihren Mitgliedern die Möglichkeit, in einem Mitgliederentscheid über einen Koalitionsvertrag abzustimmen. Ob in der CDU eine Mehrheit für den Koalitionsvertrag zustande käme, den Merz und CSU-Chef Markus Söder mit der SPD ausgehandelt haben, erscheint angesichts der Stimmung an der CDU-Basis in ganz Deutschland und auch

bei der Jungen Union durchaus eine offene Frage.

Die CDU-Spitze hält möglicherweise auch deshalb am bisherigen Prozedere fest. Dieses sieht eine Abstimmung über den Koalitionsvertrag auf einer Sitzung des Bundesausschusses vor. Besser bekannt als Kleiner Parteitag nehmen an diesen Sitzungen nur rund 160 CDU-Mitglieder teil. Als wahrscheinlich gilt, dass diese am 28. April über den Koalitionsvertrag abstimmen.

Andere Haltung zur AfD gefordert

Ein Ja zum Vertrag wäre für den wahrscheinlichen nächsten Kanzler Merz ein wichtiger Schritt zur Regierungsspitze; eine Zustimmung nur des Bundesausschusses kann allerdings auch zur Belastung für die CDU werden. Schon jetzt wird über immer mehr Parteiaustritte von

CDU-Mitgliedern berichtet. Als im mecklenburgischen Ostseebad Kühlungsborn Ende März gleich ein Großteil des CDU-Stadtverbands den Austritt aus der Partei erklärt hat, sorgte dies bundesweit für Schlagzeilen. Aus Sachsen-Anhalt berichtet der CDU-Kreisverband Harz, dass „zahlreiche Parteiaustritte“ bereits vorlägen und viele weitere Mitglieder mit dem Austritt drohten.

Von diesem Kreisverband liegt nun ebenfalls die Forderung an die Bundes-CDU vor, die Parteimitglieder über den Koalitionsvertrag abstimmen zu lassen. Mehr noch: Der Kreisverband Harz hat die Parteispitze überdies aufgefordert, das Kooperationsverbot mit der AfD, die „Brandmauer“, aufzuheben: „Die CDU hat die Wahl im Osten klar verloren“, heißt es in dem entsprechenden Appell der Harzer Christdemokraten.

INFRASTRUKTUR

Ein Beispiel für die deutsche Planungsmisere

Autobahndreieck in Berlin: Endloser Bürokratie-Irrsinn statt zügiger Realisierung

Schon seit 2015 soll das Autobahndreieck Funkturm in Berlin umgebaut und erneuert werden. Am Dreieck verlaufen zwei der meistbefahrenen Autobahnabschnitte Deutschlands die A 100 (Stadtring) und die A 115 (Avus). Seinerzeit für 20.000 Fahrzeuge konzipiert, passieren heute täglich 230.000 Fahrzeuge (197 000 Pkw und 12 000 Lastwagen) das Dreieck.

Beim Umbau war vorgesehen, dass das Autobahndreieck und die Anschlussstelle (An- und Abfahrt) räumlich getrennt werden. Zudem soll eine neue zusätzliche Anschlussstelle „Messedamm“ entstehen. Die Anmeldung des Vorhabens zum Bundesverkehrswegeplan 2030 erfolgte bereits damals. 50,5 Millionen Euro wurden für den Umbau veranschlagt.

Ein Komplettneubau war Anfang 2018 noch nicht abzusehen. Das änderte sich jedoch. In dem Geflecht von Spann-

betonbrücken aus den 1960er Jahren haben Fachleute inzwischen Konstruktionsfehler ausgemacht. Viele Jahre wurden lediglich die notwendigen Erhaltungsarbeiten ausgeführt. Erst im Frühjahr 2024 wurden konkretere Umbaupläne des Senats bekannt. Zwischenzeitlich war die Rede von einem Planungszeitraum von sieben Jahren und Gesamtkosten von 264 Millionen Euro.

Auch die Kosten explodieren

2021 tauchten neue und sogar noch teurere Pläne auf. Eine 410-Millionen-Investition umfasst die Sanierung oder Neubau von 25 Spannbetonbrücken und 1,9 Autobahnkilometern. Schutzmaßnahmen gegen Staub, Lärm und Erschütterungen kamen hinzu sowie eine Verschenkung der Avus. Die A 115 würde dann nicht mehr direkt an der histo-

rischen Avus-Tribüne vorbeiführen. Frühestens 2025 sollte die Mega-Umgestaltung starten, Bauzeit: acht Jahre. Das Planfeststellungsverfahren dürfte weitere Verzögerungen nach sich ziehen, hieß es zudem.

Rechtsanwalt Georg Buchholz und Rechtsanwältin Henriette Albrecht vertreten die Einwände von Bewohnern der Eichkampfsiedlung und um den Klausenerplatz gegen die Baupläne. Der damalige Verkehrsstaatssekretär Jens-Holger Kirchner (Grüne) wollte schon 2021 das Planfeststellungsverfahren einleiten und wandte ein, die Dauer des Verfahrens sei „nicht seriös einzuschätzen“, und die „Bauzeit werde voraussichtlich nicht unter fünf Jahren“ betragen.

Inzwischen geht man sogar von einer Bauzeit von acht Jahren aus. Die Projektgesellschaft DEGEGS will die Arbeiten in

drei Abschnitte aufteilen, um sie bei laufendem Verkehr ausführen zu können. Die Messe Berlin GmbH macht sich Sorgen: „Es kann zum heutigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass es durch die Bauarbeiten zeitweise auch zu Störungen des Messebetriebs kommt. Leider sind die Planungen der Baugesellschaft derzeit noch nicht so weit fortgeschritten, dass wir ... konkrete Aussagen zu möglichen Störungen geben können.“ Weitere Verzögerungen könnten grüne Begehrlichkeiten hervorrufen. Da ist von einem Schnellradweg für E-Räder vom Rathenauplatz Richtung Tegel, über die neue Wissell-Brücke, die Rede.

Wer erfahren will, warum Deutschland bei der Infrastruktur auf der Stelle tritt, findet im Dauerbrenner Berliner Funkturm-Dreieck ein gutes Lehrbeispiel.

Frank Bücker

KOLUMNE

Querschuss

VON THEO MAASS

Anders als die SPD will CDU-Chef Friedrich Merz keine Mitgliederbefragung über das Ergebnis seiner Koalitionsverhandlungen. Unter den CDU-Mitgliedern wachsen jedoch Zorn und Empörung, insbesondere wegen der nach der Wahl beschlossenen Giga-Schuldenpakete, von denen vorher keine Rede war. Migrationswende? Rücknahme des Atomausstiegs? Von alledem ist wenig oder gar nichts zu sehen. Die CDU-Führung will sich eigentlich auf einem Kleinen Parteitag am 28. April die Unterstützung ihrer Partei zum Koalitionsvertrag holen.

Schon lange fordert Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) eine Reform der Schuldenbremse – und stieß bei Merz bis vor Kurzem auf taube Ohren. Auch in der Ausländer- und Asylantenfrage gibt sich Wegner – früher ein konservativer Hardliner – betont „fortschrittlich“. Nun glaubt er wohl, die Stunde der Vergeltung sei gekommen, und bringt die Idee ins Spiel, wenigstens im Berliner Landesverband auch die einfachen CDU-Mitglieder zu Schwarz-Rot im Bund befragen zu lassen.

In einem Online-Fragebogen an 13.000 Mitglieder, die diese bis Gründonnerstag ausfüllen sollten, werden Fragen zu geplanten Migrationsmaßnahmen, dem beschlossenen Schuldenpaket und der generellen Zusammenarbeit mit der SPD gestellt. CDU-Landesgeschäftsführer Dirk Reitze beschwichtigt: „Unsere Umfrage ist völlig anders angelegt als der SPD-Mitgliederentscheid. Wir fragen unsere Mitglieder nach einer Einschätzung zu zwölf verschiedenen Themen des Koalitionsvertrags.“

Auch der CDU-Mitgliederbeauftragte im Bund, Philipp Amthor, spielt den Vorgang herunter: „Wenn Landesverbände ihre autonomen Spielräume nutzen, habe ich absolut nichts dagegen.“ Das alles kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wegners Initiative wie ein Schuss gegen Merz erscheinen muss, der sich einer Einbeziehung der normalen Parteimitglieder, wie es bei der SPD geschieht, in die Koalitionsentscheidung eindeutig widersetzt hatte.

MELDUNG

Stiftung bittet um Aufschub

Potsdam – Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam hat die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz um eine weitere Stundung der Rückzahlung eines Darlehens gebeten. Nach Angaben von Hartmut Fritz, dem Finanzdezernenten der Kirche, sei eine erste Rückzahlungsrunde eigentlich 2024 fällig gewesen. Auf Bitten der Trägerstiftung wurde die Rückzahlung verschoben. Laut dem Sender rbb hat sich die Stiftung im März erneut an die Landeskirche gewandt und um eine institutionelle Förderung sowie eine Verlängerung der Stundung bis 2028 gebeten. Die Kirchenleitung hat über den Antrag offenbar noch nicht entschieden. Die Kosten für den Wiederaufbau des Kirchturms von mehr als 40 Millionen Euro sind zur Hälfte durch den Bund finanziert worden. Die EKD und die evangelische Landeskirche haben zudem insgesamt fast fünf Millionen Euro als Darlehen für den Wiederaufbau gegeben.

H.M.

● MELDUNGEN

Rauswurf am WBZ Breslau

Breslau – Nach einer umstrittenen Personalentscheidung an der Universität Breslau ist die Zukunft des Willy-Brandt-Zentrums gefährdet. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) berichtet, ist der bisherige Leiter, Krzysztof Ruchniewicz, entlassen worden. Der hatte das WBZ mit vier Lehrstühlen und 13 Mitarbeitern seit seiner Gründung – mit einer kurzen Unterbrechung – geführt. Das mit deutschen Geldern kofinanzierte Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Uni Breslau war 2002 gegründet worden. Das Rektorat begründet Ruchniewiczs Entlassung auf Nachfrage mit „Unregelmäßigkeiten in der Arbeitsweise des Zentrums“ sowie einer „mangelnden Effizienz in der Ressourcennutzung“. Laut „FAZ“-Bericht sympathisiert der Rektor der Uni Breslau, Robert Olkiewicz, mit der deutschfeindlichen PiS-Partei. *H.M.*

Rekord bei Todesurteilen

London – Die Zahl der weltweit erfassten Hinrichtungen ist 2024 nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf den höchsten Stand seit zehn Jahren gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden in 15 Ländern mehr als 1500 Exekutionen dokumentiert. 2023 lag die Zahl noch bei insgesamt 1153 Hinrichtungen. In Saudi-Arabien und im Irak stieg die Zahl der Hinrichtungen im vergangenen Jahr laut Amnesty besonders stark an. Im Irak vervierfachte sich die Zahl der Exekutionen von mindestens 16 auf mindestens 63, während in Saudi-Arabien sich die Zahl von 172 auf mindestens 345 verdoppelte. Hierbei handelt es sich aber nur um die staatlich dokumentierten Fälle. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen. In der Volksrepublik China werden vollstreckte Todesurteile nur selten öffentlich bekannt. Auch in Nordkorea soll es eine hohe Zahl von nicht bestätigten Exekutionen geben. In den USA wurden 2024 Amnesty zufolge 25 Menschen hingerichtet. *P.E.*

Russen lehnen Perestrojka ab

Moskau – In Russland wird die Perestrojka negativ bewertet. Vor 40 Jahren wurde Reformler Michail Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei gewählt. Deshalb führte das Levada-Zentrum eine Umfrage durch. 59 Prozent der Befragten sagten, die Reformen hätten geschadet, nur 20 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Während Ältere, Benachteiligte und diejenigen, die Nachrichten im Fernsehen sehen, Perestrojka negativ bewerten, glauben junge Menschen mit höherer Schulbildung, Wohlhabende und Bürger, die das Internet als Informationsquelle nutzen, dass sie mehr Vorteile gebracht hat. Die Reformgegner nannten den Zerfall der Sowjetunion, Wirtschaftskrise, Geldentwertung, Inflation, die Schließung von Kolchonen sowie Armut und Chaos als Gründe. Die Befürworter hoben hervor, dass das Leben besser geworden sei und den Menschen mehr Möglichkeiten eröffnet worden seien. *MRK*

KAUKASUS

Armenien bangt um seine Existenz

Von wegen „Durchbruch“: Friedensdiktat von Aserbaidshan zwingt den Nachbarn in die Knie

VON BODO BOST

Im Kaukasus spielt sich zwischen Armenien und Aserbaidshan gerade das spezielle Szenario ab, das der Westen im Falle der Ukraine bislang verhindern wollte. Dass nämlich Russland als Angreifer und Kriegstreiber obendrein auch noch für seine Aggressionen belohnt wird und der Ukraine einen „Friedensvertrag“ regelrecht aufkotzt, kann.

Genau dies aber hat Bundespräsident Frank Walter Steinmeier jetzt bei seinem Staatsbesuch in Baku unverständlicherweise als einen „Durchbruch“ im Kaukasus bezeichnet. Nach zwei von Aserbaidshan gewonnenen Kriegen und Vertreibungen von 100.000 Armeniern aus ihren historischen Siedlungsgebieten in Karabach bezeichnet Deutschlands Staatsoberhaupt unnachvollziehbar diesen unnormalen Zustand als „Normalisierung“, der den Frieden zwischen den jahrhundertlang verfeindeten beiden Nationen sichern soll.

Der Konflikt im Kaukasus, der politisch nicht gelöst werden kann, weil die stärkere Seite bisher nicht zu Zugeständnissen bereit ist und weiter mit Krieg

droht, soll zumindest rhetorisch beigelegt werden.

Aber der Frieden ist mehr als bloße Rhetorik, auch wenn sich diese bei Staatsbesuchen besser verkündigen lässt. Alles weist jedoch darauf hin, dass eine Friedenslösung im Südkaukasus viel weiter entfernt ist, als es auf den ersten Blick scheint. Denn während Armenien seit zwei Jahren immer neue Zugeständnisse macht, formuliert Baku wiederum immer neue Forderungen.

Von Russland verraten

Militärisch kann sich Armenien gegen das rohstoffreiche und mit russischen, türkischen und israelischen Waffen sowie Geld hochgerüstete Aserbaidshan – anders als im Krieg Anfang der 1990er Jahre, als auf beiden Seiten sowjetische Waffen für ein Gleichgewicht sorgten – nicht mehr behaupten. Daran zweifelt in Eriwan und im Westen niemand mehr.

In zwei Militäroperationen 2020 und zuletzt 2023 holte sich Baku die mehr als 30 Jahre lang von Armeniern selbstverwaltete Provinz Bergkarabach mit Waffengewalt zurück und vertrieb etwa 100.000 dort seit Jahrhunderten lebende

Armenier. Die Karabach-Vertriebenen bilden jetzt den sozialen Sprengstoff in Armenien, der das Land nicht mehr zur Ruhe kommen lässt. Dabei hat es Armenien nicht mehr nur mit den beiden türkischen Nachbarstaaten zu tun, die das Land lieber heute als morgen von der Landfläche verdrängen wollen, auch Russland hat das Land 2023 gegen den gemeinsamen Angriff der türkischen Bruderstaaten im Stich gelassen, obwohl Armenien der Moskau-geführten Militärallianz OVKS angehört, woraufhin auch Armenien seit 2024 seine Verpflichtungen aus diesem militärischen Bündnis ruhen lässt.

Neuer Aspirant als Gaslieferant

Anders als Georgien, das 2024 die Annäherung an den Westen beendet hat, ohne sich der von Moskau geführten Militärallianz OVKS anzuschließen, fühlt sich Armenien jedoch immer mehr dem Westen zugehörig. Es hätte auch noch gesicherte Grenzen, denn Aserbaidshan hält seit dem Waffenstillstand von 2023 „nur“ 200 Quadratkilometer armenisches Territorium besetzt, aber immerhin hat sich Aserbaidshan bislang noch nicht den Durchbruch von seinem Stammland zu

seiner Exklave Nachitschewan mit Gewalt geholt, etwas, was in Armenien fast jeder erwartet. Da diesen Durchbruch der Iran in seinem Grenzgebiet nie erlauben wür-

Samenproben neuer Militär-Rekruten entnommen, damit im Todesfall deren Witwen wieder Nachkommen austragen können

Perverse Kriegsvorbereitungen – so wappnet man sich in Armenien auf den nächsten Krieg mit Aserbaidshan

de, wird es bald in der Mitte diesen besagten Durchbruch geben, der zwei verkleinerte, unverbundene armenische Staatengebiete hinterlassen wird, die nach Jahren des Aushungerns sicher auch, wie Karabach, wie reife Früchte, in die Hände Aserbaidshans fallen werden. Nur, wo sollen dann die heute noch drei Millionen Armenier hinflüchten?

Steinmeier bezeichnete den Oligarchen und Autokraten Alijew, der seine Frau, ein Ex-Modell, zur Vizepräsidentin gemacht hat, als einen „lieben Kollegen“. Das allein war schon befremdlich. Aserbaidshan ist infolge Putins Gas-Abschaltung zu einem aufstrebenden Gaslieferanten für die EU avanciert, deutsche und europäische Unternehmen buhlen um die Gunst Alijews. In Armenien bereitet man sich dagegen auf den nächsten Waffengang vor, indem man von allen neuen Militär-Rekruten Samenproben entnimmt, sodass im Todesfall im Verteidigungskrieg zumindest überlebende Frauen Nachkommen von Opfern austragen könnten.

Diese Chance hatten die 1,5 Millionen ermordeten Armenier zwischen 1915 und 1917 nicht, die Opfer des von türkischen Osmanen ausgerufenen Völkermords wurden. Rund 1300 Jahre Nachbarschaft mit Muslimen haben in Armenien inzwischen Folgen und eine Überlebensstrategie hinterlassen.



Bundespräsident Steinmeier zu Besuch in Baku, wo er Aserbaidshans Autokraten Alijew als „lieben Kollegen“ bezeichnete

OSTEUROPA

Jaroslaw Kaczyński hetzt gegen Deutschland

Lügen, Vorwürfe, konstruierte Fake-News – der PiS-Vorsitzende bedient ein altes Feindbild

Die Opposition gegen die Einwanderungspolitik der Regierung war das Hauptthema des Wahlkampfauftritts von Jaroslaw Kaczyński in Dammvorstadt. Laut ihm gibt es an der deutsch-polnischen Grenze heimliche Unterbringungs-orte von Migranten. Dutzende von Einwohnern grenznaher Orte kamen mit Transparenten gegen Einwanderer.

Polens Präsidentschaftswahlkampf für die Wahlen im Mai hat mal wieder Deutschland im Visier, zumindest bei der PiS-Partei. Nicht der Ukrainekrieg ist das Hauptthema, wieder mal wird das Feindbild Deutschland aufgewärmt. „Die deutschen Sicherheitsdienste an unserer Grenze verhalten sich unverschämt und unrechtmäßig. Deutschland möchte den Status Polens in den eines untergeordneten Staates ändern“, ätzte Kaczyński beim

TV-Sender Polsce24. „Die Grenzkontrollen Deutschlands sind eine Demonstration für eine Änderung des Status Polens. Denn die Deutschen wollen die Polen daran gewöhnen, dass deutsche Polizeiautos in Polen herumfahren“.

Dies sei bereits in vielen polnischen grenznahen Städten zu beobachten, während die jetzige Regierung unter Donald Tusk sich einfach damit abfindet, sagte Kaczyński. Schließlich gäbe es in der großen Politik nichts umsonst. „Wenn Tusk eine so weitreichende Unterstützung von Ursula von der Leyen erhält, sei das „kein Zufall“, so der Vorsitzende der PiS. Tusk sei ein Mann, der ausländische Interessen verfolge, also deutsche Interessen. Damit spielte er auf das uralte Vorurteil der kashubischen Herkunft von Tusk an, dessen Großvater auf Seite der Deutschen im

Krieg gekämpft hatte. Die Ergebnisse der Tuskschen Politik somit sein: Degradierung, Ausbeutung, Mangel an großen Entwicklungschancen, die Notwendigkeit, sich Russland zu unterwerfen, weil das herbeifantasierte russisch-deutsche Abkommen diesmal mit Sicherheit funktionieren wird“, wettete Kaczyński.

Der Chef des polnischen Außenministeriums, Radosław Sikorski, wurde zuvor bei einem Besuch in Bukarest zu der Unterzeichnung des Asylgesetzes durch den Präsidenten Duda befragt. Journalisten wiesen auf die Vorbehalte und Fragen von Duda hin – unter anderem zum Umgang mit Migranten, die aus Deutschland nach Polen zurückgeschickt werden.

Sikorski bewertete es als gut, dass der Präsident das Gesetz unterzeichnet hat. „Was die Migranten aus Deutschland be-

trifft, so erinnere ich Sie an die Fakten. Mein Vorgänger, Minister Czaputowicz von der PiS, sagte nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, dass die Regierung von Recht und Gerechtigkeit wissentlich und absichtlich Migranten nach Deutschland durchgelassen habe, weil sie davon ausging, dass es sich um ein deutsches Problem handeln würde“, so der Minister. Er fügte hinzu, dass in der Zwischenzeit, „wenn ein Migrant in Polen registriert ist, das Land, in das er geht, das Recht hat, ihn nach Polen zurückzuschicken. Wenn wir also dieses Problem mit Deutschland haben, dann genau deshalb, weil die PiS es begonnen hat.“ Im Volk selbst scheint die deutsche Karte diesmal nicht mehr zu ziehen, der Präsidentschaftskandidat der PiS liegt in allen Umfragen weit hinter dem der Tusk-Partei zurück. *Bob*

VON PETER ENTINGER

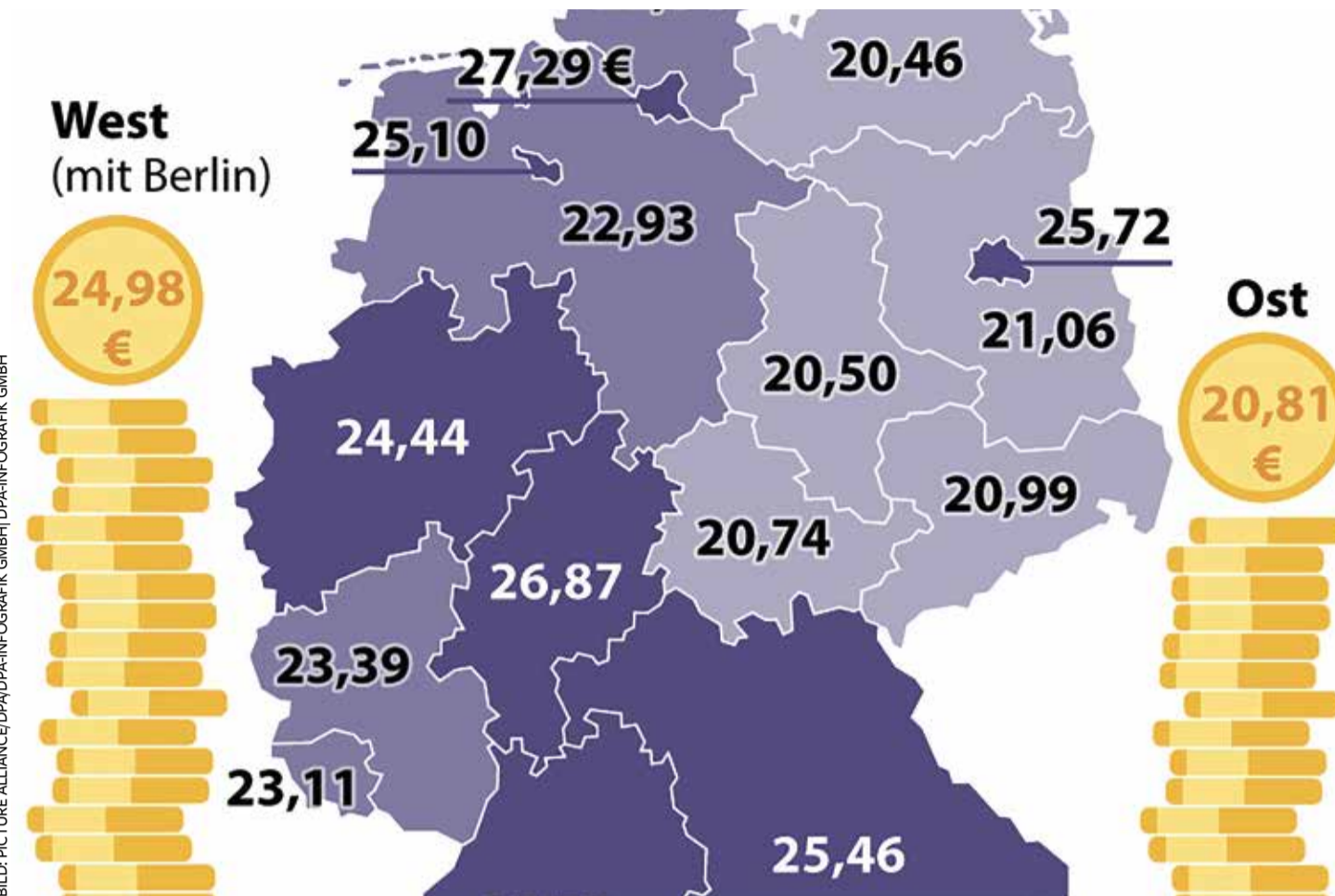
Die Inflation sank zuletzt etwas, und die Gehälter steigen langsam an. Die Lage in den bundesdeutschen Geldbeuteln könnte sich eigentlich entspannen – eigentlich. Wie das Statistische Bundesamt nun bekannt gab, lag der mittlere Bruttojahresverdienst 2024 in Deutschland einschließlich Sonderzahlungen bei 52.159 Euro. Somit verdiente die Hälfte der Beschäftigten mehr als diesen Betrag oder aber deutlich mehr, während die andere Hälfte weniger erhielt.

Wie das Amt weiter mitteilte, erzielte das oberste Prozent der Vollzeitbeschäftigten 2024 einen Bruttojahresverdienst von 213.286 Euro oder mehr – und damit rund viermal so viel wie der Durchschnitt. Die zehn Prozent am unteren Ende der Verteilung erhielten 32.526 Euro brutto oder weniger. Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einschließlich Sonderzahlungen aller Vollzeitbeschäftigten gemessen am arithmetischen Mittel betrug 62.235 Euro brutto. „Der Unterschied zum Median von 52.159 Euro verdeutlicht, dass besonders hohe Verdienste den Durchschnittsverdienst nach oben beeinflussen. Werden alle Vollzeitbeschäftigten nach der Höhe ihres Bruttojahresverdienstes sortiert, gibt der Perzentilwert an, wie viel Prozent der Beschäftigten einen Verdienst kleiner oder gleich dem Wert hatten“, heißt es in einer Erklärung.

Lag der Verdienst im Jahr 2024 beispielsweise bei 42.000 Euro, verdienten rund 30 Prozent der Vollzeitbeschäftigten gleich viel oder weniger. Mit einem Verdienst von 66.000 Euro gehörte man zu den 30 Prozent mit den höchsten Verdiensten. Im Schnitt wollen Unternehmen in Deutschland die Gehälter 2026 um 3,8 Prozent erhöhen. Dies geht aus einer Befragung der Unternehmensberatung Kienbaum hervor. Die höchsten Gehaltssteigerungen prognostiziert Kienbaum für das laufende Jahr im Gesundheitswesen, in der Telekommunikationsbranche, bei Versicherungen und in der Chemieindustrie. Hier seien Gehaltserhöhungen von vier bis fünf Prozent drin.

Mieten fressen das Gehalt

„Ob man mehr, weniger oder ähnlich viel Gehalt bekommt, hängt von einigen Faktoren ab. Grundlegend dabei ist das Berufsfeld“, erklärt der Experte für Arbeitsmarkt-Politik Claus Schnabel von der Universität Erlangen-Nürnberg und fügt hinzu: „Eine Branche, der es gut geht, kann natürlich auch mehr bezahlen als eine, die keine großen Gewinne macht. Und auch Angebot und Nachfrage spielen eine Rolle: Wenn Arbeitskräfte irgendwo knapp sind, dann verdienen sie dort meist



Auch nach 35 Jahren besteht in den Einkommensverhältnissen zwischen Ost und West keine Einheit

GEHÄLTER

Einkommens-Plus im Land – mit großen Unterschieden

Ausbildung und Kompetenz zählen – Ost-West-Unterschied besteht weiterhin

auch mehr.“ Die Arbeitnehmer in Hessen waren 2024 im Übrigen die Topverdiener im bundesweiten Vergleich. Angestellte im Osten – mit der Ausnahme von Berlin – verdienen am wenigsten.

Doch nicht automatisch bedeutet mehr Gehalt auch mehr Glück. Zumindest in Sachen Gehaltszufriedenheit heißt der Spitzenreiter Baden-Württemberg. Am unzufriedensten sind die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Das geht aus einer weiteren Befragung hervor, die das Portal kununu veröffentlichte. In der Rangliste der Großstädte liegen München und Frankfurt wenig überraschend an der Spitze. Lebenshaltungskosten relativieren allerdings das Gehalt: Auf dem Land bleibt oft mehr Netto übrig, trotz geringerer Löhne. Ein realistischer Vergleich muss daher die Kaufkraft berücksichtigen. Großstädte wie Frankfurt oder München bieten zwar höhere Gehälter, jedoch verbrauchen hohe Mieten und Lebenshal-

tungskosten einen Großteil des Einkommens. Länder im Osten wie Sachsen-Anhalt haben übrigens geringere Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, während die Lohnlücke in Bayern oder Baden-Württemberg größer ist.

Ärzte bleiben Top-Verdiener

Generell sind die Gehaltsunterschiede zwischen West und Ost immer noch beachtlich. Besonders im Handwerk und Ingenieurwesen sind die Lohnunterschiede auffällig, wobei Handwerker in Baden-Württemberg über 9000 Euro pro Jahr mehr verdienen als in Mecklenburg-Vorpommern. „Der regionale Preisindex schwächt die Wirkung niedrigerer Löhne im Osten teilweise ab, jedoch gibt es auch teure Städte wie Dresden, Potsdam oder Jena, die über dem Preisniveau einiger westlicher Städte liegen“, heißt es hierzu bei der Unternehmensberatung Stepstone. Ein Grund liege demnach aber

auch in der fehlenden Tarifbindung in vielen Unternehmen im Osten. „Was hinzukommt, sind die divergierenden Betriebsgrößenstrukturen sowie, daraus abgeleitet, die niedrigere Wirtschaftskraft der Betriebe in Ostdeutschland“, heißt es.

Neben der Branche haben besonders Berufserfahrung und Ausbildung großen Einfluss auf die Höhe des Gehalts. Je höher der Abschluss, desto höher der Verdienst. Ärzte sind demnach absolute Spitzenverdiener in Deutschland. Das Jahresgehalt liegt im Median bei 98.750 Euro. Damit verdient die Berufsgruppe fast das Doppelte eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Die niedrigsten Gehälter gibt es laut Stepstone hingegen in der Branche Hotel, Gastronomie und Catering und in dem Bereich Land-, Forst- und Fischwirtschaft sowie Gartenbau. Das durchschnittliche Jahresgehalt in der Hotellerie in Deutschland liegt bei rund 30.900 Euro brutto.

FALSCHER UMWELTSCHUTZ

Wildgänse werden ein Problem für Landwirte

Die ungehinderte Vermehrung der Zugvögel sorgt für Kahlfraß und Verkotung auf den Feldern

In Norddeutschland überwintern jährlich mehrere Millionen arktische Wildgänse. In der Wattenmeer-Region, den Marschlandschaften, am Niederrhein und bis weit ins Inland hinein entstehen daraus immer wieder Konflikte.

Im Dezember 2022 hatte ein Weideviehhalter aus Weener in Ostfriesland das Land Niedersachsen erfolgreich wegen Fraßschäden durch Wildgänse auf seinen Wiesen verklagt. Tausende Gänse hatten seine Wiesen verkotet und großenteils kahlgefressen. Für seine 80 Milchkühe musste er Gras zukaufen. Ende letzten Jahres wurde das Urteil rechtskräftig. Dem Landwirt wurden 80.000 Euro zugesprochen. Er fordert eine gezielte Bestandsregulierung der Wildgänse, wie sie in den Niederlanden seit über zehn Jahren praktiziert wird, anstelle einer auf die

Herbst- und Wintermonate beschränkten Jagdzeit.

Laut dem Anwalt des Klägers hat das Urteil bundesweit Bedeutung. Überall, wo EU-Recht nicht im Sinne der Bürger umgesetzt wird, also dort, wo der Vogelschutz Jagd und Vergrämung verhindert, entstehe ein sogenannter Aufopferungsanspruch, ein nach deutschem Staatshaftungsrecht anerkannter Ausgleichsanspruch. Davon könnten beispielsweise Betreiber von Golfklubs oder touristischen Anlagen, die durch Gänsekot verunreinigt werden, profitieren.

Der niedersächsische Landtagsabgeordnete Ulf Thiele (CDU) will nun von der Landesregierung wissen, wie man zukünftig mit solchen Schadensfällen umgehen will. Denn: Ohne gezielte Bestandsregulierung werden die Wildgansbestän-

de weiter zunehmen und es wird mehr Klagen auf Schadensersatz geben. Immer mehr Tiere bleiben ganzjährig in den Überwinterungsgebieten und brüten dort im Frühjahr. Bislang zahlt Niedersachsen, kofinanziert durch die EU, jährlich acht Millionen Euro an landwirtschaftliche Betriebe als Ausgleich für Fraßschäden durch Gänse auf Acker- und Grünlandflächen, die in EU-Vogelschutzgebieten liegen. Darüber hinaus stellt das Umweltministerium weitere Mittel für „Großschadensereignisse“ zur Verfügung.

Möglicherweise bewirkt das Ergebnis einer im Januar 2023 in der Fachzeitschrift „Journal of Applied Ecology“ veröffentlichten Langzeitstudie zu den Fraßschäden der in Niedersachsen überwinternden arktischen Gänse ein Umdenken. Die Studie soll als Grundlage für Aus-

gleichszahlungen dienen. Im Ergebnis zeigt sich, dass die im Küstenraum überwinternden und brütenden Gänse auf Grünland einen nachweisbaren Ertragsverlust von 50 Prozent im ersten Schnitt verursachen. Falsch verstandener Naturschutz könnte die Länder also teuer zu stehen kommen.

Seit den 60er Jahren wird in den Überwinterungsgebieten eine stetige Zunahme der Gänse beobachtet, die im Norden Europas brüten. So hat sich die Population der Blässgänse seit den 60er Jahren von rund 60.000 auf rund 1,2 Millionen erhöht. Der Bestand der Nonnengänse hat sich seit den 80er Jahren in der Nordsee-region mit 1,4 Millionen Tieren vervielfacht. Für beide Arten hatte Niedersachsens rot-grüne Regierung eine ganzjährige Schonzeit verfügt. JES

MELDUNGEN

VW hat Tesla überholt

Wolfsburg – Auf dem EU-Markt für E-Autos hat VW bei den Neuzulassungen erstmals Tesla überholt. Vor allem dank der Modelle ID.3, ID.4 und dem neuen Elektro-Kombi ID.7 konnte VW seine Elektroverkäufe im Februar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 180 Prozent steigern. Tesla, bislang der führende E-Autobauer, musste im Februar in der EU dagegen einen Absatzrückgang von 44 Prozent registrieren. Nach Angaben des Branchenverbands ACEA hat der Volkswagen-Konzern in den ersten beiden Monaten des Jahres fast 45.000 E-Autos verkauft. Tesla konnte in diesem Zeitraum nur noch rund 19.046 Fahrzeuge absetzen. Zu schaffen macht Tesla eine alternde Modellpalette und wachsende Konkurrenz durch immer mehr Auswahl bei E-Autos. Wegen des Engagements von Konzernchef Elon Musk für Donald Trump haben zudem Dienstwagenanbieter Tesla-Fahrzeuge aus ihren Fuhrparks verbannt. H.M.

Putin verdient an Italienern

Moskau/Fabriano – Nachdem der italienische Heiztechnik-Hersteller Ariston die Kontrolle über seine russischen Vermögenswerte wiedererlangt hat, zeigte sich dessen Vorstandsvorsitzender Paolo Merloni zufrieden über diese Entwicklung und kündigte an, die Geschäfte in Russland wiederaufzunehmen. Zuvor waren die Vermögenswerte einiger westlicher Unternehmen, darunter auch die von Ariston, beschlagnahmt worden. So stand die Russlandtochter des Unternehmens fast ein Jahr lang unter Verwaltung des Staatskonzerns Gazprom. Aus dem Kreml hieß es damals, dies sei eine Reaktion auf „feindselige Handlungen“ seitens der USA und ihrer Verbündeten im Zusammenhang mit den westlichen Sanktionen infolge des Ukrainekriegs. Nun hat Wladimir Putin die Leitung ohne Angabe von Gründen an die Italiener zurückgegeben. Das italienische Außenministerium führt die Entscheidung des Kreml auf eigene Anstrengungen und die der italienischen Bottschaft in Moskau zurück. MRK

Bahnbau vorbei an Russland

Peking – Wegen Russlands Überfall auf die Ukraine und den Huthi-Angriffen auf Frachtschiffe im Roten Meer sucht China neue Handelsrouten hin zur EU. Im Dezember kündigten China, Kirgisistan und Usbekistan daher den Bau einer Eisenbahnlinie an, die durch das Kaspische Meer und die Türkei führen und es Peking ermöglichen soll, logistisch näher an Europa heranzurücken. Die Entscheidung, diese 30 Jahre alten Pläne umzusetzen, fiel nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Zuvor verlief die Haupt-eisenbahnlinie von China zur EU durch Russland. Durch den Bau der neuen Strecke unter Umgehung Russlands sollen die russisch-chinesischen Beziehungen nicht belastet werden, auch wenn der neue Transportweg der russischen Wirtschaft schaden dürfte. Die Strecken haben für beide Länder große Bedeutung. Über sie versorgt China seinen Nachbarn mit Produkten für dessen Waffenproduktion. MRK

KOMMENTARE

Kriegswirtschaft als Industrie-Sackgasse

VON HERMANN MÜLLER

Entfachen die Zusatzmilliarden, die für die Bundeswehr und die Erneuerung der Infrastruktur vorgesehen sind, einen kleinen Wirtschaftsboom? Schon jetzt wenden sich namhafte Zulieferbetriebe von der kriselnden Autobranche ab und setzen auf die Rüstungsindustrie. Auch das traditionsreiche Waggonwerk Görlitz wird künftig keine Züge mehr herstellen, sondern Panzerteile. Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) lobte den Wandel vom Waggonbau zum Rüstungsbetrieb: Der Vorteil von Deutschland sei, dass es sich immer wieder auch an neue Trends anpasse. Tatsächlich wird der Umstieg auf Rüstungsproduktion in Görlitz Industriearbeitsplätze retten, die sonst weggefallen wären.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht aufgrund eigener Berechnungen davon aus, dass bis zu 200.000 neue Arbeitsplätze entstehen können, wenn Deutschland seine Verteidigungsausgaben von zwei auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern würde. Bemerkenswert ist, dass Bosch, der weltgrößte Autozulieferer, hingegen nicht in Euphorie verfällt: „Wir wollen nicht, dass Bosch ein Rüstungsunternehmen wird“, so Bosch-Chef Stefan Hartung. Eine „Riesenchance für Deutschland und auch für Bosch“ sieht er dagegen in der Entwicklung rund um Künstliche Intelligenz. „Wir machen in diesem Feld als Land nicht alles selbst, können aber führend dabei werden, KI jetzt wirklich in vielen Produkten zum Einsatz zu bringen.“

Ein Boom mit Tücke

Derzeit ist solche kritische Distanz zum Rüstungsboom eher die Ausnahme. Die Ausbehebung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben hat bei Rüstungsherstellern für eine Goldgräberstimmung gesorgt. Bei Rheinmetall, Deutschlands größtem Rüstungskonzern, ist die Auftragslage glänzend. Zufrieden kann der Rheinmetall-Chef Armin Papperger melden: „Wir erleben ein Wachstum, wie wir es im Konzern noch nie hatten.“ Ähnlich gut läuft es beim Panzerbauer KNDS, bei Diehl Defence oder beim Radarspezialisten Hensoldt. Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS)

hat in seinen Büchern Aufträge für seine modernen U-Boote und Fregatten im Wert von 16 Milliarden Euro stehen.

Unbestritten ist: Die Bundeswehr muss so ertüchtigt werden, dass sie zur Landesverteidigung wirklich in der Lage ist. Ratsam ist auch, notwendige Militärtechnik künftig vor allem in Deutschland selbst, zumindest in Europa zu produzieren. Allein der Umgang des US-Präsidenten Trump mit Dänemark in der Grönland-Frage lässt es ratsam erscheinen, bei Rüstungstechnik auch von den USA unabhängig zu werden. Seit dem die US-Regierung dreist Anspruch auf Grönland erhebt und dabei auch den Einsatz militärischer Mittel nicht ausschließt, wird in Dänemark diskutiert, ob der Kauf amerikanischer F-35-Jets nicht ein kapitaler Fehler war.

Deutschland ist durchaus in der Lage, auch im Verteidigungsbereich Spitzentechnik zu entwickeln. Zu Recht weist der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie darauf hin, dass Deutschland etwa im Maschinen- und Anlagenbau sowie in der Luft- und Raumfahrtindustrie jahrzehntelang Kompetenzen aufgebaut hat und Produkte entwickelt hat, die weltweit gefragt sind. Warum soll dies nicht auch im Bereich der Verteidigungstechnik noch stärker als bislang gelingen? Die Milliardenaufträge vom Staat und der Aufschwung bei den Herstellern von Rüstungsgütern bergen für den Wirtschaftsstandort dennoch eine große Gefahr: In einem wirtschaftlich sonst eher trostlosen Umfeld können die gut bezahlten Staatsaufträge nämlich zu einer Fehlentwicklung in der Industriestruktur führen. Warum sollen sich innovative Unternehmen in einer ansonsten kriselnden Wirtschaft mit der Forschung an neuer Maschinenbautechnik, Künstlicher Intelligenz oder modernen Autoantrieben abmühen, wenn im Rüstungsbereich hohe Renditen winken, für die obendrein auch noch faktisch der deutsche Staat bürgt? Neben der Stärkung einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie braucht Deutschland vor allem auch bessere Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft, damit es langfristig nicht seine vielen Mittelständler, die großen Autobauer und Technikkonzerne wie Bosch verliert.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:

Commerzbank AG,
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Christopher Spatz, Arno Surminski, Stephan Grigat, Christoph de Vries und René Nehring (oben, v.l.)

Bild: PAZ

LEITARTIKEL

75 Jahre PAZ – ein Jubiläum

JENS EICHLER

Geändert haben sich über die Jahre hinweg sukzessive die Optik, der Duktus des Sprachgebrauchs, und sogar der Name wechselte von „Ostpreußenblatt“ hin zu „Preußische Allgemeine Zeitung“. Die Zeitung wurde mit der Zeit farbig, bekam „Zuwachs“ in Form eines modernen Internetauftritts, dazu einen Newsletter. Eine 75-jährige Entwicklung mit einem festen Maßstab: Qualität. Aber eines hat sich in den besagten 75 Jahren nicht geändert: die Bedeutung und das mediale Gewicht.

Das gedruckte Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist, was es ist: ein Medium mit bleibendem Eindruck, eine kritische Stimme mit konservativer Tonlage, eine Zeitung – immer noch in gedruckter Version, aber auch in digitaler –, die sich dem Zeitgeist nicht anpasst, sondern diesen prägt, und dabei autark zu wirken weiß. Ein in siebenundzwanzig Dekaden gewachsenes Blatt, dessen Bedeutung mit jeder seiner bisher rund 3800 publizierten Ausgaben stetig gewachsen ist. Mahnende Worte stehen neben kritischen Einschätzungen, ehrliche Analysen begleiten ebenso mutige wie ehrliche sowie faire Berichterstattungen. Bei der PAZ ist bis heute en Vogue, was bei anderen eben nicht en Vogue ist.

Geschichten mit Herzblut

Somit galt es am letzten Sonnabend, den 75. Geburtstag eines bedeutsamen Mediums und zugleich eines der ältesten der Bundesrepublik überhaupt gebührend zu feiern. Die edlen Räumlichkeiten der Provinzialloge von Niedersachsen, Hamburg war die entsprechend adäquate Location, in denen sich Angehörige der Vertriebenenverbände ebenso einfanden wie honorarige Vertreter, Laudatoren sowie Freunde und langjährige Wegbegleiter der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.

Schon beim festlich stilvollen Empfang war der „Weißt-du-noch-damals“-Geist spürbar, das nostalgische Schwelgen in vergangenen Zeiten, das mentale Hervorkramen alter Geschichten und ebenso melancholische Gedanken der unzähligen Schicksale von Millionen Menschen, die zu guter Letzt dieses außergewöhnliche Presseorgan initiiert, ins Leben gerufen, aufgebaut, getragen, mit wertvollen Inhalten gefüllt und gedacht, gelenkt und geführt haben. Und deren

Geschichten mit Herzblut erzählt wurden. Und so machte Stephan Grigat, als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. bei seiner Begrüßung den Stellenwert der PAZ samt ihrer Bedeutung sowohl für die Landsmannschaft als auch für alle Heimatvertrieben deutlich. Das gilt eben-

Bei der PAZ ist
en vogue, was bei
anderen Medien
nicht en vogue ist

so für die zahlreiche Leserschaft als für die gesamte Presselandschaft der Bundesrepublik. „Die PAZ wird gelesen. Man hört ihre Stimme. Hinter dieser Zeitung aber steht zugleich ein engagiertes Team, das täglich mit Mut und Motivation hoch professionell dafür sorgt, dass jede Woche eine Ausgabe an den Kiosken in Deutschland ausliegt!“, betonte er, wohlwissend, dass sich das gesamte mediale Genre im Umbruch befindet und sich die *Preußischer Allgemeine Zeitung* dennoch behauptet.

Wer könnte das besser bestätigen, als der amtierende Chefredakteur René Nehring? Einem chronologischen Zeitstrahl folgend wies er in seiner Festrede auf ebenso historische Ereignisse in den vergangenen 75 Jahren hin, ventilerte eingehend das Zeitgeschehen, erinnerte an geschichtliche Höhepunkte, die sich ebenso in der Zeitung widerspiegeln wie auch so manche kluge Voraussicht, wo die PAZ ein feines Gespür wie auch eine professionelle Redaktions-Nase bewies.

Neuer Akzent im Koalitionsvertrag

Sein auf Latein gefasstes „ad multos annos“ darf daher gleich doppelt interpretiert werden. Zum einen als Aufforderung, alle Verantwortlichen, in Sachen journalistischem Gespür, präzisiertem Feingespür und dem Mut des Zur-Sprache-Bringen nicht aufzuhören und andererseits diesem Pressejuwel, das in gewisser Hinsicht als Unikat bezeichnet werden darf, auch die nächsten 75 Jahre Wertschätzung, Verantwortung und Unterstützung zukommen zu lassen. Der Grund für seine Aufforderung ist denkbar einfach: Weil es diese Zeitung verdient hat, wie wohl kaum eine andere. Via Monitor übermittelte

Philipp Amthor, erneut gewähltes Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion mit ostpreußischen Wurzeln, seine Geburtstagsgrüße. Die unruhigen Zeiten in Berlin, Koalitionsgespräche und das Ringen um anstehende Ämter machten es für ihn unmöglich, persönlich zum Festakt zu erscheinen.

Für ihn sprang kein Geringerer als Parteikollege Christoph de Vries ein, der in der CDU als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten fungiert. Dass er ein engagierter Leser der PAZ ist, machte er schnell deutlich, als er mit beinahe eindringlichen Worten darauf hinwies, dass seine CDU keinesfalls in der Ausrichtung orientierungslos sei, wie es in einer der letzten Ausgaben seitens der PAZ-Redaktion vermutet wurde. „Vielmehr haben wir die Anliegen der Vertriebenen wieder aufs Tableau gehoben und haben eine großen Absatz in den aktuellen Koalitionsvertrag mit aufgenommen, weil uns diese Menschen wichtig sind, sehr wichtig sogar!“, sagte er mit Nachdruck.

Im Vergleich dazu ließ er nicht unerwähnt, welch übles Spiel die letzte Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Kabinett Scholz, Claudia Roth (Grüne), mit Preußen, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und in ihren einschlägigen politischen Entscheidungen gespielt hat. Als augenscheinliches Paradebeispiel ihrer Verweigerung zum Deutschum nannte de Vries die durch Roth erfolgte Gleichstellung von Heimatvertriebenen Deutschen und Gastarbeitern anderer Nationen, die in den siebziger Jahren in die Bundesrepublik kamen. Fassungsloses Kopfschütteln bei nahezu allen der vielen Gäste war die Folge.

Propos Gäste – unter ihnen befanden sich so honorarige Persönlichkeiten wie der mehrfach prämierte große Schriftsteller und Ostpreußische Kulturpreisträger Arno Surminski, ebenso der Kulturpreisträger Christopher Spatz, aber auch der frühere Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm von Gottberg und der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut, um hier nur – ohne Wertung – einige zu nennen.

Teodor Pazov wusste zwischendurch beeindruckend dem Klavier feinste Töne beim Spielen großer Meister wie Mozart, Beethoven oder Brahms zu entlocken. Klassische Melodien für die Ewigkeit. Passend für eine Zeitung mit ähnlichem Habitus – als ein Klassiker der Medien.

Gegen Krieg, Hunger und Leid

Eine Ausnahmekünstlerin – Die Königsberger Malerin, Graphikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz starb vor 80 Jahren

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Käthe Kollwitz wollte wirken. So schrieb sie in ihr Tagebuch im Dezember 1922: „Jeder arbeitet wie er kann. Ich bin einverstanden damit, dass meine Kunst Zwecke hat. Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind. Viele fühlen jetzt die Verpflichtung, wirken und helfen zu wollen, aber mein Weg ist klar und einleuchtend, andere gehen unklare Wege.“ Dass die wichtigste deutsche Künstlerin des 20. Jahrhunderts gewirkt hat, davon zeugen zahlreiche nach ihr benannte Straßen, Plätze, Schulen, Jugendhilfeeinheiten und der Käthe-Kollwitz-Preis der Berliner Akademie der Künste, der jährlich „von Künstlern für Künstler“ vergeben wird.

Ihren Durchbruch hatte sie mit ihrem Zyklus „Ein Weberaufstand“, zu dem sie im Februar 1893 durch Hauptmanns Aufführung „Die Weber“ inspiriert wurde. Ihre Lithographien und Radierungen zeigen notleidende Menschen und machen auf die Hungersnot unter den schlesischen Webern 1891/92 aufmerksam. Kollwitz' Zyklus wurde 1898 auf der Großen Berliner Kunstausstellung für eine Goldmedaille vorgeschlagen, die Kaiser Wilhelm II. allerdings verweigerte mit dem Ausspruch: „Ich bitte Sie, meine Herren, eine Medaille für eine Frau, das ginge dann doch zu weit. ... Orden und Ehrenzeichen gehören an die Brust verdienter Männer.“ Dass sie als Frau dennoch ihren Durchbruch erlebte, konnte der Kaiser nicht verhindern und auch nicht ihre Ernennung 1919 zum Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, und zwar als erste Frau. Sie erhielt den Professorentitel, leitete die Meisterklasse Graphik und verhalf 95 Frauen zur Ausstellung ihrer Werke bei den akademischen Kunstausstellungen.

Keine andere Künstlerin ihrer Zeit schafft so viel Mitgefühl mit ihrem präzise geführten Strich wie Käthe Kollwitz. Als



Der Leichnam einer vergewaltigten Bäuerin inmitten eines verwüsteten Gartens, beobachtet von einem kleinen Mädchen, links im Bild: Kollwitz' Bauernkriegszyklus kennt viele Facetten des Leids. 1907/1908 entstand das Werk „Vergewaltigt“ Bild: CRS

fünftes Kind kam sie am 8. Juli 1867 Ostpreußens Hauptstadt zur Welt, die ersten beiden Geschwister starben schon vor ihrer Geburt. Von ihrem Großvater, Julius Rupp, der als Theologe 1846 in Königsberg die erste freireligiöse Gemeinde gegründet hat, übernahm sie ein Ideal sittlicher Größe und Pflicht sich selbst und den Menschen gegenüber. Sie starb am 22. April 1945 in Moritzburg.

Ehefrau, Mutter und berufstätig

Wenn es nach ihrem Vater gegangen wäre, der ihr Talent schon früh nach damaligen Möglichkeiten gefördert hat, wäre sie ausschließlich eine Künstlerin gewesen. Sie aber heiratete als geborene Schmidt 1891 den Kassenarzt Heinrich Kollwitz. In ih-

rer Heimatstadt Königsberg hielt sie sich viel am Hafen auf und erfasste die Arbeiter dort mit ihrer unglaublichen Beobachtungsgabe. Ihr intensives Gefühl erfasst noch heute die Betrachter ihrer Werke. Die Intensität des Ausdrucks, die emotionale Nähe, diese Unmittelbarkeit, die Kollwitz' Werk auszeichnet, hebt das Wesentliche hervor. „Mensch werde wesentlich!“, schrieb sie in ihr Tagebuch im Februar 1917. Der Mensch ist wesentlich für ihr Schaffen, in dessen Mittelpunkt sie ihn stellt. In ihrem Tagebuch hielt sie fest: „Das Stadium, wenn man anfängt zu fühlen, wie die Gleichgültigkeit nachlässt, eine Art Auftauen und wieder Fühlenkönnen eintritt. Das zweite Stadium, wo ein wirkliches und frohes Interesse da ist und

man nicht mehr an der Berechtigung gerade dieses zu arbeiten zweifelt. Das dritte Stadium, wo die Arbeit einen in Klammern hat, wo sie wie eine Last auf einem draufhockt ... Man muß.“ Es musste notwendig sein, um geschaffen zu werden.

Kollwitz trat mit ihrer Kunst ein für die Schwachen, gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Faschismus, für die Abschaffung des Paragraphen 218, der immer noch nicht abgeschafft ist. Sie warb 1920 für die Hilfe von Wiener Kindern, ein Jahr später für hungerleidende Russen. Sie druckte und modellierte gegen Krieg, Hunger, Gewalt und Leid. Begleitet wurde sie stets von Goethe, dessen Lebendmaske ihr noch im Alter durch Befühlen Orientierung gab. Aus seinem „Lehrbrief“, dem

siebten Buch von „Wilhelm Meisters Lehrjahre“, entlieh sie 1918 das Zitat „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“, um in einem offenen Brief Richard Dehmels Aufruf, der Jugendliche für den Krieg werben wollte, entgegenzutreten. So benannte sie auch 1942 ihre letzte Lithographie, die eine Mutter zeigt, unter deren Mantel und Armen, gleich einer Schutzmantelmadonna, sich Kinder verstecken.

„Es ist genug gestorben“, schreibt sie vier Jahre nach dem Tod ihres jüngsten Sohnes Peter, der eine tiefe Zäsur in ihrem Leben darstellt. Er war noch zu jung, um für den Ersten Weltkrieg eingezogen zu werden, wollte sich aber unbedingt als Kriegsfreiwilliger melden. Der Vater erlaubte es auf Bitten Käthes, und Peter starb zwei Wochen nach seinem Dienstantritt bei Diksmuide, wo auf dem Soldatenfriedhof eines der anrührendsten Antikriegsmahnmale steht: „Trauerndes Elternpaar“. Es wurde 1932 ausgestellt. Kollwitz arbeitete an diesem Werk genauso lange, wie ihr Sohn alt geworden ist.

Wundervoll und ganz leicht sind hingegen ihre Kinderbilder und Skulpturen – Kinder beim Lesen, Staunen, Marmeladenspielen oder schlafend an die Mutter gelehnt. Nach ihrer Münchener Zeit arbeitete sie sogar farbig.

● Kollwitz' Œuvre ist vielfach ausgestellt. Das Käthe-Kollwitz-Museum Köln am Neumarkt 18–24 öffnet nach Bauarbeiten wieder im Herbst. Viele Expositionen sind während dieser Zeit an andere Häuser verliehen. Das Käthe-Kollwitz-Museum Berlin am Spandauer Damm 10 ist täglich von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg stellt diverse Exponate aus. Das Museum der bildenden Künste in Leipzig in der Katharinenstraße 10 zeigt noch bis zum 11. Mai einige Kollwitz-Plakate in der Ausstellung „Rollenbilder. Frauen in der Sammlung des Mdbk“ ebenso wie das Barlach-Museum in Wedel bei Hamburg (siehe PAZ vom 4. April).

ROMANTIK

Ein „wilder Schweizer“

Vor 200 Jahren starb der Maler Johann Heinrich Füssli – Sein Bild „Der Nachtmahr“ entfachte einen Skandal

Mit dem Gruselstück „Der Nachtmahr“ machte Johann Heinrich Füssli die Kunstwelt auf sich aufmerksam: Einer Schläferin lastet ein affenartiger Nachtmahr schwer auf dem Brustkorb und gibt ihr unter den glasig glotzenden Augen einer Schindmähre einen Albtraum ein. Der Schöpfer dieses weithin berühmten, in drei Versionen gemalten Werks starb am 16. April 1825. Er ruht in Londons St.-Pauls-Kathedrale.

Der 1741 in Zürich geborene Füssli studierte Theologie und trat 1761 seinen Dienst als Pfarrer an. Nachdem er 1763 in einem Pamphlet die Missetaten eines Landvogts angeprangert hatte, zog er sich erst nach Pommern, dann nach Berlin zurück. Auf Vermittlung des englischen Gesandten in Berlin ging er 1765 nach London, wo ihn der berühmte Porträtist Joshua Reynolds ermutigte, Maler zu werden.

In England war Füssli als der „wilde Schweizer“ bekannt. Und zwar wegen seiner abgründigen Bildwelten. Jonas Beyer, der 2023 im Kunsthaus Zürich eine Füssli-Schau kuratierte, erklärt: „Füssli war einer der eigenwilligsten, originellsten und

umstrittensten Künstler des 18. Jahrhunderts in Europa. Der betont individualistische und sensationslüsterne Charakter von Füsslis Kunst spaltete die öffentliche Meinung während seiner gesamten Karriere.“

Die umfangreichsten Sammlungen der Gemälde Füsslis im deutschsprachigen Raum sind im Kunsthaus Zürich, dem Kunstmuseum Basel und in der Goethe-Galerie des Deutschen Romantik-Museums Frankfurt beheimatet. Prominentestes der sieben Frankfurter Werke ist die zweite Fassung des „Nachtmahrs“ (1790/91). Es gehört zu den wenigen Gemälden Füsslis, die keinen literarischen Hintergrund haben, sondern allein der Phantasie des Malers ent-



Ein Hauch von Erotik: Die Frankfurter Fassung von Johann Heinrich Füsslis „Nachtmahr“ Bild: Thiede

sprangen. Zumeist aber beflügelte die Dichtkunst seine Vorstellungskraft.

John Miltons Versepos „Das verlorene Paradies“ (1667) regte Füssli zu 47 Bildern an. Auch Shakespeare beflügelte seine Bildphantasie. Vom düsteren Drama „König Lear“ (um 1606) ist Füsslis Gemälde „Der Tod der Cordelia“ (1810–1820, Goethe-Galerie) inspiriert. Der Komödie „Ein Sommernachtstraum“ (1600) verdanken wir Füsslis märchenhaftes Gemälde „Titania liebkost Zettel mit dem Eselskopf“ (1793/94, Kunsthaus Zürich). In der Mitte des Bildes kauert der Weber Zettel, dessen Haupt der Kobold Puck in einen Eselskopf verwandelt hat. Die Feenkönigin Titania schmiegt sich an die abstoßende Gestalt, da ihr missgünstiger Gatte Oberon sie durch Zauberei dazu verurteilt hatte, sich in das erste Wesen zu verlieben, welches sie nach ihrem Aufwachen erblickt. Veit-Mario Thiede

● Ausstellungstipp: Goethe-Galerie im Deutschen Romantik-Museum, Großer Hirschgraben 21, Frankfurt am Main. www.deutsches-romantik-museum.de

● MELDUNG

Nietzsche ist jetzt Welterbe

Weimar – Die UNESCO-Kommission hat den literarischen Nachlass des Philosophen Friedrich Nietzsche in das Register „Memory of the World“ aufgenommen. Die jetzt zum Weltokumentenerbe erklärten Manuskripte, Notizen, Briefe und Bücher aus dem Nachlass Nietzsches befinden sich heute im Goethe- und Schiller-Archiv und der Herzogin Anna Amalia Bibliothek der Klassik Stiftung Weimar. *tws*

Rheinsberg hat neuen Direktor

Rheinsberg – Der belgische Musikwissenschaftler Jelle Dierickx wird neuer künstlerischer Leiter der Musikultur Rheinsberg. Im Herbst löst er Georg Quander ab, der seit 2018 die vom ostpreußischen Komponisten Siegfried Matthus (1934–2021) gegründete Kammeroper Schloss Rheinsberg leitet. *tws*

BOLESŁAW I.

Polens erster König

Rund sieben Jahrhunderte vor Preußen wurde Polen von einem Herzogtum zu einem Königreich. Wann genau das passierte, ist allerdings umstritten. Nicht umstritten ist hingegen, wer der erste polnische König war. Er hieß Bolesław I., genannt auch „der Tapfere“ (Chrobry).

Bolesławs Vater und Vorgänger als polnischer Herrscher war Mieszko I. und noch Herzog. Letzterer war zweimal verheiratet, mit Dubrawka von Böhmen und mit Oda von Haldensleben. 967 ging aus der ersten Ehe als erstes Kind Bolesław hervor. 992 starb Mieszko und der Älteste trat die Nachfolge an.

997 wurde Adalbert von Prag von den heidnischen Prußen erschlagen. Bolesław löste laut einer Sage den Leichnam gegen Gold in dessen Gewicht aus und brachte ihn nach Gnesen. Für die Bestattung des Heiligen wurde die heutige Hauptkirche des Erzbischofs von Gnesen und Primas Poloniae, in der bereits 977 Bolesławs Mutter bestattet worden war, entsprechend ausgebaut. 999 fand die Bestattung Adalberts statt.

Im darauffolgenden Jahr pilgerte Otto III. zum Grab des Märtyrers. Zwischen dem 7. und 15. März des Jahres traf der Kaiser in Gnesen ein. Dort kam es zu einer Begegnung mit Bolesław und dabei zum sogenannten Akt von Gnesen. Worin genau dieser Akt bestand, ist unbekannt. Bekannt ist, dass er zur Errichtung der Kirchenprovinz Gnesen führte und dass mit der Herstellung der kirchlichen Unabhängigkeit Polens eine Aufwertung der Herrschaft Bolesławs verbunden war. Ob der römisch-deutsche Kaiser den polnischen Herzog entsprechend der traditionellen polnischen Geschichtsschreibung zum König aufgewertet hat oder nur zu seinem Freund, ist umstritten.



Bolesław I.

Otto III. starb 1002. Noch im selben Jahr kam es zu einem dramatischen Vorfall, der Bolesławs Verhältnis zu Ottos Nachfolger, Heinrich II., nachhaltig trübte. Während eines Aufenthaltes als Heinrichs Gast in Merseburg wurde Bolesław von Bewaffneten angegriffen. Nur mit knapper Not konnte der Pole entkommen. Von diesem Zwischenfall hat sich das bilaterale Verhältnis nie richtig erholt.

1024 starb Heinrich II. Damit endete das Interventions des Kaisers beim Papst gegen Bolesław. Nun besuchte ein päpstlicher Gesandter den Piasten und krönte ihn am 18. April 1025 zum polnischen König. Ob das polnische Königreich damit vor 1000 Jahren oder bereits ein Vierteljahrhundert früher mit dem Akt von Gnesen entstanden ist – auf jeden Fall liegt 2025 ein zumindest halbwegs runder Jahrestag vor. *Manuel Ruoff*



Deutsche Botschaft in Stockholm: Am 24. April 1975 um 23.46 Uhr explodieren 15 Kilogramm Trinitrotoluol (TNT)

Bild: imago/TT

LINKSTERRORISMUS

„Mein ganzer Instinkt sagt mir, dass wir hier nicht nachgeben dürfen“

Bei der Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm vor 50 Jahren erfüllte die Bundesregierung erstmals nicht die Forderungen der Geiselnnehmer

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Die Studentenunruhen 1968 mündeten in einer Radikalisierung sehr unterschiedlicher Gruppierungen. Dabei kristallisierten sich auch Gruppen heraus, die Gewalt und Terror zur Umsetzung ihrer linksextremistischen Ziele bejahen. So gründete sich 1970 die Rote Armee Fraktion (RAF). Deren Mitglieder wurden 1972 größtenteils gefasst. Um Erleichterungen bei den Haftbedingungen zu erreichen, kam es immer wieder unter ihnen zu Hungerstreiks. Einem solchen erlag am 9. November 1974 das inhaftierte RAF-Mitglied Holger Meins. Einer von Meins' Anwälten war der spätere Bundesinnenminister Otto Schily. Ob Meins' Tod von seinen Mithäftlingen nur billigend in Kauf genommen wurde oder auf deren „Befehl abzukratzen“, wie es der Linksterrorist Hans-Joachim Klein später formulierte, geschah, sei dahingestellt. Fakt ist, dass Meins' vermeintlicher Märtyrertod die weitere Radikalisierung der RAF befeuert hat.

Einen Tag später erschoss die „Bewegung 2. Juni“ in Berlin Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann. Als die Terrorgruppe, die nach dem Todesdatum von Benno Ohnesorg benannt war, der bei einer Demonstration am 2. Juni 1967 in West-Berlin von dem Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen worden war, im Februar 1975 den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz entführte und die Freilassung von inhaftierten Gruppenmitgliedern forderte, gab Bundeskanzler Helmut Schmidt nach. Die Terroristen flogen in

den Jemen aus, Lorenz wurde im Gegenzug freigelassen, wie in der PAZ vom 21. Februar nachzulesen ist. Der rote Terror hatte verstanden: Geiselnahme war ein funktionierendes Mittel, um den Staat zu erpressen.

Erfahrung der Lorenz-Entführung

Vor einem halben Jahrhundert, am 24. April 1975, verschafften sich Karl-Heinz Dellwo, Siegfried Hausner, Hanna Krabbe, Bernhard Rössner, Lutz Taufer und Ulrich Wessel unter dem Vorwand, Pässe zu benötigen, um 11.50 Uhr Zugang zur deutschen Botschaft in Stockholm. Sie waren mit Pistolen und Sprengstoff ausgestattet und nannten sich „Kommando Holger Meins“. Die sechs Terroristen nahmen in der deutschen Botschaft zwölf Geiseln. Rund 90 Mitarbeiter und Besucher der Botschaft konnten über die normalen Ausgänge und über die Feuerleiter das Botschaftsgebäude verlassen.

Die Terroristen trieben ihre Geiseln im Büro des Botschafters im dritten Stockwerk zusammen und zwangen sie, sich auf den Boden zu legen. Das Terrorkommando wollte mit den Geiseln 26 in Gefängnissen sitzende Gesinnungsgenossen freipressen. Um die Stockholmer Polizei, die mittlerweile den ersten Stock der Botschaft besetzt hatte, zum Abzug zu bewegen, drohten die Terroristen mit der Erschießung der Geiseln und setzten eine Frist bis 14 Uhr. Für die Verhandlung mit der schwedischen Polizei in deren Landessprache suchten sich die Geiselnnehmer gezielt Andreas Baron von Mirbach heraus. Der 1931 in Riga geborene Oberstleutnant im Generalstab war Mili-

tärattaché an der Botschaft. „Es war klar, dass er der erste auf ihrer Liste war“, sagte Jahre später seine Ehefrau Christa von Mirbach in einem Rundfunkinterview. Es sei „ein echter Countdown seines Lebens gewesen, das war ihm klar“.

Als die Frist um war, schossen die Terroristen von Mirbach von hinten fünfmal in den Rücken und den Kopf und stießen den Schwerverletzten die Treppen herunter. Sein Gesicht sei zerfetzt gewesen, die Treppenstufen voller Blut, erinnerte sich später seine Witwe. Von Mirbach habe noch gut eine Stunde lang geröchelt. Dann erlaubten die Geiselnnehmer zwei bis auf Unterhosen entkleideten Polizisten den Abtransport. Von Mirbach wurde zwar noch operiert, starb aber am späten Nachmittag an seinen schweren Verletzungen.

In Bonn lehnte Bundeskanzler Helmut Schmidt im Krisenstab ab, auf die Forderungen einzugehen: „Meine Herren, mein ganzer Instinkt sagt mir, dass wir hier nicht nachgeben dürfen.“ Die im Regierungssitz aufgrund einer angesetzten Konferenz ohnehin versammelten Ministerpräsidenten und Parteichefs trafen zu Krisensitzungen zusammen und leisteten „eine Art Rütli-Schwur“, wie es im Rundfunk hieß. Alle hochrangigen Politiker der Bundesrepublik teilten demnach die Entscheidung, dass der Staat sich nicht erpressen lassen dürfe, und niemand eine Stellungnahme abgeben werde.

Tödliche Schüsse und 15 Kilo TNT

Derweil platzierten die Terroristen im Stockholmer Botschaftsgebäude 15 Kilogramm Trinitrotoluol (TNT) und führ-

ten den Sprengstoff mit Kabeln an einer Zündstelle zusammen. Sie hatten als nächste Frist 22 Uhr festgelegt. Sollten bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt sein, sollte ein weiterer Botschaftsangehöriger erschossen werden. Nach Ablauf des Ultimatums waren in der Botschaft zunächst Schüsse zu hören – wohl aber nur Warnschüsse. Kurz darauf verkündete das schwedische Fernsehen, dass Bonn nicht auf die Forderungen eingehen werde. Als den Geiselnnehmern bewusst wurde, dass es nicht zur Freilassung von Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und den weiteren inhaftierten RAF-Terroristen kommen würde, entschlossen sie sich zu einer weiteren dramatischen Tötung. Um 22.20 Uhr zertrte einer der Terroristen den Wirtschaftsattaché der Botschaft, Heinz Hillegaart, ans Fenster und erschoss ihn öffentlich.

Anschließend ließen die Geiselnnehmer einige Geiseln frei. Dann geschah zunächst nichts, bis um 23.46 Uhr eine gewaltige Explosion das Botschaftsgebäude erschütterte und schwer beschädigte. Der Sprengstoff war detoniert, weil, wie später ermittelt wurde, einer der Terroristen über ein Kabel gestolpert war. Alle Kommandomitglieder und Geiseln erlitten Verbrennungen, bei den Terroristen Wessel und Hausner waren sie tödlich.

1977 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf die vier überlebenden Terroristen zu jeweils zweimal lebenslanger Haft wegen gemeinschaftlichen Mordes in zwei Fällen und weiteren Delikten. Sie wurden bereits in den 1990er Jahren sukzessive wieder aus der Haft entlassen.

VEREINIGTE STAATEN

Amerikas Unabhängigkeitskrieg

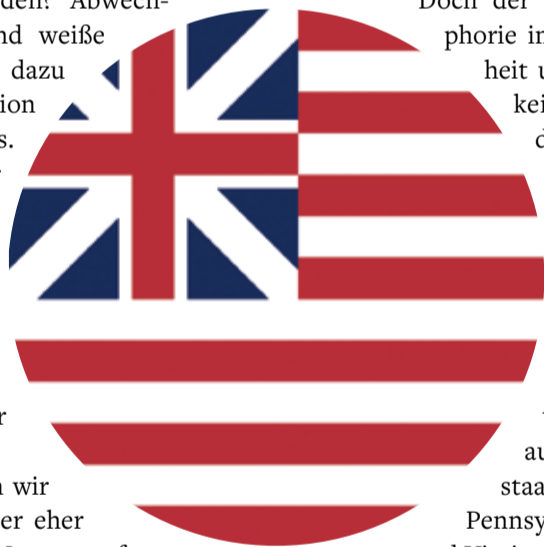
Der Freiheitsdrang war so groß, dass man es sogar mit einer gewaltigen Übermacht aufnahm – Doch erst die Hilfe der Franzosen und der Preuße von Steuben brachten den Wendepunkt für die Amerikaner



Auf dem Gemälde von John Trumbull (um 1816) wird die Unabhängigkeitserklärung dem Kontinentalkongress unter Vorsitz von George Washington vorgelegt Bild: Wikimedia

VON JENS EICHLER

Selbst nach dem Sieg und der Unabhängigkeit blieb man dem ursprünglichen Mutterland Großbritannien zumindest emotional noch ein Stück weit verbunden. Und das gilt im Grunde genommen bis heute. Wie anders ist die Fahne der 13 Kolonien zu interpretieren, aus denen im Jahre 1783 letztendlich die Vereinigten Staaten von Amerika entstanden? Abwechselnd 13 rote und weiße Querbalken und dazu der englische Union Jack oben links. Geht noch mehr Verbundenheit trotz Sieg im Krieg? Eine Flagge, aus der nach und nach das ikonische Star-Spangled Banner werden sollte.



Aber beginnen wir von vorn mit einer eher unrühmlichen Momentaufnahme in London. Die Kassen von König George III. waren leer. Vor allem diverse Kriegsaktivitäten waren der Grund dafür. Also entschied er kurzerhand, dass die Kolonien in Nordamerika zahlen sollten. Über einen ziemlich perfiden und vor allem ungerechten Weg: mittels Zoll und finanziellem Zwang. Huch, kennt man das gerade nicht irgendwo her? Gleiche Methode, nur eben aus dem anderen Land ... Mit den folgenden drei Gesetzen wollte George III. wieder zu Geld kommen: 1. Die Bewohner der britischen Kolonien in Nordamerika mussten hohe Steuern an Großbritannien zahlen. 2. Für importierte Güter sollten sie künftig hohe Zölle zahlen. 3. Wichtige Produkte, die auch den Lebensmittelbereich betrafen, durften sie fortan nicht mehr selbst herstellen, sondern König George zwang sie, diese aus Großbritannien zu beziehen.

Hartnäckigkeit führte zum Krieg

Schon war der Ärger programmiert. Die Kolonisten protestierten und formierten sich in einer Widerstandsbewegung, die insbesondere ein künftiges Mitbestimmungsrecht in steuerlichen Belangen forderte. Die Antwort aus London, die eine strikte Ablehnung der Forderungen beinhaltete, folgte 1767 prompt. Und in den 13 besagten Amerika-Kolonien war man sich einig: Man wollte ab sofort gar kei-

nen Handel mehr mit dem gierigen Mutterland treiben.

Dies wiederum erzürnte die britische Krone derart, dass aus den anfänglichen Streitigkeiten – allen voran die Provokation in Boston (siehe rechts) – schließlich am 19. April des Jahres 1775 ein Krieg entstand, der auf beiden Seiten unerbittlich geführt werden sollte. Alles begann mit ersten Scharmützeln in den Kleinstädten Lexington und Concord.

Doch der anfänglichen Euphorie im Sinne von Freiheit und Eigenständigkeit folgte alsbald die Ernüchterung. Denn dem bisherigen Gutsbesitzer aus Virginia, George Washington, der als Oberbefehlshaber an der Spitze von Miliztruppen aus den Bundesstaaten Neuengland, Pennsylvania, Maryland und Virginia stand, dienten lediglich 15.000 Mann. Weder finanzielle Mittel noch Kriegsmaterial standen der Truppe ausreichend zur Verfügung. Ihnen gegenüber formierte sich ein kriegserfahrenes Heer mit 30.000 Söldnern, die größtenteils aus Deutschland rekrutiert worden waren.

Freiheit als Provokation

Mittlerweile hatten die 13 kämpfenden Kolonien ganz offiziell gegenüber König George III. und seinem Herrschaftsgebiet Großbritannien ihre Unabhängigkeit erklärt. Am 4. Juli 1776 unterzeichneten ihre Vertreter die „Declaration of Independence“. Man beschloss quasi per Urkunde die Selbstbefreiung von der Herrschaft Großbritanniens. Bis heute wird der 4. Juli daher als Unabhängigkeitstag und nationaler Feiertag in den USA zelebriert.

Für die britische Krone war das natürlich der Gipfel der Unverschämtheit, was den König dazu veranlasste, gegen die Aufständischen noch härter, noch entschlossener und mit einer noch größeren Übermacht vorzugehen. So war es nicht verwunderlich, dass eine Schlacht nach der nächsten für die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Milizen unter hohem Blutzoll verloren ging. Den überhaupt ersten nennenswerten Erfolg erkämpfte Washington erst im Dezember 1776 mit seinem Sieg in der Schlacht bei Trenton. Das verlieh ihm und seinen ge-

schundenen Truppen zwar vorerst ein Hauch von erster Stabilität – auch in mentaler Hinsicht –, aber die drückende Überlegenheit des Feindes aus Großbritannien führte immer wieder zu neuen schweren, verlustreichen Niederlagen.

Preußen-Offizier war maßgeblich

Das Blatt wendete sich erst zugunsten der amerikanischen Kolonisten, als die Franzosen, die eh in Europa mit den Briten im Streit lagen, in die Kämpfe auf dem amerikanischen Kontinent eingriffen und sich 1777 bis 1779 auf die Seite der Aufständischen stellten. Auch Spanien und die Niederlande traten dem Bündnis bei. Dies sollte zunehmend der Wendepunkt im Kriegsverlauf werden. Mehr Waffen, mehr Männer und mehr Erfahrung – all das kam den Amerikanern nun zugute. Das i-Tüpfelchen des Erfolges allerdings sollte der preußische Offizier

Friedrich Wilhelm von Steuben sein, der sein Militärhandwerk und die taktische Kriegskunst beim Preußenkönig Friedrich dem Großen erlernt hatte. Seinem taktischen Geschick und der durch ihn zunehmenden Disziplinierung der amerikanischen Truppen ist es maßgeblich zu verdanken, dass Washington und seine Soldaten den Briten in den Schlachten immer mehr gewachsen waren, bis man sie schließlich mehr und mehr zermürben und zu guter Letzt bei der Schlacht von Yorktown im Sommer 1781 vernichtend schlagen konnte. Ein Sieg, der die Briten zur Aufgabe zwang.

Sage und schreibe zwei Jahre wurde danach um einen Frieden gerungen, der schließlich am 3. September 1783 in Paris besiegelt wurde. Die Freiheit der Amerikaner war erkämpft. Großbritannien erkannte die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien formell an.



Die 13 Kolonien, die sich gegen das Königreich Großbritannien auflehnten und zu guter Letzt ihre Unabhängigkeit von der britischen Krone erkämpften Bild: Wikimedia

PURE PROVOKATION

Der Auslöser: die Boston Tea Party

Es war eine handfeste Provokation, die letztendlich das brodelnde Fass zum Überlaufen brachte, schließlich zum Krieg zwischen Großbritannien und den 13 aufständischen britischen Kolonien in Nordamerika führte und damit der Auslöser zum amerikanischen Unabhängigkeitskrieg war.

Vor allem gegen die Versteuerungen des Tees protestierten die Kolonisten, allen voran die Widerstandsgruppe „Sons of Liberty“ (Söhne der Freiheit) unter der Führung berühmter Männer wie Paul Revere, John Adams und dessen Cousin Samuel Adams. Man beschloss, gar keinen Tee mehr aus Großbritannien zu kaufen. Als die Briten daraufhin den Teepreis senkten, sahen die Amerikaner ihren Boykott unterwandert. Befürchteten sie nun, dass einige den Billigtees doch kaufen würden. Um zu verhindern, dass Schiffe der Ostindiengesellschaft in den Bostoner Hafen einliefen, zogen sie die Kapitäne der Lotsenschiffe auf ihre Seite. Im November 1773 ging aber doch eins der Schiffe vor Anker – die „Dartmouth“. Die Widerständler wollten die Entladung aber verhindern. Sie drohen den Hafentarifarbeitern und dem Kapitän Francis Rotch. Allerdings verlangte Gouverneur Thomas Hutchinson erst die Zahlung der Zölle vom Kapitän, sonst würde er die „Dartmouth“ mit Gewalt am Auslaufen hindern.



BILD: MAURITUIS IMAGES / MEMENTO

Als Indianer verkleidete Aufrührer kippten 45 Tonnen Tee über Bord

Am Abend des 16. Dezember 1773 eskalierte die Lage. Die Freiheitskämpfer versammeln sich und Samuel Adams heizte die Stimmung an, indem er von der Entladung des Schiffes erzählte. Die Versammlung schickte Kapitän Rotch zu Hutchinson mit der Bitte, die Teeschiffe fahren zu lassen, ohne dass die Zölle gezahlt werden. Doch der Gouverneur lehnt ab.

Kurz danach ziehen 50 Bostoner zum Hafen. Einige von ihnen als Mohawk-Indianer verkleidet. Entgegen häufigen Annahmen trugen sie die Verkleidung aber nicht, weil sie die Schuld auf Indianer schieben wollten. Diese waren für sie vielmehr ein Symbol für Freiheit und Abgrenzung zu Europa. Die Männer teilten sich in drei Gruppen auf, um die Schiffe heimlich zu entern, um dann die komplette Ladung Tee ins Hafenbecken zu kippen – insgesamt 45 Tonnen.

Diese „Tee-Party“ kochte die Stimmung des Londoner Parlaments und des Königs derart hoch, dass am 19. April des Jahres 1775 der amerikanische Unabhängigkeitskrieg ausbrach, nur wegen einer großen „Teesuppe“ im Bostoner Hafenbecken. J.E.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In zunehmendem Ausmaß und Tempo degradiert deutschlandweit wertvolles Agrarland infolge der Überdachung durch immer mehr und immer größere Photovoltaikanlagen auf Freiflächen (PV FFA). Durch den Wegfall der Niederschläge und reduziertes Licht verlieren die Böden rasch an Nährsubstanz, und die Fruchtbarkeit geht verloren. Ironischerweise geht mit dem Humusverlust eine Freisetzung des verteilten Spurengases CO₂ einher, das durch die PV FFA eigentlich eingespart werden soll.

Eine negative CO₂-Bilanz zieht auch die Entfernung der Vegetation auf den für die Photovoltaik-Industrieanlagen vorgesehenen Flächen nach sich. Als wichtiger Parameter für die Fruchtbarkeit von Böden gibt die Kationen-Austauschkapazität (KAK) Auskunft über das Vermögen des Bodens, Nährstoff-Kationen, insbesondere Kalzium, Magnesium und Kalium, zu binden und für die Pflanzenernährung wieder bereitzustellen. Nichts wäre einfacher, als regelmäßig Proben zu entnehmen, um die Mangelsituation der Böden unter PV-Überdachung zu analysieren.

Der Nährstoffgehalt und die Qualitätsminderung der Böden müssten beobachtet werden, um Prognosen für die kommenden Jahre beziehungsweise für eine vorgesehene Betriebsdauer der Stromerzeugung durch Photovoltaik von 20 bis 30 Jahren zu erstellen. Diese Pflicht fällt in den Aufgabenbereich des Fraunhofer Instituts für Solare Energieforschung ISE in Freiburg und des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V. in Müncheberg, deren Grundfinanzierung durch Bund und Länder erfolgt.

In beiden Institutionen werden jedoch lediglich eine oder mehrere Studien zu Agri-PV gefördert, also zur Solarstromerzeugung in Verbindung mit einer Bodenbewirtschaftung unter den PV-Modulen. Bei dem von der Bundesregierung propagierten Modell einer solchen Doppelnutzung ist künstliche Bewässerung der Nutzpflanzen unter der PV-Abdeckung unabdingbar. Zuständig wären beide Institute darüber hinaus aber auch für die Erhebung von Daten zu üblicherweise ohne Agri PV eingerichteten PV-Anlagen, da der Staat aufgrund seiner Sorgfaltspflicht auch die Auswirkungen der politisch gewollten „Einbindung von PV-Technologien in Agrar- und Wasserflächen“ (Zitat Fraunhofer ISE) zu berücksichtigen hat.

„Ökostrom“ ist nur ein Tarnname

Fazit: Die Politik gibt, wie so oft, nur solche Forschungen in Auftrag, die mit den Zielen der Energiewende in Einklang stehen. Unerwünschte Erkenntnisse über schwerwiegende Folgeschäden durch die Installation der Industrieanlagen für den Betrieb mit (nicht-erneuerbarer) Sonnen- wie auch Windenergie, zu den erhöhten Umgebungstemperaturen dieser Anlagen sowie über negative Auswirkungen auf



Schattenseiten werden tunlichst ignoriert: PV-Anlage auf einer (eigentlich) landwirtschaftlichen Fläche

Bild: Shutterstock/AU USAnakul

ENERGIEWENDE

Solaranlagen ruinieren unsere Böden

PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen: Verschattung, Wasserentzug und bis zu fünf Meter tiefe Gründungspfähle in enger Staffelnung strafen das Etikett von der „grünen Energie“ Lügen

Böden, Flora und Fauna sind somit von vornherein ausgeschlossen.

Es ist eine Tragödie, dass die Politik als Geldgeber der Wissenschaft diese notwendigen Forschungen verweigert. Dadurch wird nicht nur die Thematisierung der lebensfeindlichen Schattenseite der Photovoltaik, die sich in den Landschaften wie ein Krake ausbreitet, unterbunden. Es geht auch nicht nur um den damit verbundenen Verlust wertvoller, fruchtbarer Ländereien für die Nahrungsmittelproduktion, sondern „von oben her“ wird auch die Aufklärung über den Hintergrund verhindert, nämlich die Kapitalisierung der Natur unter dem Tarnnamen „Ökostrom“ zugunsten einer äußerst lukrativen Geschäftemacherei mit möglichst großflächig erzeugtem Solarstrom.

Denn allein darum handelt es sich. Hinzu kommt eine weitere gefährliche Entwicklung: Durch die von den PV-Projektierern den Städten, Gemeinden und Landbesitzern angebotenen, völlig überhöhten Pachtpreise für die Solarstromerzeugung auf landwirtschaftlichen Flächen werden Landwirte ausgebootet, die einen Betrieb gründen oder vergrößern wollen. Auch über diese verheerende Entwicklung breitet die verantwortliche Politik im Verbund mit den staatstragenden

Medien den Mantel des Schweigens, sodass die meisten Bürger die zunehmende Verschandelung der ländlichen Räume mit nur privat geäußertem Unmut hinnehmen.

Vom Staat noch subventioniert

Vor Ort werden die Beschützer der heimatischen Natur mit ihrem Kampf gegen die Versiegelung und Verschandelung ihrer Naherholungsgebiete durch immer mehr und immer größere PV FFA allein gelassen. Allenfalls veröffentlichen regionale Medien gelegentlich einen „ausgewogenen“ Bericht über die verzweifelten Bemühungen der Bürgerinitiativen um die Bewahrung ihrer Heimat.

Als eine der zahlreichen, vom Staat hoch subventionierten, für die Propagierung der Energiewendeziele zuständigen NGOs agiert das kaum bekannte, aber personalintensive KNE gGmbH als „Kompetenzzentrum für Naturschutz und Energiewende“. Das KNE erarbeitet unter anderem Empfehlungen für die Anlage neuer PV FFA, die aber nicht verpflichtend wirksam sein können. Ist doch eine Überwachung der Installation der riesigen Anlagen kaum praktikabel und wird doch auch die offizielle Empfehlung, PV FFA möglichst nicht auf fruchtbarem Ackerland zu errichten, durch die Projek-

tierer und gewisse Profiteure in den Gemeinden längst schon in vielen Fällen außer Acht gelassen.

In der Ausarbeitung „Photovoltaik und Folgenutzung auf Ackerland und Grünland“ äußert sich das KNE im Juli 2024: „Angereizt wird eine Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für PV-Anlagen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ... Die anspruchsvollen politischen Ausbauziele sowie der zunehmende Flächenbedarf werden zu einer deutlich größeren Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für PV-Anlagen führen.“ Dagegen erhebt das KNE keine Einwände. Zur nicht auflösbaren Problematik der PV-Anlagen auf Grün- und Ackerland äußern sich die Autoren lediglich mit wenigen, schwammig formulierten Aussagen.

Listiges Gutachten als Nebelkerze

Es wimmelt von Allgemeinplätzen: „Eine intensive Auseinandersetzung mit den Regeln der GAP-Novellierung sowie ein sorgfältiges Monitoring ihrer Steuerungswirkungen können entscheidende Impulse für eine naturverträgliche Gestaltung der Landwirtschaft einerseits und für den Ausbau der erneuerbaren Energien andererseits geben ... Biodiversität im Solarpark bietet viele Vorteile für die Agrar-

landwirtschaft.“ In einem Gutachten der KNE mit dem listigen Titel „Maßnahmen zur Minderung anlagebedingter Wirkfaktoren“ werden ein einziges Mal die Begleiterscheinungen der Solarparks angedeutet, Bodentrockenheit und Lichtmangel: „Lücken zwischen den Modulplatten lassen, um Wasserablauf bzw. Regenwasserversickerung und Lichteinfall zu ermöglichen.“ Ferner: „Maximalgröße der Anlagen auf 200 Hektar (!) begrenzen, wobei Anlagen über 100 Hektar zusammenhängende Modulflächen von maximal 20 Hektar (!) aufweisen sollen und ein Viertel der Gesamtfläche freizuhalten ist. Gesamtversiegelungsgrad so gering wie möglich halten.“

Wohin die Reise sonst noch geht, erhellt diese Empfehlung: „Tiefe der Modultische nicht mehr als fünf Meter.“ Damit ist klar: Stählerne Pfahlgründungen von PV-Anlagen werden halb so tief im Boden einbetoniert wie die Fundamente mittelgroßer Windräder. Nur dass für 30 Hektar, bei großzügiger Freihaltung eines Viertels der Fläche als Zwischenräume, schätzungsweise 90.000 Ständer für die PV-Module in den Boden eingelassen werden müssen, wenn man vier Ständer auf zehn Quadratmeter rechnet. Welch ein Wahnsinn!

PROTEST

Eine Bürgerinitiative wehrt sich

Nichts ist grün unter den PV-Dächern: Einwohner von Villingen-Schwenningen machen mobil gegen geplante 30 Hektar große Anlage

Mit einer Fotodokumentation warnt die Bürgerinitiative „Heimat erhalten“ auf ihrer Homepage vor der Errichtung einer PV FFA auf dem Naherholungsgebiet Bertholdshöhe zwischen Villingen und Schwenningen (www.heimat-erhalten.de/nebenwirkungen-pv/freiflaechen-pv-anlagen-ein-massiver-eingriff-in-die-natur/). Die Stadt Villingen-Schwenningen plant, zwischen den beiden Stadtkernen eine mindestens 30 Hektar große Photovoltaik-Industrieanlage zu errichten. Er-

wartungsgemäß sprechen sich die Grünen im Schwarzwald-Baar-Kreis für die Anlage aus. Die Fotos der Initiative beweisen jedoch: Nichts ist grün unter den PV-Dächern.

Der Text zur Fotodokumentation „Freiflächen-PV-Anlagen schaffen Mangel, nicht Vielfalt“ bezieht sich auf die langjährigen Beobachtungen und Messungen des Grazer Energieexperten Jürgen A. Weigl, der über eine 30-jährige Erfahrung verfügt und 14-fach vom österreichischen Um-

weltministerium für seine Klimaschutz-Kompetenz ausgezeichnet wurde.

Die Fotos entstanden im Sommer 2024. Sie zeigen eine PV-Anlage in Deißlingen, die seinerzeit zwei bis drei Jahre bestand. Zwischen den mit PV-Modulen überdachten Arealen wurde ungewöhnlich viel Raum für Rasen- und Beikrautflächen gelassen. Das saftige Grün dieser Flächen kontrastiert scharf mit der kahlen, schwarzen Erde und dem kümmerlichen Restbewuchs des mutmaßlich be-

reits unfruchtbaren Bodens unter den Solar-Paneelen. Auf diesen Flächen hat sich bereits alles zum Negativen verändert durch den fehlenden Niederschlag und Lichtmangel.

Hinzu kommt: „Die Installation von PV-Anlagen erfordert umfangreiche Bauarbeiten, die die Bodenstruktur beeinflussen können. Das Verdichten des Bodens durch schwere Maschinen kann die Bodenporosität verringern, was die Durchlüftung und Wasseraufnahme des Bodens

behindert.“ Und auch in den Lücken zwischen den Modul-Tischen steht nicht alles zum Besten: „Zudem kann der regelmäßige Rückschnitt von Pflanzen, die nah an den Modulen wachsen, die Rückführung von organischem Material in den Boden verringern, was langfristig die Bodenfruchtbarkeit beeinträchtigen kann.“

Fazit: Eine PV-Anlage ist für die Natur eine erhebliche Belastung, kein Gewinn. Und für die landwirtschaftliche Lebensmittelproduktion ein herber Verlust.“ D.J.



ALLENSTEIN

„Werde Soldat der Republik Polen“

Aufrüstung im südlichen Ostpreußen – In der gesamten Region werden Bataillone stationiert

VON DAWID KAZANSKI

Angesichts des anhaltenden Krieges zwischen Russland und der Ukraine und der sich verändernden geopolitischen Lage verstärkt die Republik Polen ihre Verteidigungskapazitäten. Wichtige Investitionen in moderne Militärausrüstung und Initiativen wie „Schild Ost“ zielen darauf ab, die Sicherheit des Landes und des südlichen Ostpreußen zu erhöhen. Im Jahr 2024 wurden Verträge im Wert von umgerechnet zirka 38 Milliarden Euro abgeschlossen, von denen rund 24 Milliarden an ausländische Lieferanten und 14 Milliarden an die polnische Verteidigungsindustrie gingen.

Zu den wichtigsten Anschaffungen gehörten K2- und Black-Panther-Panzer aus Südkorea, Abrams-Panzer aus den USA, zahlreiche Kanonenhaubitzen, gepanzerte Mannschaftstransportwagen, Raketenwerfer, Hubschrauber, unbemannte Kampfdrohnen und Kleinwaffen. Die sukzessive Beschaffung von militärischem Gerät stärkt die Kampffähigkeit der polnischen Armee erheblich.

Darüber hinaus wird erwartet, dass die geplanten Lieferungen moderner Ausrüstung aus Südkorea, die über die Häfen der Dreistadt (Danzig, Gdingen, Zoppot) abgewickelt werden, die logistische Infrastruktur des Landes stärken werden. Den Angaben zufolge wird die Republik Polen in diesem Jahr fast fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben. Neben der neuen militärischen Ausrüstung baut die polnische Armee auch das menschliche Kapital aus. Nach Angaben des Generalstabs der polnischen Armee ist die Republik in der Lage, im Falle eines bewaffneten Konflikts rund 500.000 Soldaten, inklusive Reservisten, zu mobilisieren.

Seit Beginn des Ukrainekriegs wirbt die polnische Armee im Rahmen einer Werbekampagne dafür, in die Reihen der Armee einzutreten. Als Reaktion auf die wachsende Bedrohung aus dem Osten hat Polen auch das Projekt „Schild Ost“ initiiert, um die Verteidigung der Ostgrenze des Landes zu stärken. Diese Initiative



Plakat des militärischen Rekrutierungszentrums: Dringender Appell, sich bei der Armee zu bewerben

Bild: D.K.

wurde vom Europäischen Parlament als ein zentrales Sicherheitsprojekt der EU anerkannt, das die finanzielle und politische Unterstützung der Mitgliedstaaten voraussetzt.

Das südliche Ostpreußen nimmt eine Schlüsselrolle ein

Der Beschluss unterstreicht die Bedeutung der polnischen Grenze für die Sicherheit in Europa insgesamt. Dabei spielt das südliche Ostpreußen eine Schlüsselrolle im Verteidigungssystem des Landes, vor allem im Zusammenhang mit der Nähe zum Königsberger Gebiet. In der Region werden daher intensive militärische Investitionen getätigt und zahlreiche Einheiten der polnischen Streitkräfte stationiert.

In den letzten Jahren hat das Verteidigungsministerium Entscheidungen zum Ausbau und zur Modernisierung der militärischen Infrastruktur in der Region getroffen. Wie an der Grenze zu Weißrussland wurden auch an der Grenze zu Kö-

nigsberg Panzersperren und Befestigungen sowie elektronische Sicherheitssysteme errichtet. In Lyck wird eine neue Einheit der operativen Streitkräfte aufgebaut, und in Osterode wurde eine vor 2015 außer Dienst gestellte Militäreinheit reaktiviert. Darüber hinaus wird die in Angerburg stationierte 1. Artilleriebrigade erweitert, und ihre neue Zweigstelle soll in Treuburg in Betrieb genommen werden.

Erwähnenswert ist auch, dass die 4. Ermlandisch-Masurische Brigade der Territorialen Verteidigungskräfte der größte taktische Verband der Territorialen Verteidigungskräfte ist. Der Kern der Brigade besteht aus drei leichten Infanteriebataillonen (Allenstein, Mohrungen, Lyck) und zwei Grenzschutzbataillonen (Braunsberg, Lötzen).

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass sich die Haltung der USA gegenüber der russischen Bedrohung ändert. US-Präsident Donald Trump erwägt, die Krim im Rahmen eines Friedensabkommens als Teil Russlands anzuerkennen, was eine

Abkehr von der bisherigen US-Politik darstellt und die regionale Stabilität beeinträchtigen könnte.

Aus diesem Grund fordern die europäischen Staats- und Regierungschefs, darunter auch Donald Tusk, höhere Investitionen in die europäische Verteidigung und betonen die Notwendigkeit, die Verteidigungskapazitäten aus eigener Kraft zu stärken, um potentiellen Bedrohungen zu begegnen. Die Politiker weisen darauf hin, dass sich niemand besser um die Sicherheit Europas kümmern kann als die Mitgliedstaaten selbst, was ein koordiniertes Vorgehen und Investitionen in moderne Militärtechnologie erfordert.

Wie es Polens Ministerpräsident Donald Tusk treffend formulierte: „Das Paradoxe ist, dass 500 Millionen Europäer 300 Millionen Amerikaner bitten, sie gegen 150 Millionen Russen zu verteidigen. Wir müssen uns auf uns selbst verlassen, im vollen Bewusstsein unseres eigenen Potentials und in der Überzeugung, dass wir eine Weltmacht sind.“

KÖNIGSBERG

Erste Eisenbahn-Frachtfahrverbindung nach St. Petersburg

Vier Fährschiffe verkehren zwischen den beiden Ostseestädten, um den Güterverkehr durch Litauen zu ersetzen

Seit Juni 2022 stiegen infolge des russischen Einmarsches in die Ukraine auch die Spannungen zwischen dem Königsberger Gebiet und seinen Nachbarn sprunghaft an. In Anwendung der EU-Sanktionen gegen Russland blockierte Litauen den Schienentransit bestimmter Waren ins Gebiet. Moskau sprach von einer „Blockade“. Bis dahin verbanden jeden Monat etwa 100 Passagier- und nichtmilitärische Güterzüge Königsberg mit dem russischen Festland, wobei sie durch das mit Moskau verbündete Weißrussland und durch Litauen, das seit 2004 Mitglied der Europäischen Union und der NATO ist, führen. Die Einrichtung dieses Transits war eine der Bedingungen, die Litauen bei seinem Beitritt zur EU auferlegt wurden.

Heute ist Königsberg jedoch vor allem für den Warenverkehr mit Russland durch

Fähren aus St. Petersburg verbunden, die letzte, eine Eisenbahnfähre, wurde erst im März eröffnet. Die Einführung des Dienstes soll einen stabilen Fluss von Gütern aus der westlichsten Region der Russischen Föderation und zurück gewährleisten sowie eine optimale Nutzung der Kapazität der Eisenbahnfähren ermöglichen. Produkte und Waren werden in Eisenbahnwaggons umgeladen. Diese werden mit der Fähre Pillau-Ust-Luga zum Bahnhof St. Petersburg-Finlandskij transportiert. Die ungefähre Dauer der Lieferung beträgt zwischen zehn und 20 Tagen. Derzeit befördern vier Seefähren Eisenbahnwaggons zwischen Pillau [Baltijsk] und Ust-Luga.

Auch wenn sich niemand lautstark über Lieferunterbrechungen beschwert, werden Probleme mit dem Transit immer größer. Litauen reduzierte den Gütertransport 2023 um 20 Prozent und 2024 um wei-

tere 30 Prozent. Auf dem Weg zum russischen Festland wird vergängliche Ware oft tagelang wegen langer, von Litauen organisierter Zollkontrollen festgehalten.

Investigative Medien hatten 2023 aufgedeckt, dass weißrussische Düngemittel, die von EU-Sanktionen betroffen waren, weiterhin durch das Baltikum transportiert wurden. Das litauische Verkehrsministerium hatte daraufhin angekündigt, die Kontrollen an allen Grenzen zu verschärfen. Die Inflation, die in Russland bereits sehr hoch ist, erreicht im Königsberger Gebiet neue Rekorde: Allein im Dezember 2024 betrug sie nach offiziellen Angaben des staatlichen russischen Instituts Rosstat zehn Prozent.

Im Januar erklärte der litauische Präsident Gitanas Nausėda, dass die litauische Kultur im Königsberger Gebiet erhalten werden müsse, da die Region histo-

risch gesehen zu Kleinlitauen gehöre. „Egal wie sehr sich Russland bemüht, Karaliaučius (der litauische Name für Königsberg) wird niemals Kaliningrad (der russische Name für Königsberg) werden!“ schrieb Nausėda in den sozialen Medien.

Streit um Königsberg

Moskau ließ nicht lange auf eine Reaktion warten. Alexej Schurawljow, Erster stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses in der Duma, antwortete, dass die baltischen Staaten zu Russland gehören sollten, „wie sie es vor der Revolution getan haben“. Er versprach außerdem, die litauischen Streitkräfte in „weniger als einem Tag“ zu besiegen. In Kommentaren zu dieser Drohung erinnerten Internetnutzer den Russen daran, dass die Ukraine in drei Tagen von den Russen besetzt sein sollte.

MELDUNGEN

Gedenken in Königsberg

Königsberg – Vor 80 Jahren, am 9. April 1945, endete der Sturm auf Königsberg. In der Pregelmetropole fand eine Gedenkveranstaltung am Denkmal für die 1200 Gardisten statt. Neben Alexej Besproswannych, dem Gouverneur der Region, nahmen der Vorsitzende der gesetzgebenden Versammlung des Gebiets, Andrej Kropotkin, die Abgeordneten der Staatsduma Alexander Jaroschuk und Marina Orgejewa, sowie die Leiterin der Königsberger Verwaltung, Jelena Djiatlowa, teil. Die Toten wurden mit einer Schweigeminute geehrt, nach der die Anwesenden unter musikalischer Begleitung einer Militärkapelle rote Nelken am Denkmal niederlegten. Anwesend waren auch Gäste aus Weißrussland, China, Tadschikistan und Kasachstan. Im Gebiet leben noch fünf Veteranen, die am Sturm auf Königsberg beteiligt waren. MRK

Bastion wird privatisiert

Königsberg – Die Königsberger Behörden wollen Lagerhallen und Garagen hinter der Bastion Oberteich ohne Ausschreibung verkaufen. Das Vorkaufsrecht wird einem Privatunternehmen eingeräumt. Dieses soll Nutzgebäude mit einer Gesamtfläche von 530 Quadratmetern am Litauer Wall im Wert von umgerechnet 120.000 Euro erhalten. Zuvor hatte die Immobilienagentur der Region einen Beschlussentwurf zur Privatisierung der Bastion Oberteich vorbereitet. Der Mieter „Cleo GmbH“ soll ein Vorkaufsrecht bekommen. Das Unternehmen könnte Reduite, Kasematten und Halbkaponiere mit einer Gesamtfläche von 744 Quadratmetern erwerben. Der Wert der historischen Objekte wurde auf gut 223.000 Euro geschätzt. 2024 hatte die russische Regierung die in den Jahren 1856 bis 1860 erbaute Bastion der Gebietsregierung übertragen. Seit 2007 ist sie als Objekt des kulturellen Erbes von regionaler Bedeutung eingetragene. MRK

Bodo Bost

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Liebert, Gerda, geb. Gurgsdies, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 20. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Gorray, Johanna, geb. Chmielewski, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kilanowski, Helga, geb. Schulz, aus Lyck, am 18. April
Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Rogowski, Gerda, geb. Bredlau, aus Mohrunen, am 23. April
Struckmann, Christel, geb. Worat, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Gräper, Gertrud, geb. Topeit, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April
Gronwald, Grete, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April
Müller, Renate, geb. Loch, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April
Josuweit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April
Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April
Mattke, Ilse, geb. Schwenzfeier, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April
Rehfish, Gertrud, geb. Sentek, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April
Zitzmann, Irmgard, geb. Melsa, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gers, Friedrich, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Roth, Lilli, geb. Grundmann, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Belau, Irene, geb. Spruth, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Hantel, Elisabeth, geb. Bahrdt, aus Wehlau, am 22. April
Jahn, Rudolf, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April
Schlösser, Ursula, geb. Todzy, aus Ortelsburg, am 18. April
Weichold, Elfe, geb. Marzinowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhnke, Inge, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Flade, Inge, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 22. April
Fröhlich, Gertrud, geb. Majewski, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. April
Godau, Hans-Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. April
Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. April
Müller, Klaus Herbert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. April
Petrat, Günter, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 18. April
Spalcke, Dr. Karl, aus Mohrunen, am 22. April
Tanski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Vulp, Gisela, geb. Ludorf, aus Königsberg, am 23. April
Wojdyla, Irmgard, geb. Gregel, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Achberger, Waltraud, geb. Spitzer, aus Boyden, Kreis Mohrunen, am 19. April
Barcik, Raymund, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 22. April
Bossy, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. April
Brüllinger, Renate, geb. Huntrieser, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 22. April
Buchau, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Bürkle, Irmgard, geb. Dettner, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 19. April
Packieser, Willi, aus Wehlau, am 17. April
Schmitz, Marie, geb. Liss, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 24. April
Suchowitz, Adeltraud, geb. Turner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. Falkus, aus Marguhen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. April
Clausen, Erika, geb. Lyß-Wittmann, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 18. April
Doppelfeld, Hildegard, geb. Jorzik, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 22. April
Erdt, Hans-Werner, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. April
Kerstan, Gertraud, geb. Falk, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Kleemann, Edeltraud, geb. Blaseio, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. April
Krink, Karin, aus Wehlau, am 22. April
Lojewski, Siegfried, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 24. April
Pohlers, Brigitte, geb. Tolksdorf, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 19. April
Theilig, Edeltraud, geb. Knieß, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 24. April

Wieczorek, Edith, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 23. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Czukta, Karl, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 24. April
Gremke, Waltraud, geb. Lunkowski, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Hänecke, Helga, geb. Rybacki, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Kubant, Hildegard, geb. Leimann, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. April
Lychotka, Elsbeth, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 18. April
Madeyka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. April
Maurer, Ludwig, aus Lyck, am 20. April
Mazur, Anneliese, geb. Laborge, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. April
Petrikowski, Siegfried, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Sasse, Anita, aus Treuburg, am 22. April
Störmer, Anny, geb. Klunkat, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 19. April
Sziegand, Irmgard, geb. Rosenau, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 18. April
Wittstruck, Inge-Lore, geb. Kristahn, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 17. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baranski, Elisabeth, geb. Olschewski, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 21. April
Bunschei, Werner, aus Lyck, am 24. April
Friedrichs-Heim, Eva, geb. Kunst, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. April
Grico, Artur, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 24. April
Kaiser, Siegmund, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 24. April
Kerwat, Peter, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 21. April
Klohs, Anneliese, geb. Bruchmüller, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 20. April
Krieger, Maria, geb. Bahr, aus Sieden, Kreis Lyck, am 22. April
Mai, Hildegard, geb. Mielke, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 19. April
Moyseszyck, Adolf, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 20. April
Nikutta, Edeltraud, geb. Dost, aus Herrmannsort, Kreis Allenstein, am 20. April
Riesmeier, Waltraud, geb. John, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 20. April

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt
26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis [gT]) in Sensburg
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt



7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Scharf, Christa, geb. Harder, aus Sausgörken, Kreis Rastenburg, am 19. April
Sommer, Lieselotte, geb. Grollmus, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 22. April
Steinke, Wilhelm, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 19. April
Tillmann, Helga, geb. Naujoks, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 17. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Armbruster, Irmgard, geb. Kamppehl, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, am 20. April
Bardon, Edelgard, geb. Runge, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. April
Becker, Edeltraud, geb. Kurzig, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Bellmann, Armin, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 19. April
Brandenburger, Günter, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 21. April
Brocksieper, Brigitte, geb. Fahr-run, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 20. April
Drüge, Brigitte, geb. Falkenau, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 18. April
Glißmann, Ingrid, geb. Stachowitz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 23. April
Haardt, Waltraud, geb. Kröhnert, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 23. April
Juckel, Werner, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. April
Klein, Dr. Ing. Gerhard, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 18. April
Kraft, Erna, geb. Gradtko, aus Pfahlsdorf, Kreis Mohrunen, am 24. April

Lunkowski, Laya, geb. Seidl, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Mischke, Ingrid, geb. Klimmek, aus Ortelsburg, am 23. April
Morin, Frauke, geb. Dall, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. April
Naujoks, Klaus, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 23. April
Pingel, Waltraud, geb. Hoffmann, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 19. April
Ritzek, Manfred, aus Pillkopen, Kreis Fischhausen, am 20. April
Tiedtke, Karin, geb. Fritzsche, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 23. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Hesse, Ullrich, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 19. April
Mahncke, Sabina-E., geb. Falk, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 23. April
Scharrmann, Karl-Heinz, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 21. April
Weber, Ingrid, geb. Ewert, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 24. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Draack, Dorothea, geb. Bünger, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 19. April
Füllkrug, Gabriele, geb. Belau, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 22. April
Glanden, Irmtraud, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. April
Kretschmer, Ulrike, geb. Heibutzki, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 21. April
Rudolph, Lothar, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 20. April
Sauer, Heidemarie, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 22. April

Zusendungen für die Ausgabe 18/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 18/2025 (Erstverkaufstag 2. Mai) bis spätestens **Dienstag, den 22. April**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 23. April, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Die estnische Seele in Versen. Lyrikabend** mit Ingrid Rupp und Heiko Freese von der Deutsch-Estnischen Gesellschaft zu Lüneburg.

Kaum eine Kunstgattung gewährt tiefere Einblicke in das Gefühlslieben eines Volkes als seine Poesie. Fundstücke aus der estnischen Literatur mit ihren Übersetzungen spiegeln vielfältige Aspekte der estnischen Lyrik wider: von der romantischen Vaterlandsliebe des 19. Jahrhunderts über den sozialistischen Realismus bis

hin zu einem erfrischenden Hang zum Skurrilen – und natürlich Liebesgedichte, die Romantik, Welt-schmerz und Realitätssinn auf ganz unterschiedliche Weise versetzen. Lassen Sie uns mit dem großen Romancier Jaan Kross in kurzen Versen die Schreibmaschine bürsten, mit der Shakespeare-Übersetzerin und UNESCO-Mitarbeiterin Doris Kareva die Symbiose aus Bruchzahlen und Ratten hochleben, den Briefträger Margus Connula mit einer Zufallsbekanntschaft in die Sauna begleiten und miterleben, wie bei dem Japanologen Rein Raud aus

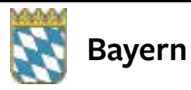
„wenig von dir“ etwas vollkommen Erfüllendes wird.

Eine Anmeldung ist unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Ausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“ statt, die bis zum 31. August im Ostpreußischen Landesmuseum gezeigt wird.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, **www.ol-ig.de**



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Gnadenhochzeit

Hof – Am 9. April feierten Christl und Helmut Starosta ein sehr seltenes Jubiläum. Das Ehepaar ist seit 70 Jahren verheiratet. Die Gnadenhochzeit wurde im kleinen Kreis gefeiert. Beim Empfang im Michaelishof, den Tochter Jutta Starosta organisiert hatte, erteilten Michaelishof, den Tochter Jutta Starosta organisiert hatte, erteilten Pfarrer Fiedler und Pfarrer Dinter beiden den Segen. Bürgermeisterin Angela Bier überbrachte die Glückwünsche der Stadt Hof, Michaela Ott die der AWO Hof.

Gemeinsam blickt das Ehepaar auf ein langes Leben mit Höhen und Tiefen zurück. Bereits in Marienburg, wo die beiden ihre Kindheit verbrachten, wohnten sie im gleichen Haus. Nach dem Krieg begegnete man sich in Bayern wieder

und beschloss, sich ein gemeinsames Leben aufzubauen. 1955 kam das Ehepaar, frisch verheiratet, aus beruflichen Gründen in die Saalestadt. Geplant war nur eine kurze Übergangszeit. Daraus wurden 70 Jahre. Die beiden Töchter wurden hier geboren.

Das Ehepaar engagierte sich in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und im Bund der Vertriebenen. Ihre Hartnäckigkeit in Sachen Heimat trug maßgeblich zum Entstehen der Abteilung „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ bei. Helmut Starosta war lange Jahre Leiter des Seniorensports beim PTSV und ist vielen Hofern als „Sportabzeichenkönig“ bekannt. Auch kulturell waren die beiden viel unterwegs. Theater- und Konzertbesuche machten ihnen große Freude. Heute leben sie getrennt, Helmut Starosta im Pflegeheim Michaelishof und seine Frau Christl in ihrem Haus in der Nähe des Bismarckturms.

Wir gratulieren herzlich und wünschen noch viele gemeinsame Jahre. J. S.

Erzählungen vom Krieg

Nürnberg – Dienstag, 29. April, 15 Uhr, Haus der Heimat: Heide Bauer aus Ansbach, Bezirksvorsitzende der Landsmannschaft, berichtet, „Was uns unsere Eltern bei Kriegsende vom Krieg erzählten“.



Am Heimatkreuz der Vertriebenen: Gedenken an Kriegsende

Gedenkfeier

Rosenheim – Donnerstag, 8. Mai, 17 Uhr, Heimatkreuz der Vertriebenen, Städtischer Friedhof Rosenheim: 80 Jahre Kriegsende, Flucht, Vertreibung, Deportation, Integration. Gedenkveranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Gabriele Leicht, 3. Bürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Hannelore Maurer, Seelsorgerin, Stadtkirche Rosenheim, Paul Hansel, Bezirksvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Oberbayern, mit musikalischer Umrahmung. Sitzgelegenheiten sind vorhanden.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Lieder und Geschichten

Wetzlar – Dienstag, 15. April, 11 Uhr, Senioren-Residenz Casino

Wetzlar, Kalsmuntstraße 68: Monatstreffen zum Thema „Lieder und Geschichten aus Ostpreußen“, Vortrag von Wolfgang Warnat.

Informationen erteilt Kuno Kutz, unter Telefon (06441) 770559 oder per E-Mail: kuno.kutz@t-online.de



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Telefon (05901) 2968

Treffen

Oldenburg – Mittwoch, 14. Mai, 15 Uhr, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180: Zwanglose Kaffeetunde.

Bericht

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen gedachte bei ihrer Versammlung im April der Säkularisierung des Deutschen Ordens-Staates und Gründung des Herzogtums Preußen am 8. April 1525, vor 500 Jahren.

Im Mittelpunkt des Vortrages und der Powerpoint-Präsentation von Gisela Borchers stand Herzog Albrecht I. in Preußen und seine Familie, die im Mannesstamm 1618 ausstarb. Das Herzogtum Preußen fiel an das kurfürstliche Haus Brandenburg und wurde in der Folge Namensgeber für die Herrschaft der Hohenzollern.

Solange immer noch 20 Personen oder mehr unserer Einladung Folge leisten, ist das Ansporn für uns, mit unseren Versammlungen fortzufahren. G. B.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Landesdelegiertentagung

Oberhausen – Die Frühjahrstagung der LO Landesgruppe NRW besteht aus einem geschäftlichen und einem politisch-informativen Teil. Der Vormittag gehört den Berichten des Vorsitzenden und des geschäftsführenden Vorstandes über die Aktivitäten der Landesgruppe. Der Kassenbericht, der Bericht der Kassenprüfer, die Entlastung des Vorstandes, die Annahme des Haushaltsplanes und einzelne Abstimmungen füllen in der Regel den Vormittag aus.

Sehr willkommen sind dann am Nachmittag Vorträge und ein kleines Unterhaltungsprogramm, doch in diesem Jahr schlugen am 29. März alle Versuche fehl, Referenten und/oder Unterhalter zu finden. Schließlich musste man sich in dieses Schicksal fügen.

Nun war ohnehin kein fröhliches Programm geplant, denn

80 Jahre Flucht und Vertreibung sollten auch in NRW thematisiert werden. So beschloss die Landesgruppe, den Fokus auf die nachfolgenden Generationen zu legen, die Krieg und Vertreibung nur aus Erzählungen kennen. Zugleich sollte ein Austausch persönlicher Erfahrungen unter den Landsleuten angeregt werden.

Mit dem Vorsitzenden Klaus-Arno Lemke, Jahrgang 1960, war ein Vertreter der nachfolgenden Generation vor Ort. Er las den Schicksalsbericht seines Vaters und den seiner Mutter vor. Beide waren Jugendliche, Heranwachsende, als das Inferno über ihre Heimat hereinbrach, und beide durchlebten Jahre der Not, der Gewalt, der Obdachlosigkeit, der Schrecknisse.

Finden Menschen mit solchen Erfahrungen beim Eintritt ins Erwachsenenalter jemals zu einem glücklichen und erfüllten Leben? Dr. Bärbel Beutner stellte die geradezu unüberschaubare Literatur vor, die sich inzwischen mit dieser Frage beschäftigt. „In Notzeiten gibt es keine Notfallseelsorge“. Das ist eine Tatsache. Die Betroffenen mussten in der Nachkriegszeit mit ihren Traumata selbst fertigwerden. Es ging um das reine Überleben. In der früheren DDR kam

Fortsetzung auf Seite 16



Ein seltenes Jubiläum konnte am 9. April gefeiert werden: Gnadenhochzeit von Christl und Helmut Starosta Bild: J. S.



Über Fluchtberichte der Eltern und Traumata in der Literatur zu 80 Jahre Flucht und Vertreibung: Dr. Bärbel Beutner und Arno Lemke bei der Frühjahrstagung der Landesgruppe NRW Bild: LG NRW

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

noch hinzu, dass es offiziell keine Vertriebenen geben durfte. Das waren sogenannte Umsiedler oder Neubürger, und die deutschen Namen ihrer früheren Heimatorte durften nicht genannt werden.

In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts begannen die Psychologen, Mediziner, Pädagogen die Kriegstraumata wissenschaftlich zu untersuchen und kamen zu dem Schluss, dass Kriegs- und Nachkriegserlebnisse sich auf die nachfolgenden Generationen übertragen, auch wenn es den Betroffenen nicht bewusst ist. Einer der Vorreiter für die Erforschung der sogenannten Kriegskinder und ihrer Nachkommen ist der Psychoanalytiker Prof. Dr. Hartmut Radebold, selbst Jahrgang 1935, den Vertriebenen inzwischen bestens bekannt. Die Forschung geht weiter, den Flüchtlingen heute versucht man mit mehr Verständnis entgegen zu kommen.

Die Tagungsteilnehmer waren zutiefst bewegt von den Berichten, die Klaus-Arno Lemke vorlas. Durch persönliche Schicksale bekommen Daten und Zahlen ein Gesicht. Wie können Menschen so viel aushalten? Hätten wir das geschafft? Die folgende Aussprache zeigte einen Weg der Bewältigung eines solchen Schicksals. In der betreffenden Familie herrschte Offenheit. Man sprach über die verlorene Heimat und über das Schicksal der Vertreibung. Der nachwachsenden Generation wurde nichts verschwiegen oder gar verheimlicht. Im Gegenteil, man setzte sich für die Heimat ein,

gleich nach den Ostverträgen wurden Reisen und Hilfstransporte organisiert, man suchte Kontakte, Versöhnung und Freundschaften. Mit Perestroika und der Öffnung des Königsberger Gebietes verstärkten sich die Aktivitäten.

Aktiv werden, sich einsetzen, etwas bewirken – das war stets der Weg aus dem Tief. B. B.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Tag der Heimat

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 26. April, 14 bis 16 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Tag der Heimat mit Kulturbeiträgen, Brauchtumsveranstaltung und Vortrag.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 23. April, 14.30 Uhr, TSB-Heim, Eckener

Straße 24: Kaffeetafel mit Vortrag von Dr. Spatz „Die Wolfskinder“. Um Anmeldung wird gebeten bis zum 16. April bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com.

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücnitz von 1911 e.V., Taverne Kücnitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, per E-Mail:

heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.

Sensburg

Kreisvertreter: Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Stinthengstwasserung

Remscheid – Sonnabend, 17. Mai, 11 Uhr, Teich an der Sperrmauer der Eschbachtalsperre: traditionelle Stinthengstwasserung, hierzu lädt die Kreisgemeinschaft Sensburg ein.

Die jährliche Feier der Stinthengstwasserung beruht auf einer Sage aus Nikolaiken, einer kleinen



BILD-PRIVAT

Männerchor Germania. Die Kreisgemeinschaft freut sich auf eine rege Beteiligung. Falk Möllenhoff

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wristor Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass: 8.30 Uhr, Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen (kostenpflichtig). Parkmöglichkeit: Gegenüber dem mon ami befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3; Unterkunft: zum Beispiel Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220. Dieter Neukamm

PAZ wirkt!

Wandkalender 2026

Eisenbahnzüge nach alten Vorlagen aus ganz Deutschland. Peter König, ehemaliger Lokführer, malt sehr realistisch. Der Wandkalender ist erschienen im Rockstuhl-Verlag im thüringischen Bad Langensalza und kostet 19,95 Euro.



Skaisgirren Bild: Günther Klebes

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'von großem Verlangen erfüllt', 'erzählende Versdichtung', 'Hochtal d. Höhen Tauern in Salzburg', 'Halbtön über g (Musik)', 'zum Verzehr geeignet', 'Geliebte Tristans', 'Bezahlung von Künstlern', 'Inselwelt im Pazifik', 'Enterich', 'halblang (Kleidung)', 'duldsam', 'Abk. für Handels-gesetz-buch', 'Lobrede', 'norddt.: kleines Küstenschiff', 'Word der Ablehnung', 'aufgebrühtes Heißgetränk', 'Gebirgsübergang', 'nicht süß, säurehaltig', 'Ersatzschauspieler', 'Schule mit Wohnheim', 'Apfelsine', 'Punkt auf dem Spielwürfel', 'ital. Hafenstadt an der Riviera', 'Dunst über Großstädten', 'Monatsname', 'Traubenernte', 'zeitlos; immerzu', 'Honigbienen züchten', 'taktisch nicht geschickt', 'übertrieben sparsam sein', 'griech. Göttin der Morgenröte', 'Stuhlteil', 'Häng, Vorliebe', 'Stock; Hochsprunggerät', 'weiches Mineral', 'Währungseinheit', 'Jagd mit Hunden', 'Höflich des Dionysos', 'rechter Nebenfluss der Donau', 'Gruppe von Säugern', 'Abk. für Altes Testament', 'Alphabet', 'Gewürzpflanze', 'Nachbarstaat des Iran', 'Teil des Bühnenstücks', 'Stadt in Baden-Württemberg', 'dt. Komponist (Werner)', 'befestigtes Hafenerwerfer', 'mit Paddeln gefahrenes Sportboot', 'empfehlenswert', 'Schulleiter', 'künstliches Wangenrot', 'Wüsteninsel', 'Textil-erzeugnis', 'Stück vom Baumstamm', 'südamerik. Schienerwaffe', 'Koseform für Großvater', 'Abgasreineriger (Kurzwort)', 'abknabbern', 'Kanton u. Bundesstadt der Schweiz', 'Bauwerk in London', 'besitzanzigendes Fürwort', 'Turngerät', 'ein Baumwollgewebe', 'Kants, Winkel (süd-deutsch)', 'breiige Substanz', 'Postsendung', 'sehr flache Servierunterlage', 'ungehobelter männlicher Person', 'Taufel in Goethes „Faust“', 'Schwanz des Hundes', 'Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch)', 'Fragewort', 'US-Bundespolizei (Abk.)', 'schwed. Königsgeschlecht', 'Verban-nung; Verban-nungsort', 'Gewürzknospe', 'gutgläubig, Erdschuldig', 'Saatgut in die Erde bringen', 'Meeres-säugetier', 'großer schwarzer Vogel', 'europäischer Strom', 'Waldland in Feld verwandeln', 'Sohn des Agamemnon', 'Stockwerk', 'früher: ein Ober-schüler', 'Riesenschlange', 'Meeres-vogel', 'Strudel-wirkung', 'Tier-pflege', 'gälischer Name Irlands', 'Roll-körper', 'US-Filmstar: ... Hanks', 'Farblosig-keit', 'Schrift-steller', 'fein-körniges Stärke-mehl', 'Geld-institut', 'Kfz-Z. Land-kreis Rostock', 'Vorname Strawin-skys', 'ein Wacholder-branntwein', 'von einem bestimmten Zeit-punkt an', '3. Reserve', 'Magisch: 1. Wannsee, 2. Anisöl', '6. Containner, 7. Geburten – Nestbau', '3. Hamster, 4. Plastik, 5. Einbruch', 'Mittelworträtsel: 1. Flinten, 2. Dessert.', 'Schüttelrätsel: So ist's richtig: 1. Gewässer in Berlin, 2. ätherische Flüssigkeit, 3. Rücklage', 'PAZ25 16

Schüttelrätsel

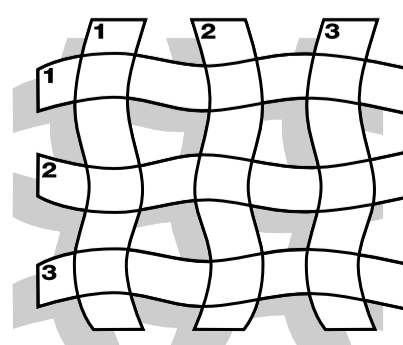
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

A crossword puzzle grid for 'Schüttelrätsel' with letters in the starting positions: AHI, AITV, AINR, EFLI, ABILL, ABEL, AFLOR, AAFLT, BOX, BERTU, BBO, BEIL OR, ALX, LLNU.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für das Errichten einer Vogelbrutstätte.

A crossword puzzle grid for 'Mittelworträtsel' with words: 1. SCHROT, 2. FRUCHT, 3. GOLD, 4. BRONZE, 5. WINTER, 6. GLAS, 7. HAUS, LAUF, WEIN, RAD, FREI, SERIE, HAFEN, STARK.



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Gewässer in Berlin
2 ätherische Flüssigkeit
3 Rücklage

Erinnerung

Verpönt – verleumdet – verkannt

Herbert Czaja hat keine Memoiren hinterlassen, aber ein Vermächtnis. Am 18. April 1997 ist er verstorben

VON STEFAN P. TEPPERT

Bei der Landeskulturtagung der Landsmannschaft Nieder- und Oberschlesien im Haus der Heimat in Stuttgart am 28. Oktober 2024 stellte Christine Czaja Leben und Wirken ihres Vaters Dr. Herbert Czaja dar, der langjähriger Bundestagsabgeordneter für die CDU und Präsident des Bundes der Vertriebenen war.

Wie wohl kaum einem anderen Menschen sind Christine Czaja Lebensweg, Charakter, Glauben, Ziele und Wirken ihres Vaters vertraut, hat sie ihn doch Jahrzehnte lang bis zu seinem Tod zu Hause in Stuttgart und in Bonn tatkräftig unterstützt und viele seiner öffentlichen Auftritte miterlebt. Als vom Vater testamentarisch bestimmte Archiv-Nachlassverwalterin kennt die ehemalige Lehrerin einschlägige Manuskripte, Briefe und Publikationen, Quellen und Archive. Manchem deutschen und polnischen Doktoranden konnte sie daher nützliche Auskünfte erteilen. Sie selbst hat 2003 in dem Band „Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte“ aufschlussreiche Aufsätze versammelt und damit eine erste Aufarbeitung zu einer noch wenig erforschten Gestalt der Zeitgeschichte von kaum zu überschätzender Wirkungsmacht geliefert. Immer, wenn sie über ihren Vater spricht, holt Christine Czaja eigentlich etwas nach, was dieser konsequent mied: von sich selbst Aufhebens zu machen und eigene Verdienste in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Bescheidenheit ist wohl auch der Grund dafür, dass Czaja zwar keine Memoiren, aber ein Vermächtnis hinterlassen hat.

Charta der Vertriebenen

Zu Beginn ihres Vortrags bezog sich Christine Czaja auf drei Roll-ups, die gerade im Haus der Heimat aufgestellt waren, gestaltet vom Kurator des Museums der Bessarabiendeutschen in Stuttgart-Ost Olaf Schulze, auf denen in konzentrierter Form die Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 und ihre Auswirkungen dargestellt sind. Auf einem der dort wiedergegebenen Fotos ist unter den 150.000 Vertriebenen vor den Ruinen des Stuttgarter Neuen Schlosses, die damals dem Verzicht auf Rache und Vergeltung und dem visionären Aufbau eines vereinten Europas ihr Votum gaben, auch Czaja als Stadtrat von Stuttgart zu sehen. Damit setzte die Vortragende einen Akzent der Charakterisierung ihres Vaters, der zeit lebens ein fürsorglicher, Nöte lindernd, auf Ausgleich und Versöhnung bedachter Friedenspolitiker war, die deutsche und europäische Teilung überwinden und eine gesamteuropäische föderale Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen schaffen wollte.

Herbert Czaja, am 5. November 1914 in Teschen, Österreichisch-Schlesien, geboren, wuchs behütet in einem katholischen, sozial engagierten und toleranten Elternhaus auf. Als seine Heimat 1920 Polen zugeschlagen wurde, musste die deutsche Minderheit um ihre nationale Selbstbehauptung ringen. In Skotschau, wo er aufwuchs, lebten drei Völker und Religionen friedlich miteinander, solange es den Kaiser



Bei der Bonner Konferenz am 27. Februar 1971: Dr. Herbert Czaja spricht über die damalige Ostpolitik

gab. Der Versailler Vertrag bedeutete den Untergang dieser Harmonie und die Teilung des Städtchens zwischen Polen und Tschechien. Dennoch blieb der fließend polnisch sprechende Czaja stets rücksichtsvoll gegenüber anderen Nationen und bewahrte seine Achtung vor den in ihrer Kultur und Geschichte begründeten Lebensrechten. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen weigerte er sich, der NSDAP beizutreten. Der in Krakau 1939 über „Stefan George und sein autonomes Menschentum“ promovierte Germanist war Oberschullehrer, bevor er zum Gegner jeder Art von Atheismus, Chauvinismus und Radikalismus wurde.

In Stuttgart, seiner Wahlheimat, gründete er 1948 mit der aus Bad Cannstatt stammenden Kinderkrankenschwester Eva-Maria Reinhardt eine Familie und engagierte sich unermüdlich im Stadtrat der Landeshauptstadt wie auch später im Deutschen Bundestag für die Belange der Flüchtlinge wie Lastenausgleich, Eingliederung, Existenzförderung, Renten, Schul-, Gesundheits- und Familienpolitik. Mit dem Sozialen Wohnungsbau hatte er bis Mitte der 1960er Jahre ein einflussreiches Ressort im Bundestag inne. Eine enge Zusammenarbeit pflegte er mit dem sudetendeutschen Augustinerpater Dr. Paulus Sladek und dem schwäbischen Domkapitular Prof. Dr. Alfons Hufnagel, die wie er selbst hervorragende Kenner der scholastischen Theologie waren, besonders des Albertus Magnus und Thomas von Aquin. Geprägt von diesen Kirchenlehrern und der christlichen Gesellschaftslehre setzten die Freunde neue sozialpolitische Maßstäbe.

Sein Wirken und das seiner Frau als Fürsorgerin in den Flüchtlingslagern um Stuttgart in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist ein eigenes Kapitel. Czaja gehört zum politischen Urgestein der Bundesrepublik Deutschland. Er spielte eine maßgebliche Rolle bei der friedlichen Integration von zwölf Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und gehörte zusammen mit Herbert Hupka zu den großen „Kümmerern“ und Fürsorgern der damaligen Vertriebenen und später auch der Aussiedler.

In seiner Treue zu Verfassung und Völkerrecht hielt der CDU-Politiker mehr als vier Jahrzehnte, bis zu seinem Tod 1997, daran fest, über die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nur in einem gerechten Interessenausgleich mit Polen innerhalb einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verhandeln. Mit seinem Kampf für das Recht auf die Heimat, den Schutz von Minderheiten und ihren Menschenrechten wurde er zum Gegner der Ostpolitik von Willy Brandt und geriet zuletzt selbst in den eigenen Reihen in die Isolation. Czaja hat jedoch niemals die Wiederherstellung der Reichsgrenzen vom 31. Dezember 1937 gefordert, wie ihm viele ohne Kenntnis seiner Argumentation vorwarfen, sondern beharrte immer nur auf den Rechten der Deutschen, wie sie sich aus Geschichte und Völkerrecht ergeben.

Czajas Buch „Ausgleich mit Osteuropa. Versuch einer europäischen Friedensordnung“ erschien 1969 und fand bald auf Umwegen über Wien Verbreitung in den osteuropäischen Ländern, eigenartigerweise finanziert von seinem politischen Gegner Herbert Wehner, der damals Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen war. Der Inhalt dieses Buches ist immer noch brisant. Seine Schrift über „Verletzungen von Menschenrechten“ war an epochemachender Stelle präsent, auch in Übersetzungen: bei den Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Verfassungsbeschwerde

Zu seinen größten politischen Erfolgen zählten diejenigen Verfassungsbeschwerden von 1973, durch die verhindert werden konnte, dass seine in der Heimat verbliebenen oberschlesischen Landsleute samt sämtlichen Aussiedlern aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen wurden, wie es die Ostverträge vorsahen. Trotz vielfacher Bemühungen, führte Christine Czaja aus, sei es durch die „Neue Ostpolitik“ lange nicht zu wesentlichen menschlichen Erleichterungen gekommen.

1970 wurde Czaja in Bad Godesberg zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewählt, ein Ehrenamt, das eigentlich einen Voll-

zeitberuf darstellt, nicht zu Karrierezwecken taugt, sondern viel Verschleiß mit sich bringt, wie der Kandidat schon am Wahlabend wusste. Dennoch übte er das Amt in einer schwierigen Zeit voller heftiger Auseinandersetzungen um die sogenannte Neue Ostpolitik und politischer Umwälzungen 24 Jahre lang aus. Da die meisten Vorsitzenden des BdV bis dahin aus der SPD gekommen waren, sah sich Czaja zunächst nur als Übergangspräsident. Aber als Repräsentant der Heimatvertriebenen fiel ihm eine langfristig defensive Aufgabe zu, weil die damalige Regierungskoalition aus SPD und FDP eine in seinen Augen verfehlte Ostpolitik begonnen hatte. Seine unverbrüchliche Solidarität mit den Vertriebenen trug ihm viel Feindschaft ein, im Plenarsaal musste er Spott und Hämme über sich ergehen lassen, die linksliberale Presse hetzte, von links- wie auch rechtsextremer Seite kamen zahlreiche anonyme Anrufe und Drohbriefe vor allem ins Bonner Büro, aber auch in die Stuttgarter Privatsphäre. Czajas sonntägliche Spaziergänge mit der Familie wurden selten, denn an den Wochenenden trat er als Redner auf. Alle seine Reden hat der unermüdete Arbeiter selbst konzipiert und oft noch während der Anfahrten ausgearbeitet. Zweifelloso ist es nicht zuletzt Herbert Czaja zu verdanken, wenn der Bund der Vertriebenen allen Versuchen, ihn zu marginalisieren, widerstanden hat und bis heute eine gesellschaftliche Kraft geblieben ist.

Dieses verantwortungsvolle Amt nahm er neben seinem Mandat als Mitglied des Deutschen Bundestages wahr, das er 1953 bis Ende 1990 ununterbrochen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ebenso gewissenhaft versah, darüber hinaus behielt er seine Bürgersprechstunden im Stuttgarter Wahlkreis bei. Intensiv kümmerte er sich um jeden einzelnen Menschen, der seinen Rat und seine Hilfe suchte, egal, ob der ihn gewählt hatte oder nicht. Es ging ihm um das Wohl der Menschen, nicht um seine spätere Wahl.

Bezeichnenderweise bat der tiefgläubige Christ in seinem Testament seine Mitmenschen um Verzeihung, falls er sie einmal unge-

recht behandelt haben sollte. Erst nach Herbert Czajas Tod am 18. April 1997 erfuhr die Familie, dass er 37 Jahre lang bis 1990 vom polnischen Geheimdienst observiert worden war. Nur gut, meinte Tochter Christine, dass er am Telefon nie jemanden kompromittierte, stets vorsichtig war und häufig Abkürzungen verwendete, um Personen unkenntlich zu machen.

Handeln als Christ

Ausgiebig zitierte die Referentin aus den biografischen Aufzeichnungen des Volksschulfreundes Karl Walter Neumann, die 1984 erschienen sind und ein menschlich nahe, gemütvolltes Bild von Herbert Czaja zeichnen, wie es die Presse, zumal die vertriebenenunfreundliche nie vermochte. Sie zitierte auch aus der Predigt, die Kardinal Joachim Meisner, ein schlesischer Landsmann, zum Sechs-Wochen-Amt am 23. Juni 1997 im Bonner Münster hielt und dabei den Verstorbenen treffend charakterisierte. Als in der Heimat und im Vaterland verwurzelter sei Czaja gleichermaßen fähig gewesen, nationale Interessen zu verfolgen und kosmopolitisch am Schicksal der Völker mitzugestalten. Als „Erdenbürger mit Himmelperspektive“ sei er ein Prophet der Menschlichkeit und ein Brückenbauer, ein Segen für das Schicksal unseres Volkes gewesen. Pragmatisch habe er, ohne Ideologie und Nostalgie, die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn gesucht.

Ein einziger Vortrag könne nicht ein Leben darstellen, das noch eng mit dem österreichischen Kaiserreich verbunden war und bis

zum Ende des 20. Jahrhunderts reichte, schloss Christine Czaja ihre Ausführungen, sie habe lediglich Marksteine setzen können. Eingehende Akten- und Archivstudien seien vonnöten, um ein geschlossenes Bild zu entwerfen. Stoff für selbstständige Vorträge hergeben würde beispielsweise seine Tätigkeit als Stuttgarter Stadtrat 1947-53 (Czaja war bis 1951 der einzige Vertriebene in diesem Gremium), als Sprecher der katholischen Vertriebenenorganisationen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Landsmannschaft der Oberschlesier, aber vor allem seine aufreibende Zeit als Präsident des Bundes der Vertriebenen. Mittlerweile liegen etliche Dissertationen vor – auch in polnischer Sprache –, die sich mit dem BdV und den Landsmannschaften befassen und umfangreiche Kapitel auch dem Wirken von Herbert Czaja widmen, doch bleiben Desiderate, die wohl erst zu bearbeiten sind, wenn der umfangreiche Nachlass in Christine Czajas Besitz der Forschung zugänglich gemacht ist.

Vieles von dem, was ihr Vater als Politiker bewirken wollte, sei von politischen Gegnern und kommunistischer Hasspropaganda verzerrt, verpönt und verleumdet worden. Auch damals wurde schon mit Desinformation gearbeitet, um unliebsamen Meinungen und Repräsentanten zu schaden, sie unglaubwürdig zu machen oder sie gar ihrer Würde zu berauben. Deshalb ist es für Tochter Christine bis heute ein Herzensanliegen, das Wesen ihres Vaters und sein bleibendes Vermächtnis bis zur Kenntlichkeit von Diffamierung und Verunglimpfung zu befreien.

ANZEIGEN

Nachruf

Am 6. 3. 2025 verstarb unser Kamerad StBtsm a.D.

Horst Richardt

der Initiator und Organisator der Kriegsgräberpflegeeinsätze im nördlichen Ostpreußen und im Kaliningrader Gebiet.

Mit ihm verlieren wir einen Menschen, der uns stets Vorbild und Ansporn war. Die ausgeglichene Art, sein Verständnis und Optimismus hat uns stets motiviert.

Horst hat sich darüber hinaus im Oblast bei den dortigen Autoritäten hohen Respekt und Wertschätzung verschafft. Horst war die gute Seele der Einsätze. Wir werden ihn schmerzlich vermissen.

Wir nehmen nun Abschied, lieber Kamerad Horst, und sagen Dir Adieu.

Deine alte Crew

Der Philisterverein des Königsberger Wingolf im VAW zeigt den Tod seines verehrten Ehrenvorsitzenden sowie langjährigen Philistervereinsvorsitzenden

Pfarrer, i. R.

Gerhard Mörchel

(Tü 51, K 50, Kg 70), an.

geboren in der Rentengutskolonie Amwalde, Buddern, Ostpreußen gestorben in Lemgo, Westfalen

* 18.05.1929 † 20.03.2025

Er hat es vermocht nach der durch den Nationalsozialismus erzwungenen Vertagung und Vertreibung die Königsberger Bundesbrüder im westlichen Deutschland zu sammeln und die Traditionswahrung an den Hallenser Wingolf 2007 zu übergeben, sodass der Königsberger Wingolf wieder neu erblühen konnte und im Wingolfsbund weiter präsent ist.

Hierfür sind wir ihm unendlich dankbar.

Hans-Georg Koesling
Philistervereinsvorsitzender des
Königsberger Wingolf im VAW

KULINARIK

Tilsit – eine pikante Stadt mietet delikat

Von wegen „alles Käse“ – der berühmte Tilsiter begann 1803 seinen vollmundigen Siegeszug um die Welt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostpreußen brachte drei besonders bekannte kulinarische Leckerbissen hervor, nämlich das Königsberger Marzipan, die Königsberger Klopse und den Tilsiter Käse. Der Letztere ist ein halbfester Schnittkäse aus Kuhmilch mit besonderer Duftnote sowie mit einer sogenannten Rotschmiere-Rinde, welche durch spezielle Bakterien entsteht. Seiner Erfindung ging eine jahrhundertelange Entwicklung auf dem Gebiet der Käseherstellung im Raum Tilsit voraus.

Bereits kurz nach der Errichtung der ersten Burg des Deutschen Ordens im Jahr 1360 am Flüsschen Tilsle, dessen Name vom preußischen Wort „sumpfig“ abgeleitet wurde, begann hier die Käseproduktion. Davon zeugt nicht zuletzt die mehrfach vorkommende alte Ortsbezeichnung „Milchbude“. Allerdings fehlte den Siedlern zunächst noch das Know-how für guten Käse. Das änderte sich dann in der Zeit zwischen 1550 und 1710. Damals zogen in mehreren Wellen Einwanderer aus Holland und der Schweiz nach Ostpreußen, welche das Handwerk der Käseherstellung beherrschten. So ließen sich mehr als einhundert Mennonitenfamilien rund um Tilsit nieder, wo sie nachfolgend ihren gleichnamigen „Mennonitenkäse“ vermarktet.

Späterhin entstanden außerdem auch spezifisch ostpreußische Nachahmungen des Limburger Käses, dessen Urheimat im Nordosten des heutigen Belgien liegt. Diese Käsesorten kamen vor allem aus dem Raum Ragnit, der Ortschaft Worienen im Kreis Preußisch Eylau und Birjohlen im Amtsbezirk Tilsit. Der „Brioler“ genannte Käse aus der Gutskäseerei des Landbaumeisters Braun wurde dabei spätestens ab 1800 in Umlauf gebracht.

Mitbeteiligt an der Herstellung des Briolers war eine junge Wirtschafterin aus Birjohlen oder Szillen namens Emmi



Wenn abends die Sonne über der Königin-Louise-Brücke in Tilsit untergeht, geht sie für den Käseliebhaber erst richtig auf, wenn er nämlich den lecker-pikanten Tilsiter Käse genießen darf
Bild: imago/Dreamstime; imago/Zoonar

Klunk, welche 1822 den Glasermeister August Westphal heiratete. Diese entwickelte den Brioler ab 1803 zum Tilsiter weiter, indem sie das Reifungsverfahren für den Ausgangskäse nach ihren persönlichen Vorstellungen veränderte.

Expansion mit käsigen Ambitionen

Dabei schwebte Emmi Westphal eigentlich ein „echter Gouda“ vor, doch dafür war der Keller des Lagerhauses zu feucht, sodass andere Bakterienkulturen wuchsen. Ansonsten muss die junge Frau mit den Schweizer Wurzeln auch sehr geschäftstüchtig gewesen sein, denn sie sorgte unmittelbar nach ihrer Vermählung mit dem begüterten Handwerker für

die Verlegung der Käserei von Birjohlen nach Tilsit.

1840 stand dann eine weitere Veränderung beziehungsweise Expansion für den Betrieb an: Gemeinsam mit ihrem Sohn Heinrich Westphal erwarb die Erfinderin des Tilsiter Käses die Milchwirtschaft eines gewissen Johannes Kühr in der Deutschen Straße und richtete dort ihre neue Käserei ein.

Doch bereits fünf Jahre später wurde auch dieses Grundstück zu klein für die Ambitionen der früheren Hausangestellten. Also zog ihr Betrieb nun in ein größeres Objekt im Gut Adlig Milchbude um, das vier Kilometer vor den Toren von Tilsit lag. Hier standen sowohl die Milch von

85 Kühen als auch 32 Arbeitskräfte für die Käseherstellung zur Verfügung.

Nach dem Tod von Emmi Westphal fungierte deren Sohn als alleiniger Nachfolger. Dessen Käsefabrik zog wieder nach Tilsit um und wurde später erst von seiner Witwe Mathilde und dann von dem Molkereibesitzer Otto Braun überaus erfolgreich weitergeführt.

Sowjets ohne Geschmack

Einen großen Aufschwung erlebte die Herstellung des Tilsiters in der prosperierenden Zeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, als die Milchproduktion in Ostpreußen bislang unbekannt hohe Höhen erreichte. Zum Ende des

19. Jahrhunderts gehörte der Tilsiter dadurch zu den bekanntesten Käsesorten im Deutschen Reich. Aber auch in den 1930er Jahren existierten alleine im Großraum um Tilsit noch über 50 Molkereien, die pro Jahr um die 4600 Tonnen Käse auslieferten. Das änderte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Eingliederung von Tilsit in die UdSSR. Der Tilsiter, welcher aufgrund der Umbenennung der Stadt in Sowetsk nun „Sowetskij Syr“ hieß, wurde in seiner Urheimat nur noch in geringem Umfang hergestellt.

Tilsiter wird Havarti

Andererseits hatte das von Emmi Klunk erfundene Milchprodukt nun aber längst seinen Siegeszug rund um die Welt angetreten. Das resultierte unter anderem aus dem Wirken der beiden Schweizer Otto Wartmann und Hans Wegmüller, welche das Käserezept 1893 in ihre Heimat brachten und im Kanton Thurgau mit der Produktion von Tilsiter begannen. Darüber hinaus hatte die dänische Bäuerin Hanne Nielson bereits um 1840 die Molkerei in Adlig Milchbude besichtigt und danach auf ihrem Havarti-Hof auf der Insel Seeland den Tilsiter plagiiert. Nielsons Klon des Käses aus Ostpreußen wird bis heute unter dem Namen Havarti vermarktet.

Käsige Raubkopien

Außerdem gibt es seit den 1920er Jahren auch einen „Holsteiner Tilsiter“. Zuvor war um 1880 herum ein Versuch auf dem Gut Raden bei Sternberg erfolgt, den pikanten vollmundigen Käse auch in Mecklenburg heimisch zu machen. Und in der DDR aß man ebenfalls gern Tilsiter – allerdings erhielt er hier den Namen „Tollenser“, um den „Großen Bruder“ in der Sowjetunion nicht zu brüskieren. Desgleichen kursieren auch noch etliche „Raubkopien“ des berühmten Käses mit der besonderen Duftnote in Österreich, Finnland, dem Baltikum, Polen, Rumänien, der Ukraine und sogar den USA.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Friedensnobelpreis für Alfons Nossol?

Im Schloss Lohe ging es um Wissenschaft mit „denkendem Herzen“

Schloss Lohe [Zamek Topacz] an der südlichen Flanke von Breslau hat schon einiges erlebt. Erstmals wurde es im 13. Jahrhundert als Zollstation entlang der Handelsroute Breslau-Prag erwähnt. Im Jahr 1835 kaufte es der Kölner Zuckerfabrikant Emil vom Rath. „Vom Rath, Schoeller & Skene“ brachte das benachbarte kleine, 1975 zu Breslau eingemeindete Klettendorf [Klecina] groß raus, als es den örtlichen Sportverein in die erstklassige Gauliga Schlesien hinaufsporsorte, wo sich der SV Klettendorf gegen die Großstadtklubs behauptete.

Nach 1945 musste Schloss Lohe erst einmal als Gefängnis erhalten, bis es in renoviertem Zustand als Hotel und Treffpunkt der Reichen selbst groß herauskommen durfte. In den alten Stallungen ist ein Oldtimermuseum untergebracht. Vergangenes Wochenende fand hier sogar die internationale Konferenz „Future Technologies Across Borders“ statt – ein deutsch-polnisches Forum für Innovationen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit unter der Schirmherrschaft der Marschälle (Ministerpräsidenten) der Woiwodschaften Niederschlesien, Opeln, Pawel Gancarz und Szymon Oglaza.

Sachsens Landeschef, Michael Kretschmer, und der polnische Wirtschaftsminister, Marcin Kulasek, wandten sich an die versammelte Wissenschaftsgemeinde.

Ob Luft- und Raumfahrt, ökologische Kunststoffverarbeitung oder Wasserstoff- und Energietechnologien – Vertreter von BMW oder dem polnischen Mineralölkonzern Orlen gaben sich die Klinke in die Hand – und das quasi sogar göttlich gefügt. Dafür sorgte ein schlesisches Netzwerk. Der oberschlesische Maschinenbauingenieur und Hochschullehrer an der TU Chemnitz, Lothar Kroll, hat seine Wurzeln nur etwa zehn Kilometer entfernt von Broschütz, der familiären Heimat des hoch dekorierten emeritierten Oppelner Bischofs Alfons Nossol, dem 1990 bei und im Anschluss der Anerkennung der deutschen Volksgruppe in Polen eine enorm wichtige Vermittlungsrolle zufiel. Nossols Großneffe, Patryk Nossol, der im Schloss Lohe selbst als Referent für Fraunhofer IWU Zittau dabei war, hat den katholischen Weg seines Großonkels etwas ‚modifiziert‘, indem er sich heute in der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) Görlitz engagiert. Das passt auch deswegen gut, da deren Macher, der russ-



Vor Schloss Lohe: Eugen Böhler (rechts) und Patryk Nossol

Bild: tsk

landdeutsche Pastor Eugen Böhler, aus eigener Familiengeschichte viel Gespür für die nationalen Verwerfungen Europas mitbringt und in seinen Predigten den politischen Niedergang oft in den Kontext biblischer Erfahrungen der Völker stellt.

Und so fiel Böhler nun die Ehre zu, der versammelten Elite ein Geleitwort beim Dinnergespräch mit auf den Weg zu ge-

ben. Erst vor zwei Wochen hatte die FeG Görlitz ihre Unabhängigkeit von Gießen gefeiert. Direkt an der Neiße gelegen ist man im Görlitzer „Tivoli“ nun selbst dabei zu wachsen, und dies gern mit Blick über die Neiße. Jedenfalls überraschte der Görlitzer Prediger mit dem Vorschlag, dass nach zahlreichen Ehrungen die Zeit für einen Friedensnobelpreisträger Nos-

sol reif sei. „Nach all dem, was Schlesien als geschundene Region durchlebt hat, wäre das ein Zeichen, das Deutsche und Polen mit einer gemeinsam verstandenen Versöhnungspersönlichkeit noch einmal tiefer zusammenschweißen könnte“, meinte Nossol. Immerhin ist dessen Großonkel bereits 92 Jahre alt und allein die öffentliche Debatte über einen solchen Vorschlag könnte dem Selbstverständnis auf beiden Seiten der Neiße einen Schub verleihen.

Böhler will in der ersten Sonntagspredigt nach Ostern einen Rückblick auf die Tage auf Schloss Lohe werfen und den Gedanken dann im Gottesdienst vorstellen. Dies kann man unter www.feg-goerlitz.de live miterleben. „Es geht abgeleitet also auch um die Verschränkung von Geist, Wissenschaft, Schlesien und allgemeingültig um nationales Miteinander – gerade in einer Zeit, in der in Europa Krieg tobt ...“, sagte er. Vermutlich wird auch Nossols stets propagiertes „denkende Herz und ein liebender Verstand“ eine große Rolle spielen, die in Zeiten transhumanistischer Wissenschaft ohne Demut vor der Schöpfung immer mehr aus der Mode kommen. *Till Scholtz-Knobloch*



Schladderwasser, Hasen und Eier

Was wäre das Osterfest ohne die traditionellen und geliebten Bräuche, die seit Generationen bestehen?

VON TORSTEN SEEGERT

Es war einmal ein Land am Meer. In seiner Mitte war ein großer, breiter Strom, der sich aus mehreren kleinen Flüssen speiste. Einer von ihnen war die Ihna und auch diese wurde von anderen weitaus kleineren Läufen verstärkt. Einige von ihnen trugen Namen, wie Bauergraben oder Krampe, andere waren wiederum so klein, dass man gar nicht auf den Gedanken gekommen war, diese durch einen eigenen Namen noch mit Bedeutung zu versehen. Dennoch hatten all jene Wasserläufe in der Osterzeit, die sich nach dem Mond richtete, ihre Bedeutung. Denn wenn die Sonne am Sonntag aufging, stahlen sich die Ausgeschlafenen aus ihren Häusern, um etwas von dem kühlen Nass abzuschöpfen und heimzutragen, auf dass es seine wundersame Wirkung – Gesundheit und ein langes Leben – schenken sollte: „Wer sik dormit wascht, würd schön, wer dorvon drüink, bleew gesund ...“

So war es auch vor etwa 100 Jahren in einem Dorf in der Heide, die sich noch heute zwischen Gollnow und Ueckermünde, beidseitig des Dammschen Sees, erstreckt. Zu jener Zeit war dem ersten noch kein zweiter Weltenbrand gefolgt und pommersches Platt legte sich noch auf die Zungen der Nachfahren jener Kolonisten, die einst der Alte Fritz in das Land gerufen hatte und die den staubigen Boden erst urbar gemacht hatten.

Einer von ihnen war ein alter Mann. Wir wollen ihn „Opa Reinhard“ nennen, denn so nannte man ihn im ganzen Dorf. Sein Leben war nicht gerade einfach. Die Mutter seiner Kinder war ihm früh gestorben, sodass er neben der Landwirtschaft diese alleine hatte großziehen müssen. Seiner dem Leben zugewandten Art hatte dies keinen Abbruch getan.

Traditionelle Bräuche

Wie andere Frühaufsteher machte auch er sich auf den Weg zu einem fließenden Bächlein, welches sich zwischen der Ober- und Unterreihe des Dorfes durch den Boden zog, den einst Bäume bedeckten und über den nun sein Pflug ging. Das Osterwasser geschöpft, machte er sich



Zauberhaftes Häschen: Hat es die Eier wirklich gelegt?

Foto: Seegert

vergnügt auf den Heimweg, nicht ahnend, dass man ihm längst nachstellte und ihm an den alten Eichen auflauerte. Drei Jungs der Nachbarschaft sprangen ihm in den Weg und riefen: „Guten Morgen, Opa Reinhard!“ – „Morgen, Jungens, was macht ihr?“ Dann stockte seine Stimme, denn sein Osterwasser war gerade zum „Schladderwoater“ geworden. Es war nicht der erste Streich, den sie ihm spielten. Tage zuvor hatten sie „Opa Reinhard“ seinen Leiterwagen mit Seilwinden auf die Scheune bugsiert. Und auch heute sollte es nicht beim „Schladderwasser“ bleiben, denn als er seine Karnickel abfüt-

tern wollte, gab es eine weitere Überraschung: Da lagen plötzlich Eier im Stroh.

All das waren zweifellos harmlose Streiche. Nur: Am 1. April 1945 saß „Opa Reinhard“ nun am Straßenrand. Wieder war Ostersonntag, doch niemand war da, um ihn zu foppen. Die Jungens waren längst junge Männer geworden, eingezogen an die Front – und nur der liebe Gott wusste, wo und ob sie überhaupt noch unter den Lebenden weilten. Überhastet hatte auch das Dorf im März den Packbefehl bekommen, war zunächst geschlossen mit ihren gepackten Leiterwagen Richtung Langenberg gefahren und

als es dort nicht mehr weiter ging, schließlich in Richtung Gollnow, immer der Front und dem Donner der Kanonen entgegen. Zwar hatten sie es dann doch noch in Richtung Stettin geschafft, aber Tiefflieger hatten sein Pferd weggeschossen.

Seine Habe lag im Straßengraben, um nachfolgende Fahrwerke nicht zu behindern, und den Anschluss an seinen Dorf-Treck hatte er auch verloren. Was ihm blieb, war alles, was er auf dem Leib trug und die Erinnerung. Und was gäbe er nun für ein Ei? – Doch die Tradition der pommerschen Osterbräuche blieb in so vielen pommerschen Familien erhalten.

JAHRESLAUF

Der Bischof und Bismarck

Bis vor wenigen Jahren begannen wichtige Lebensabschnitte zur Osterzeit

Ostern – endlich! Die einen feiern die Auferstehung Jesu Christi, die anderen den Osterhasen. Wie dem auch sei. Ostern war schon immer mit viel Bedeutung und auch Traditionen aufgeladen. So wurden Jahresrechnungen vor einigen hundert Jahren immer zu Ostern geschrieben, Jahresresets der pommerschen Herzöge begannen und endeten zu Ostern, Mietverhältnisse ebenfalls. Oder, wenn das Winterhalbjahr endete, begann zu Ostern das Sommerhalbjahr und ging bis Michaelis (29. September, Herbstanfang). Für Schüler gab es deshalb oftmals die Devise: „Verzagt man nicht, es geht auf Ostern“ – Schulanfang, der für die Kinder mit bunten Schultüten versüßt wurde. Lehre oder Militärzeit begannen oder endeten zu Ostern. So war es nur folgerichtig, dass Lehrkräfte auch zu Ostern begannen oder aus dem Schulbetrieb ausschieden. Auch Einsegnungen fanden an Ostern statt.

Um die Bedeutung Osterns auch für die Lebensläufe hervorzuheben, soll an

dieser Stelle an einen der berühmtesten Pommern gedacht werden. Otto von Bismarck – dessen 210. Geburtstag am 1. April war – kam beispielsweise zu Ostern 1821 an die Berliner Knabenpensions- und Erziehungsanstalt. Zu Ostern, genauer am Gründonnerstag 1830, wurde er dann vom Berliner Geistlichen Schleiermacher eingeseget. Und zu Ostern 1832 bestand Bismarck sein Abiturienten-Examen. Ostern 1835 bestand er auch sein Auskulturator-Examen. Seinen Militärdienst beendete Bismarck übrigens zu Ostern 1839, sodass er dann in sein Elternhaus nach Kniephof in Pommern zurückkehrte. Es ist anzunehmen, dass auch in den Folgejahren – als von ihm, wie bei seinem Vorfahren „vom tollen Bismarck“ die Rede war – zu Ostern einiges passierte.

Bismarck und Ostern

Von Ostern und Pommern gibt es also eigentlich weit mehr zu berichten, als anzunehmen ist. Der Apostel der Pommern,



FOTO: N. DAHMS

Schön: die Natur erwacht

Otto von Bamberg, durchzog beispielsweise zwar das Pommerland, um den christlichen Glauben zu bringen, vor unzähligen Pommern zu predigen und diese zu taufen – doch auch ihm war die Heimkehr zu Ostern 1125 nach Bamberg heilig. Zuvor hatte er übrigens auch den pommersche Herzog Bogislav I. getauft. Dieser war wiederum 1168 nicht nur an der Christianisierung Rügens beteiligt, sondern wurde 1170 auch in den Reichfürstentum erhoben. Die Unabhängigkeit von Dänemark erlangte er aber nicht, sodass er König Waldemar die Huldigung als Lehnsherr leisten musste und ihm – wie könnte es anders sein? – zu Ostern 1186 selbst feierlich das Reichsschwert vortrug.

Auch sei erwähnt, dass die unruhige Zeit des Glaubenskampfes in Stralsund erst zu Ostern 1525 endete, als sich die Stralsunder zur neuen Lehre bekannten.

Ostern war also stets ein Neubeginn, passend zur erwachenden Natur.

Oliver Hennke

MELDUNGEN



Eine kleine Auswahl pommerscher Oster-Höhepunkte:

Oster-Feuer

19. April: Anklam (Reeperstieg), 18 Uhr. Barth (Festwiese), 16 Uhr. Binz (Strand), 19 Uhr. Demmin (Hafen), 17 Uhr. Gützkow (Caravan Resort), 17 Uhr. Pasewalk (Festwiese), 17 Uhr. Stralsund (Strandbad), 16 Uhr. Zinnowitz 18 Uhr. 20. April: Mönkebude (Strandpark), 16 Uhr. Ueckermünde (Strand), 17 Uhr. TS

Oster-Veranstaltungen

17. April: Osterkarten basteln in der Museumswerkstatt Stralsund von 10 bis 12 Uhr. 18. April: Vogelstimmen-Wanderung, Hagen (Parkplatz) Rügen. 19. April: Osterfest auf der Promenade Swinemünde mit Ostereiersuche ab 12 Uhr am Strand. 20. April: Vineta-Osterspektakel in Zinnowitz (Seebrücke), 11 Uhr. 21. April: Ostern im Museum Stolp: 12 bis 16 Uhr. TS

Oster-Gottesdienste

18. April: Marienkirche Stralsund, 10 Uhr. Dom St. Nikolai Greifswald, 10 Uhr. St.-Trinitatis-Kirche Stettin, 10.30 Uhr. Kreuzkirche Stolp, 15.30 Uhr. 19. April: St.-Trinitatis-Kirche Stettin, 18 Uhr. Dom St. Nikolai Greifswald, 22 Uhr. Marienkirche Stralsund, 23.30 Uhr. 20. April: St.-Trinitatis-Kirche Stettin, 10 Uhr. Marienkirche Stralsund, 10 Uhr. Kreuzkirche Stolp, 10.30 Uhr. Katholische Kirche Sellin, 11 Uhr. 21. April: Dom St. Nikolai, Greifswald, 10 Uhr. TS

Oster-Wetter

Grüne Weihnachten, weiße Ostern. Je wärmer April, je kälter der Mai. Lichtmess (2. Februar) im Klee, Ostern im Schnee. TS



FOTO: SEEGERT

Das Oster-Küken

Tick, tick, tick – was hör ich da? Aus dem Ei ganz sonderbar, langsam bricht es sich den Raum, dieser kleine Wuscheltraum, piept vergnügt. Ach Gott – so klein! So schön kann's zu Ostern sein. TS

Eiertrudeln und Eierkullern

In einem schmalen Gebietsteil zwischen Peene und Ihna, im südlichen Teil des Kreises Demmin, an der Uecker und am Unterlauf der Oder war das auch in anderen Teilen Deutschlands bekannte Eiertrudeln oder -kullern als Wettspiel bekannt. Die Kinder ließen hart gekochte Eier von einer Anhöhe hinunterrollen. Wurde ein Ei beschädigt oder brach entzwei, aß es der Besitzer sofort auf. Das Spiel ging so lange, bis das letzte Ei zerbrochen war. In einer anderen Variante wurde das Kullern als Wettspiel ausgeübt. Die am Spiel beteiligten Kinder stellten sich in einer Reihe auf. Auf ein Startzeichen ließen sie die Eier rollen, und zwar so, dass das eigene Ei möglichst das eines anderen traf. Das getroffene Ei gehörte dann demjenigen, der es getroffen hat. In einem Bericht über das Eiertrudeln an den Wandenbergen nördlich Fiddichow heißt es: „Damit sich keiner das Fieber an den bloßen Eiern essen sollte, kriegte jeder Brot und Salz mit.“ PG

„Charakter der Republik steht auf dem Prüfstand“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Friedrich Merz,
ein Mann,
ein Wortbruch!“

Klaus P. Jaworek, Büchenbach
zum Thema: Die politische Mitte
stürzt ins Leere (Nr. 14)



Ausgabe Nr. 14

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

AUTORITÄTSGLÄUBIGE USA ZU: DIE WELT ERLEBT EINE HISTORISCHE ZÄSUR (NR. 15)

Die Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten ist in mehrerer Hinsicht eine Katastrophe – auch für die Vereinigten Staaten.

Dennoch sollten die Deutschen allen Grund haben, den Republikanern für die Wahl Trumps, und damit für die Absolution von dem häufig zu hörenden Makel, nur die Deutschen seien so autoritätshörig, eine Figur wie Hitler an die Macht kommen zu lassen, dankbar zu sein. Der Widerstand gegen ihn (und in fast allen Diktaturen) wäre vermutlich deutlich größer gewesen, wenn es nicht eine so perfekt funktionierende Überwachung gegeben hätte.

Auch das 1961 in den USA durchgeführte Milgram-Experiment (bei dem eine Testperson nach Anweisungen eines Versuchsleiters einem jeweils von Schauspielern gespielten „Schüler“ bei Fehlern vermeintliche elektrische Schläge versetzen sollte, d. Red.) sollte die These stützen, dass Gehorsamsbereitschaft gegenüber der Obrigkeit keine typisch deutsche Eigenschaft sei.

In „Geschichte im Überblick“ heißt es: „Das Milgram-Experiment sollte ursprünglich dazu dienen, Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus sozialpsychologisch zu erklären.“ Weil für die Durchführung dieses Experiments nicht genügend Deutsche verfügbar waren, wurde es auch mit Amerikanern durchgeführt, was dann zu dem unerwarteten Ergebnis führte, dass die Amerikaner nicht anders votierten als die Deutschen, und somit ein landestypisches Verhalten in dieser Hinsicht nicht erkennbar ist.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

VERLORENE SPRACH-VIELFALT ZU: „JAHR DER ZWEI- SPRACHIGKEIT“ (NR. 14)

Gratulation den Japanern, die Elsässiskurse besuchen dürfen! Das wirft ein

Schlaglicht auf die Strategie der zentralistischen Politik von Paris, andere Sprachen in die Ecke des Folklorismus zu schieben. Linguisten dagegen wissen, dass Dialektkulturen nur gedeihen können, wenn sie eine schriftliche Hochsprache als Klettergerüst nutzen können, an dem sich der Dialekt oder die Dialektvarianten wie Efeu entlangranken können.

Im Falle der elsässischen Mundart wäre das Klettergerüst die hochdeutsche Sprache, die an Schulen und Universitäten gelehrt und als Verwaltungssprache in den Gemeinden akzeptiert werden müsste, damit auch der Alltagsgebrauch des Dialekts erhalten bleibt.

Wenn nur noch zwölf Prozent aller Einwohner des Elsass das Elsässische täglich verwenden, ist das ein Beweis für die nach 1945 politisch gewollte Ausrottung einer Sprache. Das kontrastiert mit der lebendigen Vielfalt an Sprachen, Mundarten und Mundartenvarianten in der Schweiz und auch in Südtirol im selben Zeitraum.

Armes Elsass, armes Frankreich.

Oskar Hartmann, Uster/Schweiz

BEISPIELHAFTE MAHNUNG ZU: DIE POLITISCHE MITTE STÜRZT INS LEERE (NR. 14)

Wenn auch der Politik-Sturz „ins Leere“ bedenklich ist, müssen wir an der Verwirrung um Meinungen und Tatsachen unsererseits nicht teilnehmen. Für den Alltag hilft – und das übrigens vom ersten Tag der Angst-Pandemie an – als Richtschnur die Unterscheidung zwischen Behauptungen von Tatsachen (über deren Richtigkeit grundsätzlich Beweis geführt werden könnte) und Äußerungen von Werturteilen beziehungsweise Meinungen. Die Letzteren mögen dumm oder sogar unangenehm sein, dennoch unterfallen sie der grundrechtlich geschützten Meinungsfreiheit.

Es sollte möglich bleiben, die saubere Anwendung unserer demokratischen Grundstruktur anzumahnen, statt von staatlicher Seite gemaßregelt zu werden.

Dank an den PAZ-Autor für die Warnung vor dem „autoritären Gesinnungsstaat“.

Nikolaus Jürgens, Oldenburg (Oldb)

EINE ANKLAGE ZU: DIE POLITISCHE MITTE STÜRZT INS LEERE (NR. 14)

J'accuse, ich klage an! Keine Diskussion, keine Rechtfertigung kann es für diese Schande geben, wenn der Pöbel – ja es ist Pöbel – Jagd auf „anders aussehende“ Frauen und Männer macht, wenn Mädchen im Alter von zwölf Jahren Angst haben müssen, in ihrem Wohnort auf die Straße zu gehen.

Dies kann nicht mehr mein Land sein. Selbst werde ich im Alter von bald 90 Jahren und seit Jahrhunderten von hier lebenden Vorfahren jedoch nicht weggehen. Es müssen schon die schändlichen Täter verschwinden. Der Rechtsstaat muss diesen mit aller gebotenen Härte entgegenreten. Die etablierte Politik der sogenannten Mitte muss die richtigen Worte finden, womit kein unnötiges Anheizen der Situation gemeint sein kann – wie es viele praktizieren. Nichts weniger als der Charakter dieser Republik steht auf dem Prüfstand.

Josef Draxinger, Vohburg

NAHE AM KIPPUNKT ZU: DIE POLITISCHE MITTE STÜRZT INS LEERE (NR. 14)

Der Kippunkt ist wirklich bald erreicht. Wir sind immer noch ein Land, das schulmeisterlich durch die Welt geht. Das konnten wir uns vor langer Zeit noch leisten. Wird das eigene Land gezielt in Richtung Kippunkt geschoben, ist es angebracht, den Ball sehr flach zu halten.

Bemerkenswert ist, dass sehr viele Bürger in unserem Land glauben, wenn sie links oder rechts wählen, dann wird vieles besser. Irrtum, es wird vieles anders, und das ist bekanntlich ein großer Unterschied. Sind uns die fähigen Menschen in unserem Land abhandengekommen?
Heinz-Peter Kröske, Hameln

MANGELNDER BRÜCKENSCHLAG ZU: IM SCHRAUBSTOCK ZWISCHEN CHAOTEN UND GRÜNER IDEOLOGIE (NR. 13)

Leider muss ich Ihrem erschütternden Bericht über den Zustand der „Sächsischen Schweiz“ zustimmen. Allerdings sollte noch ergänzt werden, dass die angesprochenen Mängel und Missstände – besonders durch die Sperrung der Elbbücke bei Bad Schandau – noch zunehmen werden.

Geschäfte und gastronomische Einrichtungen klagen längst darüber, dass durch die damit verbundenen schwierigen Zufahrten kaum noch Pkw-Reisende das östliche Elbufer anfahren können. Da es auf deutscher Seite ohnehin durch die Konkurrenz aufgrund der wesentlich günstigeren Preise auf tschechischer Seite schwierig ist, dieser Paroli zu bieten, kommt es nun noch zu einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation. Allerdings klagen auch die Händler und Geschäftsinhaber auf tschechischer Seite in Herrnskretsch [Hrensko] über wirtschaftliche Einbußen und Verluste.

Da aber in Deutschland unter der Losung „Kanonen statt Butter“ ganz andere Interessen im Vordergrund zu stehen scheinen, werden die angesprochenen Sorgen und Probleme für die herrschenden Politiker wohl keine Rolle mehr spielen.
Manfred Kristen, Freital

NICHTDEUTSCHE TÄTER ZUM LESERBRIEF: GESTOHLENE ERINNERUNG (NR. 13)

Der Leserbriefautor bedauert völlig zu Recht die miserable beziehungsweise nicht vorhandene Erinnerungskultur in Deutschland. Jedoch ist das Beispiel Swinemünde hierfür ziemlich ungeeignet. Die geographische Lage und vor allem der augenscheinliche, profane Charakter der Taten (wiederholter Diebstahl der Bronzetafeln auf der Gedenkstätte Golm) deuten sehr auf eine nichtdeutsche Täterschaft.
Hans-Joachim Mieth, Cottbus

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

GASTRONOMIE

Wilder Ritt auf dem Weinfass

Vor 500 Jahren eröffnete Heinrich Stromer in Leipzig Auerbachs Keller – Zu „Besuch“ waren auch Mephisto und Doktor Faustus

VON VEIT-MARIO THIEDE

Auf dem Leipziger Naschmarkt steht seit 1903 das Goethedenkmal. Die von Carl Seffner entworfene Bronzefigur zeigt Goethe als schlanken Jüngling im eleganten Rokokokostüm. Die goldene Sockelinschrift teilt uns mit: „Student in Leipzig 1765–1768.“ Von hier ist es nicht weit bis zu Auerbachs Keller. Der dank Goethes Tragödie „Faust“ in aller Welt berühmte Weinausschank wird 500 Jahre alt. In der im Lokal aushängenden Hauschronik lesen wir: „1525, Ostern: Dr. Heinrich Stromer von Auerbach läßt zum Semesterbeginn erstmals im Weinkeller seines Hauses Wein an Studenten ausschenken.“

Der aus dem oberfränkischen Auerbach stammende Stromer war Universitätsprofessor in Leipzig sowie Leibarzt des Herzogs Georg von Sachsen, des Kurfürsten Joachim von Brandenburg und des Kardinals Albrecht. Der „Dr. Auerbach“ genannte Mediziner kaufte in den frühen 1520er Jahren einen unterkellerten Hof. Dessen Bauten ließ er in den 1530er Jahren abreißen und durch den mit Stallungen und 100 Messeständen ausgestatteten Auerbachs Hof ersetzen. Vom Vorgängerbau blieb der Weinkeller erhalten, den Stromer aber erweiterte.

Als der Kofferfabrikant Anton Mädler Auerbachs Hof abreißen ließ, um auf dem Areal die Mädler-Passage zu erbauen, bewahrte er Auerbachs Keller vor der Zerstörung. Aus statischen Gründen wurden die historischen Keller zunächst abgebaut. Aber zur Eröffnung 1913 waren sie originalgetreu wiedererstanden und um weitere Räumlichkeiten ergänzt: den Großen Keller sowie den Salon Alt-Leipzig. In dem hängen nach historischen Graphiken um 1913 von namentlich nicht bekannten Kunststudenten gemalte Stadtansichten. Auf einer ist Auerbachs Hof zur Messezeit zu sehen.

Episoden aus Goethes „Faust“

Zu dem sich unter der Mädler-Passage erstreckenden Restaurant mit Wein- und Bierausschank führt eine zweiläufige Treppe. An ihr stimmen zwei von Mathieu Molitor entworfene Bronzegruppen die



Diabolische Zechbrüder: Bronzestatuen von Mephisto und Doktor Faust vorm Eingang von Auerbachs Keller in der Mädler-Passage

Besucher auf die im Keller auf sie wartenden Kunsterlebnisse ein. Molitors Figuren entstammen Goethes in Auerbachs Keller angesiedelter „Faust“-Episode. Drei bezechte Studenten gehen in ihrem von Mephisto verursachten Zaubervahn aufeinander los. Ihnen gegenüber stehen der gedankenverloren aussehende Faust und der agile Mephisto, der mit gebieterisch erhobenem Arm den auf den Studenten lastenden Zauberbann löst.

Auf das Foyer folgt zunächst der Große Keller. Dessen Bogenfelder sind mit Monumentalgemälden geschmückt, die Szenen aus „Faust, Erster Teil“ (1808 veröffentlicht) und „Zweiter Teil“ (1832 veröffentlicht) illustrieren. Hans Best zeigt die Verjüngungskur des alten Doktor Faust in der Hexenküche. Fritz Rentsch führt uns Marthes Garten vor Augen, wo

sie und Mephisto zu Margarete und dem verjüngten Faust blicken, die einander scheu näherkommen. Zu den neun um 1913 gemalten Werken gesellen sich drei neu gemalte Bilder des Werner-Tübke-Schülers Volker Pohlenz. Sein Gemälde „Goethes Faust-Inspiration“ (2015) stellt den jungen Goethe und seinen Freund Behrlich in Auerbachs Keller dar – und ebenso Goethes umwölkte Vision: den Fassritt von Faust und Mephisto.

Im historischen Goethezimmer entdeckt man zwei der ältesten Gemälde des geselligen Erinnerungsortes. Die hat sich schon Goethe angesehen. Andreas Bretschneider schuf sie 1625 für Stromers Urenkel Johann Vetzler. Das eine zeigt Doktor Faustus bei der von Musikanten begleiteten Zecherei mit den Studenten. Das andere stellt dar, wie der vom Keller-

wirt, Fassträgern und Studenten bestaunte Doktor Faustus auf einem Weinfass aus dem Keller reitet.

Selbst Luther kam einmal vorbei

Die historische Faustfigur (um 1480 bis um 1541) zog als Wunderheiler und Magier durchs Land. Bei einem seiner alchemistischen Experimente verlor Faust schrecklich entstellt sein Leben. Die Leute waren überzeugt, der Teufel habe ihn geholt. Bald schon sagte man dem Faust wunderliche Taten wie den Fassritt nach. Den reklamierte Vetzler für seinen Weinkeller und ließ deshalb das Bild malen.

Das griff Goethe auf, der einen der von Mephisto ver- und entzauberten Studenten sagen lässt: „Ich hab' ihn selbst hinaus zur Kellertüre – / Auf einem Fasse reiten sehn --.“ Bei Goethe bleibt Faust in Auer-

bachs Keller allerdings nur eine Hintergrundfigur. Die Hauptrolle spielt der Teufel: Mephisto.

Aus dem Goethezimmer geht es in das Lutherstübchen. Stromer war Zuhörer der Leipziger theologischen Disputation von 1519 zwischen Johannes von Eck, den Karlstadt genannten Andreas Bodenstein und Martin Luther. Er lud den von der Einwohnerschaft angefeindeten Luther zu sich ein. Aber der quartierte sich lieber bei seinem Drucker Melchior Lotter ein.

Mit dem im Lutherstübchen hängenden Gemälde „Das geheime Treffen am 3. Dezember 1521“ will uns Pohlenz etwas weismachen, das nicht stattgefunden hat. Der Reformator und Stromer sitzen im Lutherstübchen und teilen sich ein Glas Weißwein. Luther reiste im Dezember 1521 von der Wartburg heimlich für einige Tage nach Wittenberg. Zwar machte er in Leipzig Station. Allerdings begab er sich nicht zu Stromer, sondern in Hans Wagners Gasthaus „Zu den drey Schwanen“. Erst 1539 nahm Luther während der Einführung der Reformation in Leipzig Quartier in Auerbachs Hof.

In den tonnengewölbten Fasskeller ist das auf 1530 datierte Hauszeichen von Auerbachs Hof versetzt. Es zeigt Bacchus. Erster Blickfang aber ist der von Max Stolz 1913 geschnitzte Hängeleuchter: Faust reitet in Begleitung nackter Hexen auf dem von Wolken getragenen Weinfass. Sie fliegen zur Walpurgisnacht. Mephisto bildet das Schlusslicht.

An den Wänden befinden sich die von Moritz Retzsch entworfenen und durch Heinrich Bey 1867 ausgeführten Bilder zu Goethes „Faust“. Sie sehen von der Hexenküche, über die Liebesszene bis hin zu Margaretes Weigerung, sich von Faust aus dem Kerker befreien zu lassen, einnehmend gespenstisch aus. Die Stirnwand bietet den End- und Höhepunkt des Rundgangs. Auf ihr sieht man den von Mephisto verzauberten Tisch, aus dessen Rand die Studenten ihren Wunsch-Wein zapfen. Unter dem Gemälde schiebt sich ein Weinfass aus der Holzvertäfelung. Die Teilnehmer einer Fasskeller-Zeremonie dürfen auf ihm reiten.

● www.auerbachs-keller-leipzig.de

OSTEREIER-AUSSTELLUNG

Die Kunst am Ei

Danach kräht bestimmt jeder Hahn – Museum in Zons am Rhein zeigt Ostereier-Kunst aus osteuropäischen Regionen

Das Ei ist in vielen Kulturen ein Symbol für Fruchtbarkeit, Neuanfang und erwachendes Leben. Bereits bei antiken Frühlingsfesten in vorchristlicher Zeit wurden Eier als Schmuck und auch als Geschenke kunstvoll verziert.

Vom Christentum wurden die „heidnischen“ Bräuche bereitwillig übernommen und in christlich-religiöse Formen umgewandelt. So fällt etwa das Osterfest mit Tod und Auferstehung nicht zufällig in die Frühlingszeit, die Zeit des Erwachens der Natur. Das Wort „Ostern“ könnte vom Namen der germanischen Frühlingsgöttin Ostara/Eostre abgeleitet sein. Auch die Himmelsrichtung Osten, also die Richtung des Sonnenaufgangs, (der „Auferstehung“ des Lichts) wird als Namensklärung herangezogen. Dabei wurde das Osterei zum beliebten, weil allgemein verstandenen Symbol des Lebens und Neuanfangs deklariert, das heute durch die Schokoladenindustrie kommerzialisiert worden ist.

Eine echte Oster-Überraschung dagegen hält die Ostereier-Ausstellung „Zauberei auf dem Ei“ im Kreismuseum Zons bereit. Zons am Rhein liegt zwischen Köln und Düsseldorf, malerisch umgeben von einer mittelalterlichen Stadtmauer. Das Museum befindet sich in einem historischen Gebäude.

Das Ehepaar Georgine und Pavel Hovorak sammelte von 1980 bis 2017 rund 3000 kunstvoll gestaltete Eier – die meisten aus osteuropäischen Regionen. 2019 schenkte Georgine Hovorak die Eierammlung dem Museum in Zons. Museumsleiterin Anna Karina Hahn erklärt: „In der aktuellen Ausstellung zeigen wir 160 Eier mit dem Schwerpunkt auf traditionelle Techniken aus Osteuropa.“ Meist sind es Natureier von Hühnern, Gänsen und Enten, auch einige Tauben- und Zwerghuhn-Eier sind dabei.

In der Bukowina, in Böhmen und bei den Sorben waren Eier mit Wachsboisierter Technik verbreitet. Flüssiges, gefärb-

tes Wachs wurde auf die – meist hohlen – Eier aufgetragen und mit Holzstäbchen oder Metalldrähten Muster wie Kreise und Linien sowie Motive wie Herzen, Äh-

ren, Sonnenstrahlen oder Blumen eingefügt. Eine knifflige Handarbeit bei diesem sehr fragilen Material. Rotbraun gefärbte Eier wurden in schlesischer Kratztechnik

(Kroszonki) oder der böhmischen Variante (Scheckl) mit Blumen-, Sonnen-, oder Schmetterlingsmotiven verziert. Aus Russland stammen aufwendig geschnitzte Holzzeiger, bemalt mit österlichen Motiven, Heiligen und Ikonendarstellungen. Teilweise passen die Eier wie Matrjoschkafiguren ineinander.

Museumsleiterin Hahn: „Das künstlerisch gestaltete Ei ist kein mitteleuropäisches, sondern ein globales und weit in die Vergangenheit reichendes Phänomen. Unsere Ausstellung gibt einen kleinen Einblick in die kulturell unterschiedlichen Gestaltungen des zerbrechlichen Ovals.“

Siegfried Schmidtke

● „Zauberei auf dem Ei“, bis 11. Mai im Kreismuseum Zons, Schloßstraße 1 in Dormagen-Zons, geöffnet dienstags bis freitags von 14 bis 18 Uhr, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 4 Euro, bis 18 Jahre frei.

www.kreismuseumzons.de



Liebevoll bemalt: Ostereiersammlung im Kreismuseum Zons

● FÜR SIE GELESEN

Mythische Heldinnen

Freya, Isis, Pandora sind dabei, aber auch Sedna, die Meeresgöttin der Inuit, Oshun, die Fruchtbarkeitsgöttin der Yoruba, oder Tanis aus der Mythologie der Ojibwe wurden in einem sehr schönen Band für Kinder frei nacherzählt. 15 Heldinnen erleben schwere Schicksale und retten mit ihrem Mut, ihren Entscheidungen nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch das anderer, manchmal der ganzen Welt. Die Geschichten sind wundervoll und reichlich illustriert und bieten einen echten Augenschmaus. CRS



Claudia Martin: „Spannende Mythen von mutigen Mädchen“, arsEdition, München 2024, gebunden, 128 Seiten, 18 Euro

Phantastische Meereswesen

Konstantin O. Boldt ist Mythozoologe und eine Figur von Florina Schäfer und Elif Siebenpfeiffer. Nachdem Boldt in seinem ersten Abenteuer die Landfabelwesen Europas erkundet hat, sticht er in diesem Abenteuer in See. Detailliert werden Nixen, Gonger, Kraken und andere Meerwesen beschrieben. Der Leser taucht ein in eine fantastische Welt, erlebt mit Boldt die Gefangenschaft in einer Unterwasserwelt und nimmt Teil am Gefühlsleben des Forschers. Wunderbar und sehr empfehlenswert für alle, die Fantasy mögen. Das reichbebilderte Buch erscheint im Gewand eines Forschertagesbuches, das Persönliches mit analytischen Beobachtungen vereint und auch ohne Kenntnisse der ersten Expedition des Forschers Boldt mit Genuss gelesen werden kann. CRS



Florina Schäfer/Elif Siebenpfeiffer: „Verborgene Fabelwesen der Meere“, ars Edition, München 2024, gebunden, 207 Seiten, 32 Euro

Ritt durch die Wissenschaften

Der großformatige „Atlas der Wissenschaften“ nimmt Kinder ab einem Alter von acht Jahren mit zum Urknall, in das Periodensystem der Elemente, erklärt Energie und Magnetismus, beschreibt den Aufbau von Zellen oder die Eigenschaften von Viren. Astronomie, Physik, Biologie und Chemie werden mit Illustrationen und Texten, die Fremdwörter nicht scheuen, diese aber gut erklären, nahegebracht. CRS



Loris Stell/Tommaso Vidus Rosin: „Atlas der Wissenschaften“, Midas Verlag, Zürich 2023, gebunden, 88 Seiten, 25 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Sanieren leicht gemacht

Wann ist eine Modernisierung der eigenen Immobilie notwendig, und wie geht man am besten dabei vor? Diese und andere Fragen beantwortet Wolf Probst in seinem aktuellen Ratgeber

Einfach mal machen – Für alle, die ihre Immobilie modernisieren möchten, stellt sich die Frage: „Wo und wie fange ich an?“ „Einfach mal machen – könnte ja gut werden“, ist das Motto von Wolf Probst, Fachmann auf dem Gebiet der Energieeffizienz im Hausbau mit mehr als 40 Jahren Erfahrung. Sein Buch „Energetische Sanierung und Modernisierung von Immobilien“ soll Hausbesitzern helfen, Entscheidungen zu treffen. Die Energie- wende, so der Autor, sollte als Chance gesehen werden.

Der Autor betont, dass sein Buch kein wissenschaftliches Fachbuch sei, sondern eine Auflistung von fachlich fundiertem Wissen. Wer seine Immobilie instand-

halten möchte, sie modernisieren, erweitern oder anderweitig nutzen will, liege mit dieser Publikation richtig, so Probst. Zur Einstimmung führt der Autor Fallbeispiele an, in denen die Hausbesitzer vor großen Problemen stehen. Er zeigt, wie diese Aufgaben angegangen werden, um sie zu lösen. Kapitel zwei befasst sich mit den häufigsten Denkfehlern bei der Sanierung, wie einer fehlenden klaren Blickrichtung, zu wenig Budget oder zu viel Expertenwissen, um nur einige zu nennen.

Wie es um das eigene Haus steht, wird im Abschnitt drei erforscht. Ausführungen zum Gebäudeenergiegesetz und Förderungen schließen sich an. Im Anhang

gibt es Vordrucke von Checklisten zur Bestandsaufnahme der eigenen vier Wände.

Von Beginn an hat der Leser den Eindruck, dass der Autor kein Fachchinesisch verbreitet. Somit ist das Buch gut lesbar, verständlich, gut nachvollziehbar und für jeden Hausbesitzer, der vor der Aufgabe steht zu sanieren eine große Hilfe und sehr zu empfehlen.

Silvia Friedrich

Wolf Probst: „Energetische Sanierung und Modernisierung von Immobilien“, Haufe Verlag, Freiburg 2024, broschiert, 235 Seiten, 39,99 Euro

BIOGRAPHIE

Der fast vergessene Werner Bergengruen

Eckhard Langes Biographie stellt Leben und Werk des Autors vor – Eine bereichernde Wiederentdeckung

VON UTE EICHLER

Dieses Buch zu lesen, erfordert viel Zeit. Wer sie investiert, schöpft großen Gewinn. Eckhard Lange, der Verfasser der Mitte 2024 im Georg Olms Verlag erschienenen Biographie „Werner Bergengruen. Ein letzter seiner Art“, ist seit 2017 der Nachlassverwalter der Werke Bergengruens. Ebenfalls ist er Präsident der Werner-Bergengruen-Gesellschaft e.V. und Herausgeber der „Bergengrueniana“, des Periodikums des Vereins, der seinen Sitz in Uelzen hat. Diese Aufgabengebiete erklären nicht nur seine Nähe, seine Sympathie und seine starke Beziehung zu Leben und Schaffen des 1964 in Baden-Baden verstorbenen Autors, sondern auch seine tiefe Werkkenntnis.

Während der 1892 in Riga geborene Bergengruen nach dem Zweiten Weltkrieg, auch noch nach seinem Tod 1964, neben Ernst Wiechert und Hermann Hesse einer der meistgelesenen Schriftsteller in Deutschland war, fielen ab 1968 sein Name wie sein Werk nach und nach ins Vergessen. In Schullesebüchern wie in der jüngeren deutschen Literaturgeschichte kam er nicht mehr vor. Dabei hatte er Werke von zeitloser Bedeutung, von klassischem Rang geschaffen. Erst in der 2005 erschienenen „Deutschbaltischen Literaturgeschichte“ von Gero von Wilpert wird ihm wieder die Stellung zugeschrieben, die er durch sein Werk innehat. Darin heißt es: „Ein Vergleich der beiden bedeu-

tendsten und fast gleichaltrigen baltischen Erzähler des 20. Jahrhunderts Thiess und Bergengruen erweist eine Reihe von Parallelen wie die durch die Russifizierung bedingte Übersiedlung ins Reich im Schulalter, die zeitweilige journalistische Tätigkeit, die bleibende Verbundenheit mit dem Baltikum und eine langanhaltende Wirkung weit über den baltischen Raum hinaus.“

Werke von klassischem Rang

Was heute kaum noch bekannt ist: Bergengruen war in der Nachkriegszeit fünfmal für den Literaturnobelpreis nominiert.

Nun liegt endlich, sechs Jahrzehnte nach dem Tod des Schriftstellers, eine Biographie vor, die seinem Leben und Werk in vollem Umfang gerecht wird. Hier ist jemand – Eckhard Lange – nicht nur fleißig, sondern gründlich und gewissenhaft gewesen, nahezu besessen von der selbstgestellten Aufgabe, den Lebensweg dieses Mannes nachzuzeichnen, der ein bedeutendes und vielseitiges literarisches Werk hinterlassen hat. Auch wenn Bergengruen heute zu den Autoren zu zählen ist, die nur noch wenigen viel zu sagen haben, so wird der interessierte Leser umso dankbarer sein, dass mit dieser Biographie eine die Rückbesinnung fördernde und Neugier auf die Lektüre einzelner Werke auslösende Publikation vorliegt, die gut zu lesen, klar gegliedert und aussagekräftig ist für alle Lebensstationen Bergengruens. Geschickt sind Zitate

eingefügt, die mehr sind als überzeugende Beweise für die Entwicklung des Autors in seinem Schaffen.

Innerhalb von drei Monaten war die erste Auflage der Biographie vergriffen. Die zweite Auflage ist angekündigt. Zu wünschen wäre einzig, dass die Wiedergabe des Bildmaterials in etwas besserer Qualität erfolgen könnte. Leser und Kritiker wie der Germanist Günter Scholdt, die Autoren Arnold Stadler und Martin Mosebach oder der Essayist Michael Maar äußern in seltener Übereinstimmung, dass Bergengruen die Wiederentdeckung verdiene und dass Langes Biographie „eine Großtat“ und „das ultimative Werk zum Leben und zur literarischen Produktion“ dieses bedeutenden Schriftstellers des 20. Jahrhunderts ist.

Nebenbei: Der kürzlich verstorbene Elimar Schubbe, ab 1997 Chefredakteur des *Ostpreußenblatts*, versäumte auf seinen Reisen in das Baltikum nie, die Mitreisenden auf den von ihm hoch geschätzten Werner Bergengruen hinzuweisen. Wer einmal erlebt hat, wie Schubbe mit seiner klangvollen und baltisch gefärbten Stimme eine Novelle Bergengruens vortrug, „Kaddri in der Wake“ beispielsweise oder „Die gelbe Totenvorreitersche“ (diese und mehr versammelt in „Der Tod von Reval“), hat solche Abende nicht vergessen.

Die Autorin dieser Zeilen kannte bis Ende der 1990er Jahre Bergengruen nur als Verfasser der Kinderbücher vom „Zwieselchen“. Nun begann – dank

Schubbes Einfluss – nach und nach die Lektüre aller Novellen, auch der „Spuknovellen“, anschließend der Erzählungen wie die in dem 1959 erschienenen Band „Zorn, Zeit und Ewigkeit“ oder „Von baltischer Reiselust“. Nachdem auch solche Werke entdeckt wurden wie „Römisches Erinnerungsbuch“ (1949, mit Fotografien von Charlotte Bergengruen) und „Deutsche Reise“ (1934!), folgte die erste Lektüre von Bergengruenschen Romanen: „Am Himmel wie auf Erden“ (1940 erschienen), „Der goldene Griffel“ (in der 1962 vom Autor revidierten Neuausgabe) und anderer.

Spät erst wurde zur Kenntnis genommen, dass Bergengruen auch ein zwar schmales, doch gewichtiges lyrisches Werk hinterlassen hat, veröffentlicht als „Magische Nacht. Gesammelte Liebesgedichte“ oder „Leben eines Mannes. Neunzig Gedichte, chronologisch geordnet“. Leider gibt es bis heute keine Werkausgabe. Vielleicht kann auch in dieser Hinsicht die von Lange verfasste Biographie ein Umdenken bewirken.



Eckhard Lange: „Werner Bergengruen. Ein letzter seiner Art. Eine Biographie“, Georg Olms Verlag, Baden-Baden 2024, gebunden, 486 Seiten, 49 Euro

Bestätigung mit Ausbaupotential

Die Ergebnisse der großen PAZ-Leserbefragung 2025

VON RENÉ NEHRING

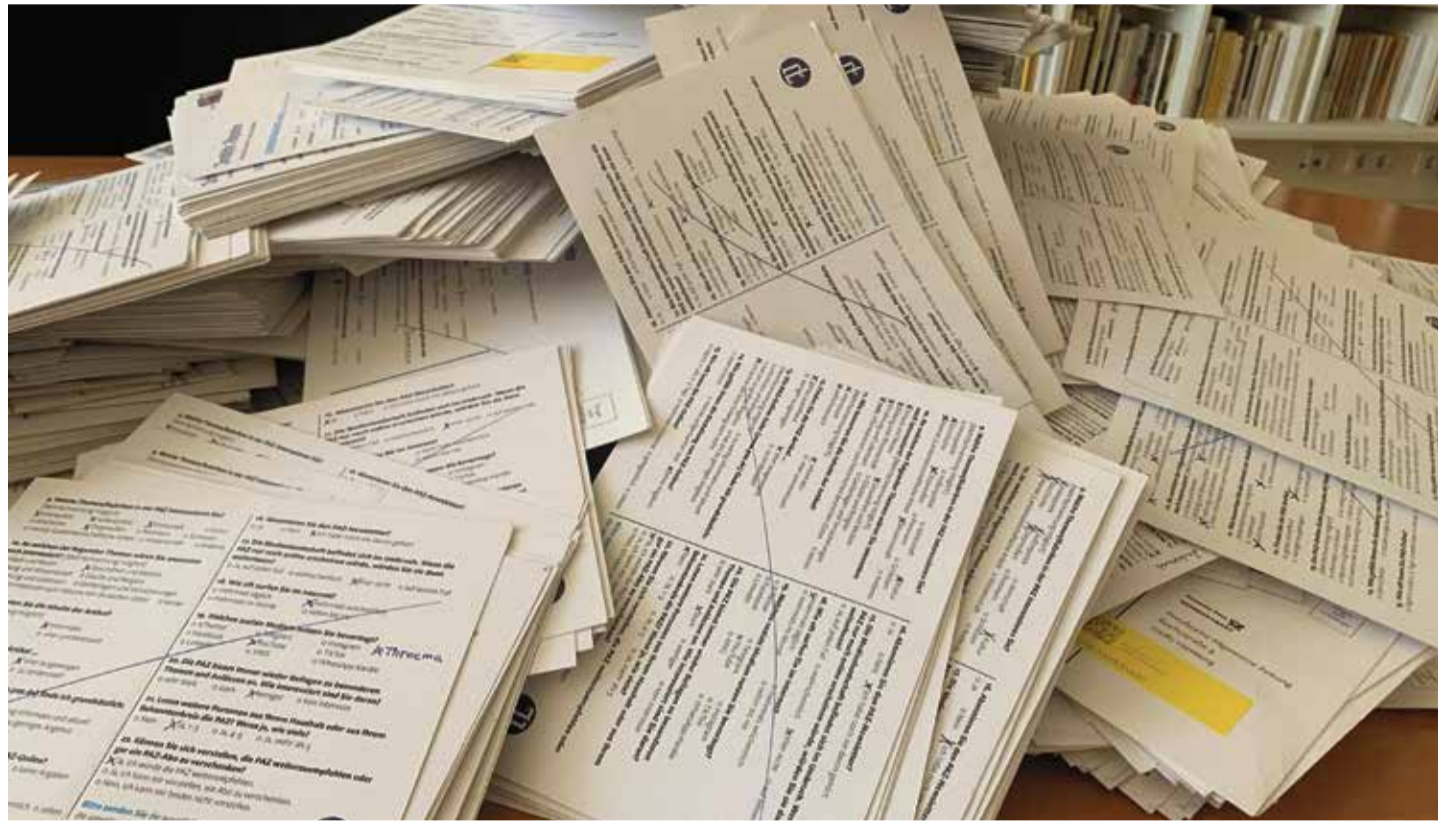
Die Teilnahme war überwältigend. Fast zweitausend Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* nahmen an der vor einigen Wochen auf diesen Seiten veröffentlichten Befragung zu ihrer Meinung über die PAZ teil. Davon mit großem Abstand die meisten auf dem klassischen Postweg per Antwortkarte.

Die ersten Fragen galten persönlichen Angaben. Dabei ergab sich, dass zirka 76 Prozent der Antwortenden männlich und 23 weiblich sind (ein Prozent machte keine Angaben zur Person). Bei der Altersstruktur ergab sich, dass rund 80 Prozent der Leser älter als 60 Jahre sind, was durchaus dem Altersdurchschnitt auch anderer Zeitungen entspricht. Dem Altersdurchschnitt entsprechend gaben denn auch rund zwei Drittel bei der Frage nach dem Beruf an, Rentner oder Pensionär zu sein. Zehn Prozent gaben an, selbstständig zu sein, und sieben Prozent, dem Staat als Beamte zu dienen.

Die Frage nach dem höchsten Bildungsabschluss ergab, dass 51 Prozent das Examen einer Hochschule abgelegt und 28 Prozent eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, davon wiederum viele mit Abitur. 13 Prozent gaben an, die mittlere Reife und fünf Prozent, das Abitur als ihren höchsten Schulabschluss erworben zu haben.

Bei der Frage nach der landsmannschaftlichen Herkunft gaben 44 Prozent an, aus Ostpreußen zu stammen. Sechs Prozent der Befragten gaben an, in Pommern geboren zu sein oder Vorfahren von dort zu haben, während acht Prozent aus Schlesien sowie vier Prozent aus Westpreußen und drei Prozent aus dem Sudentenland stammen. 32 Prozent gaben an, keine Vorfahren aus einem Vertreibungsgebiet zu haben. Damit hat die Leserschaft der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* noch immer zu zwei Dritteln einen ost- oder auslandsdeutschen Familienhintergrund.

Jeweils sehr eindeutig liegen die Verhältnisse beim Leseverhalten. 82 Prozent



Die Massen an Antwortkarten der PAZ-Leser türmten sich schon nach wenigen Tagen zu großen Haufen in der Redaktion

beziehen ihre PAZ regelmäßig als Abonent, während 15 Prozent ihre Exemplare am Kiosk kaufen. Bei der Frage nach der Erscheinungsform gaben 94 Prozent an, dass sie die gedruckte Fassung lesen, und lediglich ein Prozent, die Online-Ausgabe zu lesen. Vier Prozent gaben bei dieser Fragestellung an, beide Formen – Print und Online – zu beziehen. Die Präferenz für das Abonnement führt denn auch dazu, dass 96 Prozent der Leser die PAZ jede Woche lesen.

Das Thema Heimat kommt an

Bei der Frage nach den Interessen der Leser lagen Innenpolitik und Geschichte (jeweils 86 Prozent) vorn, gefolgt von Außenpolitik (82 Prozent) und Ostpreußen (71 Prozent). Wie bei anderen Fragen auch waren hier mehrere Antworten möglich. Gewissermaßen im Mittelfeld lagen bei dieser Frage die Themen Wirtschaft und Kultur (60 beziehungsweise 57 Prozent). Für die Themen Heimat/Landsmannschaftliche Arbeit, Pommern und

Schlesien interessieren sich 39 beziehungsweise 37 und 35 Prozent.

Positiv überraschend waren in diesem Kontext die Angaben zur Frage, an welchen Themen die Leser noch interessiert sind. Hier gaben mit 66 Prozent die meisten Leser an, sich „mehr Informationen über den historischen deutschen Osten“ zu wünschen. Auffällig hierbei war, dass auch unter denjenigen Lesern, die keine Vorfahren aus dem Osten haben, eine übergroße Mehrheit angab, mehr Informationen über diese Kulturlandschaften zu wünschen. Deutlich dahinter folgt an zweiter Stelle mit 43 Prozent das Themengebiet „Bildung und Wissenschaft“. Von den anderen genannten Themen wie „Urlaub und Reisen“, „Gesundheit und Medizin“ oder „Glaube und Religion“ wünschten sich jeweils ein Fünftel bis ein Viertel der Leser mehr Beiträge im Blatt.

Bei den anschließenden Fragen zur Bewertung der Inhalte der PAZ gaben rund 70 bis 80 Prozent an, die Beiträge „interessant“, „informativ“ und „auf-

schlussreich“ zu finden und in ihren Aussagen „genau zutreffend“ zu sein.

Online-Potential nicht ausgeschöpft

Konnte sich die Redaktion bis hierhin in ihrer Arbeit bestätigt sehen, ergaben die Fragen zum Online-Leseverhalten einen großen Nachholbedarf. So gab eine deutliche Mehrheit an, die Internet-Seite „paz.de“ noch nicht zu kennen oder sie selten bis nie zu lesen. Ähnlich sahen die Werte bei der Frage zum Newsletter dieser Zeitung aus. Diese Werte sind umso bedauerlicher, da eine klare Mehrheit der Leser angab, „mehrmals täglich“ oder „mehrmals wöchentlich“ im Netz zu surfen. Mit anderen Worten: Im Internet schöpft die PAZ bislang bei Weitem noch nicht ihr Potential aus.

Lieber Print als digital

Dass die typischen Leser dieser Zeitung Freunde des gedruckten Wortes sind, zeigt sich auch bei der Frage, ob sie die PAZ weiterlesen würden, falls diese nur

noch online erscheinen würde. Hier erklärten 25 Prozent, eine reine Online-Zeitung „auf keinen Fall“ und 41 Prozent „eher nicht“ lesen zu wollen. Lediglich zusammen 30 Prozent gaben an, auch eine reine Online-Ausgabe der PAZ „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ lesen zu wollen. Bei den von den Lesern genutzten sozialen Medien lagen die Videoplattform YouTube sowie die Messenger-Dienste WhatsApp und Telegram vorn, während Facebook, X/Twitter, Instagram und ebenso LinkedIn deutlich weniger genutzt werden. Auch diese Angaben veranlassen die Redaktion, das bisherige Online-Angebot zu überdenken und gegebenenfalls zu erweitern.

Sonderausgaben sind beliebt

Die drittletzte Frage galt den gelegentlichen Themenbeilagen der PAZ wie zuletzt der Sonderveröffentlichung zum 75. Jahrestag der Gründung dieser Zeitung in Ausgabe 15/2025. Hier äußerten insgesamt 66 Prozent, dass sie sich „sehr stark“ oder „stark“ für diese Beilagen interessieren, was für die Redaktion ein guter Ansporn ist, auch künftig derartige Themenschwerpunkte zu setzen.

Dass die *Preußische Allgemeine Zeitung* eine weitaus größere Reichweite hat als die verkaufte Auflage, zeigen die Angaben zur vorletzten Frage. Hier gaben 60 Prozent an, dass ein bis drei weitere Personen in ihrem Haushalt oder Bekanntenkreis die Zeitung mitlesen.

Die PAZ ist empfehlenswert

Erfreulich waren dann auch die Antworten auf die letzte Frage, ob sich die Leser vorstellen können, die PAZ werbend weiterzuempfehlen oder gar ein PAZ-Abonnement zu verschenken. Ersteres bejahten 83 Prozent, und rund jeder zehnte Leser kann sich vorstellen, die PAZ in Form eines Abos zu verschenken.

Alles in allem können sich Herausgeber und Redaktion durch die Ergebnisse der Leserbefragung in ihrem bisherigen Weg weitgehend bestätigt sehen. Wenn gleich online noch einiger Nachholbedarf besteht.

UMSTRITTENES ENGAGEMENT

Wilhelm Gaigalat-Haus in Memel wird versteigert

Das Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses war ein Vorkämpfer für die litauische Minderheit in Deutschland

In Memel bewohnte Wilhelm Gaigalat ein zweistöckiges Haus am Anfang der Libauerstraße in der Nähe zur Altstadt. Nun soll das Gebäude, das sich in Staatsbesitz befindet, versteigert werden. Die Räumlichkeiten wurden früher für Verwaltungstätigkeiten genutzt, aber die ursprüngliche historische Nutzung des Gebäudes war Wohnen. Doch die ansehnlichen Räumlichkeiten, die der evangelische Pfarrer Gaigalat einst bewohnte, stehen nun seit längerer Zeit leer.

Der umtriebige Gaigalat (litauisch: Vilius Gaigalaitis) wurde am 27. September 1870 in Jokeiten im Memelgebiet geboren. Er absolvierte erfolgreich das Memeler Luisengymnasium. Schon während seiner Gymnasialzeit in Tilsit nahm er am aktiven politischen Leben der Preußisch-Litauer teil. Er studierte anschließend Theologie und Philosophie an den Universitäten Königsberg und Berlin.

In Königsberg beteiligte er sich an den Aktivitäten der wissenschaftlichen Gesellschaft „Preußen“ für alte Geschichte. Auf Drängen von Prorektor Adalbert Bezzen-

berger, der als Begründer der Erforschung der baltischen Sprachen gilt, studierte er obendrein die Wolfenbütteler Postille.

Für Memel engagiert

Über diese älteste evangelische Predigtsammlung in litauischer Sprache promovierte er am 22. Juni 1900. Den Wahlkreis Memel-Heydekrug vertrat der ordinarie Pfarrer von Prökuls 1903 bis 1918 als preußischer Abgeordneter. Dort versuchte er mit viel Engagement, die Angelegenheiten der litauischen Minderheit in Preußen zu verteidigen.

Am 2. Mai 1918 stimmten der sozialpolitisch engagierte Gaigalat zusammen mit dem Abgeordnete Wilhelm Wallbaum (1876–1933) im Preußischen Abgeordnetenhaus als einzige Angehörige der konservativen Fraktion für ein gleiches Wahlrecht anstelle des Mehrstimmenwahlrech-

tes. Am 10. Oktober 1911 heiratete er in Frankfurt am Main seine lang geliebte Marie Dietze.

Am 16. November 1918 wurde er zum Vorsitzenden des in Tilsit gegründeten Rates der preußisch-litauischen Nation gewählt und später als Vertreter in den litauischen Staatsrat berufen. Im Jahr 1921 verpflichtete ihn die Regierung der Republik Litauen zu Konsultationen mit der englischen Regierung, für die er nach London reisen musste. Allein maßgeblicher Vertreter des Völkerbundes Memel leitete er 1922 die litauische Delegation des Memelgebiets auf der Botschafterkonferenz, auf der über das künftige Schicksal dieser Region entschieden wurde.

Nach der Annexion des Völkerbundes Memel war er von 1925 bis 1933 Ältester der Evangelisch-Lutherischen Synode

Litauens und Präsident des Konsistoriums. In den Jahren 1905 bis 1939 leitete er die Wohltätigkeits- und Kulturgesellschaft „Sandora“ in Memel, in der eine große Bibliothek mit etwa 7500 Büchern aufbaute. Gaigalat war Initiator der Gründung eines litauischen Gymnasiums in Memel und deren erster Direktor (1922–1924).

Bereits 1922 gründete er das „Aukuros“, 1924 das Museum der Region und der Stadt Memel sowie 1926 die Schulvereine der Region Memel, die die Stellung der litauischen Kultur im Memelgebiet wesentlich stärkten.

Zusammen mit anderen überzeugte er den Seimas der Republik Litauen, eine Fakultät für evangelische Theologie an der Universität Kaunas einzurichten. Dort leitete er die Abteilung für Bibelexegese, und vom 1. September 1927 bis zum 1. September 1928 war er Leiter dieser Fakultät. Gaigalat hat 25 Bücher geschrieben und veröffentlicht, 19 auf Litauisch, fünf auf Deutsch und eins auf Französisch.

Gaigalat gehört zu den bedeutenden und zugleich schillernden Persönlichkei-

ten des Memelgebietes. Dennoch war er umstritten. Dabei wurde er sowohl von Litauern als auch von Deutschen hart kritisiert.

Von Russland nach Deutschland

Nach der Angliederung des Memelgebiets in das Deutsche Reich 1939 zog er ins benachbarte Krottingen in Litauen. Nachdem Litauen 1940 von der Sowjetunion besetzt wurde, emigrierte er nach Deutschland, wo er am 30. November 1945 in Bretten bei Karlsruhe gestorben ist. Die deutsche Staatsangehörigkeit hatte er von den NS-Behörden nicht wieder bekommen.

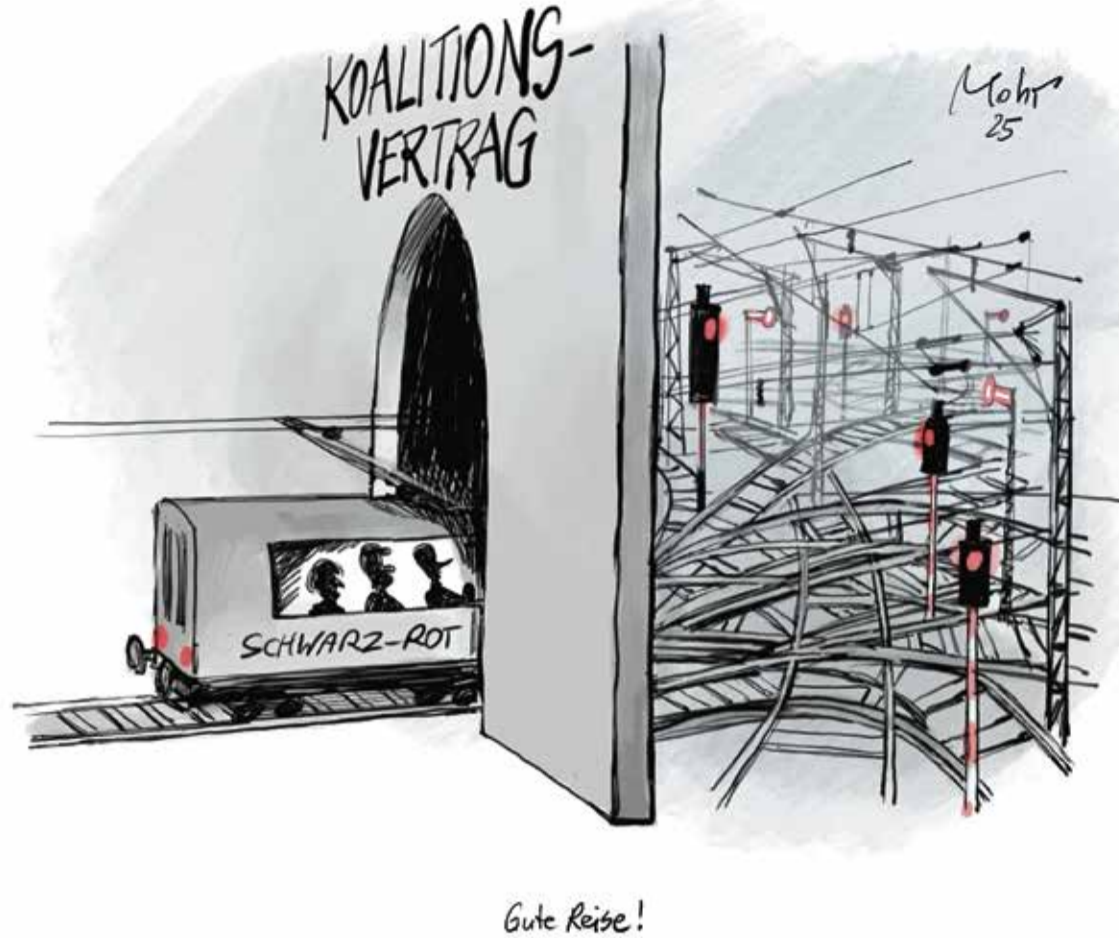
Sein Nachlass, der zwischenzeitlich in den Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gekommen war, wurde zum Teil 2022 in die öffentliche Bibliothek des Kreises Memel Ievos Simonaitytė überführt. Auch seine sterblichen Überreste und die seiner Ehefrau Maria wurden am 26. März 1994 nach Litauen überführt und auf dem Elniškių-Friedhof in der Nähe von Prökuls endgültig beigesetzt. Bob



Wilhelm Gaigalat
Bild:
Wiki-
media

● AUFGESCHNAPPT

Da stockt selbst dem Abgebrühten der Atem: Hanna Schiller, mutmaßliche Linksterroristin der sogenannten Hammerbande, erhält den 27. Bundespreis für Kunststudierende. Schiller sitzt wegen des dringenden Verdachts auf Mordversuch seit Mai 2024 in Untersuchungshaft. Mit ihren Komplizen soll sie in Budapest drei Personen mit Schlagwerkzeugen so schwer verletzt haben, dass diese dabei hätten zu Tode kommen können. Schiller half laut Anklage bei der Tat, indem sie die Opfer fixierte, sodass diese keine Schutzhaltung einnehmen und ihren Kopf schirmen konnten. Den Preis verleiht das Bundesbildungsministerium mit dem Deutschen Studierendenwerk. Die Nürnberger Akademie der Bildenden Künste, an der Schiller eingeschrieben ist, verweist trotz des begründeten Tatverdachts auf die Unschuldsvormutung. Der Anwalt Dirk Schmitz hält das für eine Ausrede, denn allein für den dringenden Tatverdacht sei der Sachverhalt bereits „gerichtlich vorgeprüft“ worden, wie er „Tichys Einblick“ gegenüber erklärt. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Ökonom Daniel Stelter hegt in der „Welt“ (10. April) starke Zweifel daran, dass Friedrich Merz die deutschen Interessen im Ausland wirksam vertreten kann:

„Wenn da ein Friedrich Merz hinreist, der hierzulande schon bewiesen hat, dass er von Verhandlungen keine Ahnung hat, dann wird das nichts. Alle Trümpfe wegräumen, alle Optionen streichen – keine Mitgliederbefragung, nichts. Dass Friedrich Merz mit Donald Trump einen Deal machen kann? Unvorstellbar.“

Christian Hagist, Professor an der Koblenzer Wirtschaftshochschule WHU, zerlegt in der „Bild“-Zeitung (10. April) die Rentenpläne der kommenden Koalition:

„Statt dringend nötiger Reformen, um die Jungen an Bord zu halten, gaukeln die Koalitionäre Sicherheit vor – und beschleunigen das Kentern des Tankers Rentenversicherung.“

Thomas Tuma erschrickt im „Focus“ (15. April) sowohl vor dem gigantischen Umfang als auch vor der Sprache des schwarz-roten Koalitionsvertrages:

„Der schwarz-rote Koalitionsvertrag hat 144 Seiten mit 4588 Zeilen ... Schon die Sprache entstammt der Hölle deutscher Ministerialbürokratie. Das Schlimmste daran ist, dass sich künftige Regierungsmitglieder diese Sprache zu eigen machen.“

Auf „Nius“ (14. April) nimmt Ben Brechtken auseinander, was sich Schwarz-Rot zu den Themen Altersvorsorge und private Kapitalbildung hat einfallen lassen:

„Der mündige Bürger soll in staatliche Vorsorgeprodukte investieren, sich nicht der staatlichen Rente entziehen dürfen, brav deftige Steuern auf seine Erträge zahlen und bloß nichts selbstständig tun. Betreutes Investieren von der ersten Klasse bis zum Einzug in das Pflegeheim, das ist die Vision der schwarz-roten Staatsreligion. Die private Geldanlage ist ein Störenfried in dieser Gemeinde, die von Abhängigkeiten lebt.“

Wolfgang Koydl äußert in der Schweizer „Weltwoche“ (14. April) Zweifel daran, dass Friedrich Merz die harten Bandagen für die internationale Politik mitbringt:

„Wie wenig er (Merz) vom Handwerk versteht, zeigte er, als er sich von der Kleinpartei SPD so weit über den Tisch ziehen ließ, dass er seine eigenen Wahlversprechen in die Tonne trat. Mit diesem Verhandlungsgeschick wird er mit Donald Trump oder Emmanuel Macron in den Clinch gehen? Das kann ja was werden.“

● WORT DER WOCHE

„Ein Land, in dem der kommende Regierungschef offen verkündet, dass Energie drastisch verteuert wird, ist keines, das einen Glauben in eine bessere Zukunft rechtfertigen würde.“

Don Alphonso erklärt in der „Welt“ vom 15. April, warum er so müde und mutlos auf die kommenden vier Jahre blickt

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wahr oder unwahr ist egal

Was die Attacke auf eine junge ARD-Journalistin enthüllt, und warum wir der Ampel nicht nachtrauern

VON HANS HECKEL

Die Überraschung war flächendeckend, das Echo indes konnte kaum widersprüchlicher ausfallen. In der Pilotsendung des neuen ARD-Magazins „Klar. Was Deutschland bewegt“ haben die Sender NDR und BR in ein Wespennest gestochen. Dort warf die Journalistin Julia Ruhs doch tatsächlich einen kritischen Blick auf die Folgen der deutschen Asyl- und Einwanderungspolitik. Wer hätte so etwas beim ÖRR noch erwartet?

Die Empörung folgte umgehend. Dabei entlarven die Anwürfe auf Ruhs die zeitgenössische linke Denkweise in einer plumpen Offenheit, die staunen lässt. Dazu gleich mehr, erst mal einen kurzen Abriss der Vorgänge für alle, die Wichtigeres zu tun hatten oder anderweitig abgelenkt waren und deshalb nicht mitbekommen konnten, was da passiert ist. Also: Ruhs spricht in der Sendung mit Michael Kyrath, dessen 17-jährige Tochter zusammen mit deren Freund in einem Zug nahe dem holsteinischen Brokstedt von einem Asylbewerber erstochen worden war. Kyrath sagt hier den denkwürdigen Satz: „Es ist schwer zu begreifen. Es sind seit Jahren dieselben Taten, dasselbe Täterprofil.“

Dann spricht die erst Anfang 30-jährige Journalistin mit Immigranten, die sich in Deutschland etwas erarbeitet haben und selber die Hände über dem Kopf zusammenschlagen angesichts der deutschen Asyl- und Sozialpolitik gegenüber den hereinflutenden Neuankömmlingen. Und schließlich – Gipfel der Frechheit! – fragt Ruhs die Chefin der Grünen Jugend, Jette Nietzard, was sie Eltern oder Angehörigen sagen würde, deren Kinder von Migranten getötet wurden. Antwort Nietzard: „Ich finde es dumm, auf die Frage zu antworten.“ Was wohl so viel heißt wie: Denen habe ich gar nichts zu sagen, Ende.

Oder doch? Ja, doch noch etwas. Die grüne Nachwuchsfunktionärin erklärt, dass Kinder nicht häufiger von afghanischen Attentätern ermordet würden als von deutschen Vätern. Perfekt! Mit dem Blabla kann man jede erdenkliche Schandtat vom Tisch wischen, nach dem Motto: Es gibt auch andere Fälle.

Soweit zur Sache, aber nun, wie versprochen, zu den entlarvenden Reaktionen. Stellvertretend sei hier die „NGO“ „Neue Deutsche Medienmacher:innen“ betrachtet. Der „Klar“-Beitrag verkaufe „migrationsfeindliche Narrative“, verfestige damit „rassistische

Narrative“ und schüre „Angst“. Zweimal „Narrative“, was auf Deutsch „Erzählungen“ heißt und in der Debatte so viel bedeutet wie „Einordnung“ oder „Wertung“.

Die „Medienmacher:innen“ halten sich demnach gar nicht erst mit der Frage auf, ob das, was Ruhs bringt, wahr ist oder nicht. Darauf kommt es ihnen gar nicht an. Allein, dass das Dargestellte unter Umständen keine linken Meinungen unterstützt, ist Stein des Anstoßes genug.

Der Verein sagt von sich im Netz, dass er sich für „faktenbasierte Berichterstattung“ einsetzt. Es handelt sich also um einer der vielen fleißigen Bienen, die täglich tapfer gegen „Fake News“ kämpfen. Und selbstverständlich erhalten die „Medienmacher:innen“ dafür auch Geld aus dem steuerfinanzierten Programm „Demokratie leben!“

Womit sich Pudels Kern beispielhaft enthüllt: Beim staatlich alimentierten Kampf gegen „Fake News“ oder „Desinformation“ geht es gar nicht um Wahrheit gegen Lüge. Es geht, ganz platt, darum, dass keine Informationen verbreitet werden sollen, die dem linksgrünen Weltbild widersprechen. Alles muss der „richtigen“ Propaganda dienen, sonst verbreitet es das falsche „Narrativ“.

Womit Merz uns „Freude“ machen will

Wenigstens in der großen Politik haben Wahrheit und Wahrhaftigkeit noch eine Chance. Das geht auch auf das Konto von Friedrich Merz. Der CDU-Chef sagt uns nicht nur geradeaus ins Gesicht, was er mit uns vorhat. Er verrät auch, wie wir die oft wolkigen Politiker-Phrasen zu deuten haben, mit denen man uns täglich einzuwickeln versucht. Gegenüber RTL versprach der wahrscheinlich nächste Kanzler zum Reizthema Heizungen einen echten Politikwechsel. Denn er wolle „den Menschen gute Angebote machen. Wir wollen sie nicht belehren, nicht erziehen, sondern wir wollen das, was vernünftig ist, so ausgestalten, dass die Leute eine Freude daran haben, das zu machen.“

Das klingt doch bezaubernd! Und so ganz anders als die grüne Schurigelei der Ampelregierung. RTL-Politikchef Nikolaus Blome wurde dennoch misstrauisch und hakte nach, ob Merz wolle, dass der Gas- und Öl-Preis so hoch steige, dass „die Menschen vom Preis erzogen werden“. Darauf Merz: „Ja.“

Nicht belehren, nicht erziehen, sondern „Freude haben“. Wenn Ihnen ein Politiker so etwas verspricht, wissen Sie dank Merz künf-

—
Kampf gegen „Fake News“:
Es geht um Wahrheit gegen Lüge. Es sollen nur keine Informationen verbreitet werden, die dem linksgrünen Weltbild widersprechen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de